

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Wochenschrift Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Veret-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Inserate“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1502.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 28. Oktober 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Etwas über Expropriation.

In zwei bis drei Wochen tritt der Reichstag wieder zusammen, und so beginnt in der liberalen Presse das Gekläne gegen die Postgesetz-Novelle, die mit den Privatposten aufräumen, aber sie nach kapitalistischen Begriffen nicht genügend entschädigen will. Um noch mehr aus dem Säckel der Steuerzahler herauszuschlagen, wird dabei das schlaue Mittel gebraucht, den Generalpostmeister v. Pöbbecke als einen Gefühlsgegnossen Lassalles und Bebels hinzustellen. Der biedere Philister soll grandlich gemacht werden, auf daß er sein Fell geduldig zum Scheren hinhalte; wer sich überzeugen will, mit welchen ungläublichen Mitteln für diesen erhabenen Zweck gearbeitet wird, der lese den gestrigen Leitartikel der „Vossischen Zeitung“ über Enteignung und Entschädigung.

Für jeden Menschen, der nicht absichtlich täuschen will, liegt es auf der Hand, daß die Postgesetz-Novelle des Herrn v. Pöbbecke nicht das geringste zu thun hat weder mit Lassalles System der Erworbenen Rechte, noch mit dem, was Bebel auf dem Parteitag in Hannover über die „große Expropriation“ der sozialistischen Zukunft gesagt hat. Lassalles Werk bekämpfte in erster Reihe den Anspruch des ostfeudalen Junkertums, sich seine längst verfallenen feudalen Rechte nur gegen schweres Geld der Steuerzahler abkaufen zu lassen und dadurch seine vollbedrückende Existenz zu verewigen; der praktische Vorstoß von Lassalles rechtsphilosophischen Ausführungen kam dem Rechte der Bourgeoisie zu gute, soweit das Recht ein historisch-fortschrittliches Recht war, und wenn die preussische Bourgeoisie nur einen blässen Schimmer von ihren politischen Interessen gehabt hätte, so würde sie Lassalles Buch mit Lorbeeren bekränzt haben, nach dem Vorgange ihrer paar wirklich geschiedten Köpfe, wie des alten Ziegler. In der „königlich privilegierten Verlinischen Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen“ kann man dagegen alle vier Wochen einmal den Blödsinn lesen, daß Lassalle verlangt habe, jedes erworbene Recht könne in jeden beliebigen Augenblick ohne jeden Anspruch auf Entschädigung aufgehoben werden.

Legte Lassalle das Hauptgewicht auf die Entschädigungsfrage — und mußte er es thun, da es ihm vornehmlich auf die Ueberführung des feudalen ins bürgerliche Recht ankam —, so spielt die Entschädigungsfrage bei der „großen Expropriation“, von der Bebel in Hannover sprach, eine sehr nebensächliche Rolle. Bei ihr handelt es sich um die Ueberführung des bürgerlichen in proletarisches Recht, des kapitalistischen in sozialistisches Eigentum, des Eigentums, das den Besingern die Herrschaft über die Vielen giebt, in Eigentum, das keinem Menschen mehr Gewalt über einen anderen Menschen giebt. In solchem Eigentum können nun aber die bisherigen kapitalistischen Eigentümer bei der „großen Expropriation“ nach ihres Herzens Begehren entschädigt werden; es kommt wenig darauf an, zumal bei der ungeheuren Spannkraft, welche die sozialistische Produktionsweise den gesellschaftlichen Produktivkräften geben wird. Bekanntlich hat Marx oft gesagt: Am besten war's, man kaufte die Gesellschaft aus. Sollte den Gelehrten der liberalen Presse oder Marx ein zu gelehrtenunverständlicher Mann sein, so sei ihnen die „Quintessenz des Socialismus“ empfohlen, die Herr Schäfte schon vor fünfundsiebenzig Jahren zur besseren Orientierung des deutschen Spielbürgers veröffentlicht hat. Darin ist mit wissenschaftlichen Gründen nachgewiesen, daß die Entschädigungsfrage bei der „großen Expropriation“ eine sehr gleichgültige Rolle spielt.

So viel über Lassalle und Bebel! Was hat nun aber Herr v. Pöbbecke Postgesetz-Novelle mit dem einen oder andern zu thun? Schlechterdings gar nichts. Schon seit mittelalterlichen Zeiten, schon seit den ersten Anfängen des Postwesens ist das Postregal ein Attribut der Landeshoheit gewesen. Es ist ja in gewissem Sinne sehr schmeichelhaft für die Socialdemokratie, daß sie an einer entschieden vernünftigen Staatseinrichtung, die sich seit Jahrhunderten bewährt hat, die eigentliche Schuld tragen soll, aber thatsächlich ist sie doch unschuldig daran. Das Postregal stammt noch aus feudaler Zeit und ist in der bürgerlichen Gesellschaft niemals angefochten, wenn auch, bald aus berechtigten Gründen der Verkehrsinteressen, bald aus unberechtigten Gründen fiskalischer Pludmacherei, enger oder weiter gefaßt werden. Niemals aber haben sozialistische Gründe dabei in irgend welchem und sei es auch dem entferntesten Sinne des Wortes mitgespielt. Plant die Reichs-Postverwaltung gegenwärtig eine Erweiterung des Postregals und zwar so, daß der bisher freigegebene Briefverkehr innerhalb der einzelnen Postorte dem Postzwang unterliegen soll, so bewegt sich die Frage, ob dieser Vorschlag angenommen werden soll oder nicht, durchaus auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft. Nach der deutschen Reichsverfassung unterliegt das Postwesen der Reichs-Verwaltung; die gesetzgebenden Faktoren des Reiches sind auf diesem Gebiete souverän; genehmigt der Reichstag die vom Bundesrathe vorgeschlagene Novelle, so ist die Sache in aller Form Rechts abgemacht. Für einen gewissenhaften Volkvertreter kann die einzige Rücksicht bei der Entscheidung der Frage nur die sein, ob die Novelle die modernen Verkehrsinteressen fördert oder hemmt. Die an sich bedauerliche Thatsache, daß die Reichs-Postverwaltung sich hat breit schlagen lassen, den Privatposten eine gewisse, dem schleichenden Kapitalprofit nur noch nicht genügende Entschädigung zu gewähren, braucht auch die socialdemokratische Fraktion nicht an ihrer Zustimmung zu hindern, vorausgesetzt, daß sie die Ueberzeugung gewinnt, diese Schattenseite der Novelle werde durch ihre Vortheile überwogen. Principielle Gründe spielen dabei gar nicht mit; principielle ist nur der principielle Anspruch der liberalen Politiker zurückzuweisen, wonach erst der Kapitalprofit gesättigt werden muß, ehe ein gesellschaftliches Fortschritt stattfinden darf.

Diese Verblendeten bemühen mit ihrem Gerede von Pöbbecke-Lassalle oder Pöbbecke-Bebel einmal wieder das rote Gespenst als Treiber, um die — feudale Jagd recht ergiebig zu machen. Denn so und nicht anders liegt die Sache. Haben die Privatposten einen rechtlichen Anspruch auf Entschädigung, so haben die Großgrundbesitzer auch einen rechtlichen Anspruch auf die Getreidezölle und selbst den Antrag Ranig, so haben die Schnapsbrenner und Zuckersieder auch einen rechtlichen Anspruch auf ihre Liebesgaben. Das Reich ist auf dem Gebiete des Gewerbe- und Handels, des Steuer- und Zollwesens nicht souverän, als auf dem Gebiete des Postwesens. Haben die Liberalen verlangt und verlangen sie heute noch, daß die Gewerbe-, Handels-, Steuer- und Zollgesetzgebung im kapitalistischen Interesse geregelt werde, unbelümmert um die dadurch verursachte Schädigung einzelner Klassen, erheben sie ein fürchtbares Geschrei über „verwerfliche Klassenjagd“, wenn die von der kapitalistischen Gesetzgebung gefährdeten Klassen sich zur Wehre setzen, so müssen sie auch für sich blutig sein lassen, was für die anderen recht sein soll.

Sind die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches der Ansicht, daß die Erweiterung des Postregals im allgemeinen Interesse notwendig ist, so haben sich die geschädigten Privatposten zu fügen, ebenso wie sich die geschädigten Junkermeister zu fügen hatten, als die Gesetzgebung die Befreiung der Kunst im allgemeinen Interesse für notwendig hielt. Das ist bürgerliches Recht, und zwar bürgerliches Recht im historisch-fortschrittlichen Sinne. Wenn der kapitalistische Liberalismus heute noch eine achtbare Seite hat, so ist es seine Bekämpfung der Getreidezölle und Liebesgaben, die nicht besser, aber auch nicht schlimmer sind, als die Entschädigung der Privatposten. Diese Posten haben sich als private Spekulationen auf einem Gebiete angesiedelt, von dem sie sehr wohl wußten, daß es seit Jahrhunderten der souveränen Gesetzgebung des Staates unterhand; haben sie trotzdem auf die ewige Dauer ihrer Reichthümer gerechnet, so haben sie eben falsch spekuliert, und dies Risiko müssen sie nach den heiligsten und unverbrüchlichsten Gesetzen der kapitalistischen Gesellschaft tragen.

Wenn die „Arenz-Zeitung“ über „socialistische Expropriation“ schreibt, sobald die Gesetzgebung im allgemeinen Interesse die Grundrente beschneidet, so war das zwar Unsinn, aber Unsinn mit Methode. Wenn dagegen die „Vossische Zeitung“ über „socialistische Expropriation“ schreibt, sobald die Gesetzgebung im allgemeinen Interesse die Interessen des Kapitalprofit bedrängt, so ist das auch Unsinn, aber Unsinn ohne Methode. Es sei denn, man nenne es Methode, daß bei der deutschen Bourgeoisie der Profit allemal das Princip totschlägt. —

Politische Ueberblick.

Berlin, den 27. Oktober.

Eine konstitutionelle Revolution

planen die Flottenreifer in der Industriepresse. Sie fordern von der Regierung, daß sie sich dreist ihrer Verpflichtungen entledigt, daß sie alle jene Zusicherungen aufhebt, ohne die der Flottenplan von 1898 überhaupt niemals angenommen wäre. Die Regierung hatte sich an den Flottenplan fest und feierlich gebunden — und kein Gerede von der Wandlung der äußeren Verhältnisse befreit sie von der Pflicht, ihren Erklärungen treu zu bleiben. Die Verhältnisse ändern sich natürlich unablässig. Das wußte und damit rechnete auch damals die Regierung. Sie hat den Flottenplan, nicht bloß unter der Voraussetzung einer gleichbleibenden Lage gefordert, sondern gerade im Gegentheil für alle Fälle, auch unter der Annahme eines Umschwungs der internationalen Situation.

Es wäre eine fast schlimmere Erschütterung der Regierungsauctorität, als wir sie in der Zuchthaus- und Kanalvorlage Angelegenheit erlebt haben, wenn dieselbe Regierung, deren autoritative Erklärungen die Mehrheit des Reichstags zur Bewilligung des Flottenplanes bestimmt haben, jetzt die Grundlagen ihres eigenen Entwurfs für falsch erklärt. Wenn das Sachverständigen-Urteil von damals falsch war, so hat es auch selbstverständlich jetzt ganz und gar keine Bedeutung, wenn eben diese sich selbst als unwahr strafenden Autoritäten die Notwendigkeit einer weiteren Flottenvermehrung nachzuweisen bemüht sind. Wo ist die Gewähr, daß sie nicht wieder irren.

Mit Recht erhebt die „Freisinnige Zeitung“ die Forderung:

„Fort mit dem Flottengesetz überhaupt. Sind die Verhältnisse, von denen die Flottenstärke bedingt wird, derart veränderlich, wie man jetzt regierungsseitig behauptet, so muß die jährliche Etatsberatung wieder in ihr vollständiges Recht eintreten, wie es bis 1898 der Fall war.“

Man kann noch weiter gehen: Jede neue Forderung vor Ablauf des Flottengesetzes beseitigt dieses selbst, hebt das Flottengesetz auf. In dem Augenblick, wo Mehrforderungen über den Rahmen des Flottenplanes hinaus kommen, ist der Reichstag selbstverständlich an nichts mehr gebunden, und der Regierung bleibt nichts übrig, als Jahr für Jahr vom Reichstag zu fordern, was ihr gut scheint.

Aus kann es nur recht sein, wenn man es wirklich wagt, zum Ueberflus noch eine Marinekrisis zu den anderen Krisen hinzuzufügen. Es wird eine tolle Verwirrung werden, von der nicht diejenigen Vorteil haben dürfen, die sie anrichten. Die Aufwerfung eines Marinekonflikts macht die schlimmsten Erfahrungen der Regierung mit der Zuchthaus- und

Kanalvorlage nicht vergessen, sondern frisch sie im Bewußtsein auf. Es ist ein Ries bei uns uferlos, und sonder Ziel treibt das Regierungsschiff in der Kunde. —

Die bayerischen Landtags-Verhandlungen

bereiten unseren Scharfmachern arges Unbehagen. Sie meinen großend, die Socialdemokratie könne über die Vorgänge lachen, und sie preisen die „helleren“ Sachsen. So schreibt ein Blatt dieser Clique:

„Als im Landtag zu Dresden vor einigen Jahren die Socialdemokratie eine Wahlrechtsreform verlangte, gingen die Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen gleichfalls alsbald darauf ein, aber sie machten die Sache in genau entgegengesetztem Sinne, als die Socialdemokratie wünschte, nicht nach der demokratischen, sondern nach der „reaktionären“ Richtung: die Dreiklassenwahl nach preussischem Muster wurde eingeführt und infolgedessen sind bei den Wahlen die Socialdemokraten im sächsischen Landtag bereits von 14 auf 4 Sitze reducirt. Ob sich die Herren in der Münchener Kammer wirklich 20 bis 30 Socialdemokraten ausladen werden?“

Inzwischen nehmen die Erörterungen über die Wahlrechtsreform in der bayerischen Abgeordnetenkammer ihren Fortgang. Am Donnerstag meinte der liberale Abgeordnete A. B.:

„Ja, selbst auf die Gefahr hin, daß das neue Wahlgesetz nur den demagogischen Parteien zu gute komme, werde die liberale Partei für den Antrag der Socialdemokraten stimmen.“

Und der Centrumsmann Seiger erklärte namens der Fraktionsmitglieder, die bisher den Standpunkt vertreten haben, daß während der Regentschaft die Verfassung nicht geändert werden dürfe, sie seien nun überzeugt, das Bedürfnis nach einem neuen Wahlgesetz sei so dringend, daß das Wohl des Staates es verlange.

Die Debatte wird noch am Freitag fortgesetzt. Man hat allen Grund, der Entwicklung dieser Angelegenheit aufmerksam zu folgen. —

Galliffet und das Ministerium.

Paris, 26. Oktober.

Bisher waren an Galliffets Haltung im wesentlichen nur Unterlassungen zu tadeln, von denen freilich einige, die in Verbindung mit dem Drenfus-Prozess stehen, besonders schwerer Natur sind. Jetzt hat der Kriegsminister zu seinen Unterlassungen eine sehr schlimme Handlung hinzugefügt: Urbain Gohier wird von ihm wegen „Armeebefehdigung“ und „Aufreizung der Soldaten zum Ungehorsam“ verurteilt!

Man muß oder kann bis auf weiteres annehmen, daß das Ministerium in seiner Gesamtheit an der Verfolgung nicht beteiligt ist. Denn der letzte Ministerrat hat darüber nicht verhandelt. Dadurch wird aber die Sache nicht besser, wenn die Regierung nicht den Mut findet, den Beschluß Galliffets zu vereiteln.

Bekanntlich wurde Gohier schon einmal wegen seiner in Buchform veröffentlichten scharfen anti-militaristischen Artikel in der „Aurore“ vor das Schwurgericht verwiesen. Das war unter dem doppelzüngigen Kabinett Dupuy. Gohier wurde freigesprochen nach einer Prozeßverhandlung, in welcher der Militarismus noch schmerzlichere Spiehruten laufen mußte als in den beschlagnahmen Artikeln. Also den Feinden des Militarismus kann der neue Prozeß an sich nur recht sein, und auch für das Schicksal Gohiers braucht man nicht besorgt zu sein. Dagegen wirkt das Vorgehen Galliffets ein schlimmes Licht auf die Gesamtpolitik der Regierung. Ein Ministerium der „republikanischen Verteidigung“, das nur mit knapper Not und unter manchen schwächlichen Zugeständnissen der prätorianischen Umtriebe Herr werden konnte, darf nicht in die Fußstapfen eines Dupuy oder eines Meline treten. Die Verfolgung Gohiers wegen „Aufreizung der Soldaten zum Ungehorsam“ nimmt sich desto feltamer aus, als die betreffende „Aufreizung“ gerade gegen die prätorianischen Staatsstreicher gerichtet war, deren Prozeß nächsten vor dem Strafgerichtshof zur Verhandlung kommt. Gohier forderte nämlich die Soldaten auf, im Falle eines Staatsstreichsversuchs auf die rebellischen Offiziere zu schießen.

Die sozialistische und radikale Presse, d. h. der ministerfreundliche Teil der Presse, protestiert mit Entrüstung gegen Gohiers Verfolgung. Genosse Jaurès greift aufs schärfste das ganze Ministerium an und erklärt sich rückhaltlos mit Gohiers Artikeln solidarisch, zugleich dieselbe „Aufreizung der Soldaten“ in dürren Worten begehend: „Es darf keine Kaserne geben, wo unser Appell an die republikanische Gesellichkeit von den Soldaten, von allen Soldaten nicht vernommen würde. Jawohl, Ihr alle, die Ihr unter der Fahne seid, Eure erste Pflicht wäre, die rebellischen Chefs zu treffen, falls einige Generale à la Chanoiné es versuchten, Euch in ein verbrecherisches Unternehmen gegen die Republik und die Freiheit zu verwickeln.“

In der „Lanterne“, dem Millerand persönlich nahe stehenden Blatte, deutet der Chefredacteur, Genosse Viviani, an, daß der Kriegsminister „noch Zeit hat, in seinem eigenen Interesse“ sich die Sache zu überlegen. Jedenfalls muß man abwarten, was das Ministerium zu Galliffets Seitenprung sagen wird. —

Deutsches Reich.

Ein Herr Adolf Wagners. Eine etwas vernünftigerer sozialpolitische Auffassung werden wir wohl nächstens in der "Post" beobachten können.

Wenn Stamm das nur nicht erfährt, daß sein Redacteur bei einem so gefährlichen Menschen hört, der nach seiner doch immer Gewerkschaftsrede im Januar 1897 von der Scharfmacherpresse zu den "Elementen" gezählt wurde...

Will etwa Kronprinz seinem Herrn und Unternehmer jetzt aus eigener Wahrnehmung beweisen, daß Adolf Wagner gar nicht solch ein gefährliches Element sei?

Die Kaiserreise nach England! Entgegen den Berliner Meldungen bleiben die englischen Mächte dabei, daß Kaiser Wilhelm demnächst zum Besuche der Königin in England einreisen wird.

Wie trotz der flehentlichen Vorstellungen der Adressierten? Ein Aufschieb. Die "Münchener Allgemeine Zeitung" schreibt:

Hält es der "Vorwärts" für angebracht, von dem un-moralischen Thun und Treiben einer Anzahl leichtsinniger junger Lebemann auf die sittlichen Qualitäten der Gesamtheit der besitzenden Klassen zu schließen...

Wir sind mit dem Adelsblatt nach wie vor der Meinung, daß es sich bei den Harmonien nicht um eine Anzahl leichtsinniger junger Lebemann handelt, sondern um die zufälligen Vertreter einer Lebens- und Lebensanschauung.

Am will es aber ein wichtiger Zufall, daß in der That auch die von dem Münchener Blatt erwähnte Novoye Thut in Wahrheit typisch ist und zwar für die bürgerliche Auffassung von Sittens- und Sittlichkeitsfragen.

Eine schwierige Sache. In der "Post" ist zu lesen: Der neue Kultusminister ist in dem Disziplinungsverfahren gegen den Privatdozenten Dr. Kronz von dem Verteidiger, Rechts-anwalt Heine, um Weisung ersucht worden...

Herr Endt scheint also den Fall doch für ziemlich heikel zu halten.

Post-Checkverkehr. Dem Bundesrat ist eine Vorlage betreffend die Einführung des Post-Checkverkehrs vorgegangen. An neun Orten, und zwar in Berlin, Breslau, Köln (Rhein), Danzig, Frankfurt (Main), Hamburg, Hannover, Karlsruhe (Baden) und Leipzig, soll je ein Post-Checkamt eingerichtet werden...

Von der Vorlegung eines Entwurfs für ein die Einführung des Post-Checkverkehrs regelndes Gesetz soll zur Zeit abgesehen werden, weil es sich bei der ganzen Einrichtung zunächst um einen Versuch handelt...

Von ganz besonderer Wichtigkeit — so schreibt eine hiesige Korrespondenz — für Bewerber um Alters- und Invalidenrenten sowie Beitragsrückstellungen ist die bis jetzt ziemlich unbekannt gebliebene Bestimmung des § 193 des Invaliden-Versicherungs-Gesetzes vom 13. Juli 1899.

hingzuweisen, daß diese Aktiengesellschaft, welche mit einem Kapital von über eine Million arbeitet, sich vollständig in den Händen von holländischen Fabrikanten befindet.

Genehmigte Kollekte. Zur Veranstaltung von Selbstmahlungen bedarf es bekanntlich in Preußen der Genehmigung des Oberpräsidenten und bekannt ist auch, daß Arbeiter, die für ihre infolge von Streiks notleidenden Brüder sammeln...

Der königl. Oberpräsident der Provinz Sachsen hat uns auch für dieses Jahr die Ermächtigung zur Einammlung von freiwilligen Beiträgen für die Zwecke der Bibelgesellschaft erteilt.

Der erste Vorsitzende der Bibelgesellschaft, hat es leicht, solche Genehmigung zu erhalten — ist er doch selber Oberpräsident der Provinz Sachsen und hat daher das Besondere um Genehmigung der Kollekte an sich selber zu richten.

Noch ein Derner Streikführer. Am Potsdamer Landgericht wurde am 25. d. M. wieder ein polnischer Arbeiter zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er "Arbeitslosigkeit" bedroht und Gendarmen körperlich beleidigt haben soll.

Tränen standen manchen Zuhörer in den Augen, wie der unglückliche Mensch geschlossen abgeführt wurde. Wer hat die geistige Vernachlässigung des armen Polen, welche die Ursache ihres Elends sowie ihrer Ausbreitungen ist, auf dem Gewissen?

Die Verleumdung des sächsischen Oberlandesgerichts. Ueber den Breslauer Prozeß, von dem wir gestern schon telegraphisch berichteten, wird uns aus Breslau noch geschrieben: Eine Kritik der Spruchpraxis des höchsten sächsischen Gerichts, welche der "Vorwärts" gelegentlich einer Besprechung des sächsischen Justizauswurfs abgab, führte bekanntlich den damaligen verantwortlichen Redacteur des "Vorwärts", den inzwischen leider verstorbenen Genossen Jacobus auf die Anklagebank des Berliner Landgerichts.

Weniger glücklich war der verantwortliche Redacteur der Breslauer "Volkswacht", Genosse Paul Köbe, der den Artikel des "Vorwärts" seiner Zeit abdruckte und sich nunmehr ebenfalls wegen Verleumdung des sächsischen Oberlandesgerichts zu verantworten hatte.

Zur Auflösung einer noch nicht eröffneten Vereinsversammlung kam es wieder einmal in Wieliczka bei Jaroslaw in Oberschlesien. Der Verein "Bratnia pomoc" (Brüderliche Hilfe) wollte eine Versammlung abhalten.

ausgewiesen, weil er österreichischer Unterthan ist. Wie rechnet sich das mit der von Monat zu Monat stärker werdenden Zulassung galizischer Arbeiter auf den Werken der Gruben- und Hüttenwerke?

Frankenhausen am Kyffhäuser. (Privatbesuche des "Vorwärts") Bei der heutigen Wahl zum Landtag für Schwarzburg-Sondershausen hat der sozialdemokratische Kandidat Winter glänzend gesiegt.

Kaiserlantern, 27. Oktober. Der Reichstags-Abgeordnete Karl Gander ist, wie die "Pfälzische Presse" meldet, gestern nachmittag in Steinweiler gestorben.

Eigentum ist Diebstahl. Aus Schwarzburg-Rudolstadt schreibt man uns: Der Preußische Landtag hat die Regierung zur Behebung des Mangelungsbedarfs nicht nur den Abbau des Eisens, Kupfers und Silbererzes gestattet, sondern ihnen in einer Specialbeilehung auch den Abbau des Zinns und des Schwerpatz zuzusagen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung und Gehorsamsverweigerung ist der Anwalt Reime vom Kreisgericht zu 37 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Wien, 27. Oktober. In fortgesetzter Beratung über die Regierungserklärung wendet sich Pacal gegen Daszinsky und erklärt, es sei eine Brücke zwischen dem Adel und dem geistlichen Volke gefunden; diese Brücke sei das gemeinsame Interesse des Volkes, welches mit Hintertreibung jeglichen Vorurteils und Vorrechts vertreten werde.

Wien, 27. Oktober. In fortgesetzter Beratung über die Regierungserklärung wendet sich Pacal gegen Daszinsky und erklärt, es sei eine Brücke zwischen dem Adel und dem geistlichen Volke gefunden; diese Brücke sei das gemeinsame Interesse des Volkes, welches mit Hintertreibung jeglichen Vorurteils und Vorrechts vertreten werde.

Wien, 27. Oktober. In fortgesetzter Beratung über die Regierungserklärung wendet sich Pacal gegen Daszinsky und erklärt, es sei eine Brücke zwischen dem Adel und dem geistlichen Volke gefunden; diese Brücke sei das gemeinsame Interesse des Volkes, welches mit Hintertreibung jeglichen Vorurteils und Vorrechts vertreten werde.

Wien, 27. Oktober. In fortgesetzter Beratung über die Regierungserklärung wendet sich Pacal gegen Daszinsky und erklärt, es sei eine Brücke zwischen dem Adel und dem geistlichen Volke gefunden; diese Brücke sei das gemeinsame Interesse des Volkes, welches mit Hintertreibung jeglichen Vorurteils und Vorrechts vertreten werde.

Wien, 27. Oktober. In fortgesetzter Beratung über die Regierungserklärung wendet sich Pacal gegen Daszinsky und erklärt, es sei eine Brücke zwischen dem Adel und dem geistlichen Volke gefunden; diese Brücke sei das gemeinsame Interesse des Volkes, welches mit Hintertreibung jeglichen Vorurteils und Vorrechts vertreten werde.

Wien, 27. Oktober. In fortgesetzter Beratung über die Regierungserklärung wendet sich Pacal gegen Daszinsky und erklärt, es sei eine Brücke zwischen dem Adel und dem geistlichen Volke gefunden; diese Brücke sei das gemeinsame Interesse des Volkes, welches mit Hintertreibung jeglichen Vorurteils und Vorrechts vertreten werde.

für Regierungsrat Curti und Advokat Scherrer-Pällemann, in Chur für den Demokraten Misch, in Truns (Graubünden) für den katholischen Socialpolitiker Dr. Decurtins, in Baden für den Katholiken Dr. Wyrich, in Luzern für den Fabrikanten Degen. In letzterem Kreise war vor drei Jahren der Genosse Albisler als socialdemokratischer Kandidat aufgestellt, der 1700 Stimmen erhielt. Da man mit Degen, dem bisherigen Vertreter im Nationalrat, offenbar zufrieden war, hat man diesmal die Auffstellung einer socialdemokratischen Kandidatur unterlassen. In Deutschland wird man diese Taktik schwer verstehen, in der Schweiz nimmt daran niemand Anstoß.

Was die socialdemokratischen Wahlausichten betrifft, so ist darüber schwer etwas zu sagen. In Zürich erhielt Greulich vor drei Jahren im dritten Wahlgang 10 000 und der Demokrat Schappi als Kandidat der sämtlichen vereinigten Bürgerlichen 11 400, also nur um 329 Stimmen mehr. Seitdem ist die Zahl der socialdemokratischen Stimmen ganz erheblich gewachsen und es wäre, wenn die Genossen ihre Pflicht erfüllten, durchaus nichts Unmögliches, daß die socialdemokratische über die bürgerliche Liste siegte. Derselben Aufsicht hat die Zürcherliste in Bern nicht, dagegen steht die Wahl eines Socialdemokraten im Verleiche der Möglichkeit. Ebenso verhält es sich mit Reimann in Biel. Sicher ist wohl die Wahl Buchschleglers in Basel, Gschwind in Basel und Triquet in Genf wie auch Vogelkangens in Zürich. Statt der bisherigen 2 werden also sicher 4 Socialdemokraten ihren Einzug in den neuen Nationalrat halten, wahrscheinlich aber wird diese Zahl noch etwas erhöht werden. Von den „nahestehenden“ ist wohl nur die Wahl des Katholiken Dr. Wyrich in Baden unwahrscheinlich, während die Wahl resp. Wiederwahl aller übrigen wohl gesichert ist.

Mit der Veröffentlichung von Wahlausichten und mit der Verbreitung von Wahlschlüsseln sind in den letzten Tagen unsere Genossen noch sehr thätig. Ob es ihnen gelingt, unsere schwerfällige Arbeiterschaft aufzuklären, wird der Wahlausgang am Sonntag zeigen.

Belgien.

Brüssel, 25. Oktober. (Sig. Ver.) Die Kammer hat heute die Debatte über das Gesetz, betreffend die Proportionalvertretung auf Grundlage des Pluralstimmrechts, geschlossen.

Die Alerikalen, unter sich gespalten, wählten die Debatte mit den üblichen Fäulnissen und Persönlichkeiten. Die Kritik des Gesetzesentwurfs erfolgte unsererseits durch Genossen Jules Desiré. Er führte aus:

1. Die Alerikale Partei bellagt das Pluralstimmrecht (das den Reichen mehrere Stimmen giebt), aber sie will es behalten, weil es ihr nützt.

2. Durch die Verbeibaltung der kleinen Arrondissements (Wahlkreise) legt der Gesetzentwurf die demokratischen Minoritäten lahm.

3. Die Regierung weigert sich, die Zahl der Abgeordneten zu vermehren je nach der Bevölkerungszunahme, weil diese Zunahme den demokratischen Parteien zu Gute kommt. (Ganz wie bei uns, Red. d. B.)

4. Um eine Anzahl von Arbeitern, die im Frühling in Frankreich arbeiten, am Wählen zu verhindern, verlegt die Regierung die Wahlzeit in den Frühling.

5. Die Regierung weigert sich, den Census für die Senatswahlen abzuheben, und macht dadurch jede dicelle Vertretung des Socialismus im Senat unmöglich.

Einem antimilitaristischen Abgeordneten der Rechten, dem leidenschaftlichen Coremans, gebührt das Verdienst, die militaristischen Hintergedanken der neuen Politik enthüllt zu haben: der König fordert das Pluralstimmrecht, um einer Majorität für die Bewilligung des Militärbudgets sicher zu sein. Die Diskussion der einzelnen Paragraphen beginnt morgen (Donnerstag).

An der neuen Universität hat der Winterkursus angefangen. Enrico Ferri liest über: Verbrechen und die sociale Frage. Auf der Gerfahrt wäre Ferri um ein Haar bei dem jüngsten Eisenbahn-Zusammenstoß mit seiner Frau verunglückt. Frau Ferri trug indeß eine arge Quetschung davon.

Spanien.

Barcelona, 27. Oktober. In der Provinz Barcelona ist der Belagerungszustand erklärt worden. Die Presse ist der Censur unterstellt. Die Vereinigung zur Wahrung der Interessen der Industrie und des Komitee der Syndikate und Korporationen sind aufgehoben worden.

Italien.

Das Parlament wird am 14. November wieder zusammentreten. Die Regierung des Herrn Pelloux, die jetzt unparlamentarisch, das heißt auf Grund eines Staatsstreichs, regiert, will dann die gesetzliche Sanction erpressen. Die socialistische Kammerfraktion, obgleich arg decimiert, hat in einer Fraktionsversammlung einstimmig beschlossen: 1. die Obstruktion fortzusetzen, und 2. die regelmäßige Führung aller socialistischen Organisationen des Landes zu übernehmen. Eine Proklamation in diesem Sinne ist bereits erlassen. Auch in Deutschland war die socialistische Reichstagsfraktion unter dem Socialisten-gesetz die natürliche Führerin der Partei.

Rußland.

In Finnland droht neben allem anderen Leid nun auch noch ein sogenanntes „Rotjahr“, das immer dann eintritt, wenn durch den Lenz oder Sommerfroft die Saaten oder Felder vernichtet werden. Die Ernte ist diesmal ganz gering gewesen in den armen nördlichen Teilen und die Lebensmittel sind schon ungenügend im Preise gestiegen. Wenn hierunter die Arbeiter schon schwer zu leiden haben, so geht Hand in Hand damit die gesetzliche Unterdrückung. Das Arbeiter-„Schutz“-Gesetz ist nun von einem finnischen Komitee angegearbeitet und von der Kapitalistenpresse gebilligt. Bisher wurde der „Bruch des Arbeitsvertrages“ mit 10 bis 500 Mark Busse bestraft; das war zu milde. Jetzt sind für größere Strafen erheblich höhere Strafen angelegt: Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr.

Gleichzeitig hat die Regierung des Gouverneurs ein Komitee eingesetzt, um die „socialistischen“ Pläne des Kaisers Nicolaus durchzuführen. So sind 2 Millionen vom Staat verlangt zum Ankauf von Aemtern, um sie in Porzellan aus kleine Anstiebler zu verteilen. Aber wie viel bei „russischen Zuständen“ für Anstiebler verordnet werden wird, und wie viel in die Taschen der Beamten wandert — das ist die Frage.

Gleichzeitig wird die Censur immer mehr verschärft, selbst Wägen und Kreuzbahndungen werden jetzt untersucht. Ein Witzblatt „Matti Meiläinen“ ist für immer eingezogen. Die Zahl der Preßverbote betrug im September 27 gegen 19 im August.

Die beleidigten Beamten-Redactoren.

r. Dresden, 26. Oktober.

Heute wurde hier vor der 4. Strafkammer als Verurteilungsinstantz erneut gegen den verantwortlichen Redacteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, Genossen Beyer, den Steinmey Genossen Wienke — der dritte Angeklagte, Genosse Jacobey vom „Vorwärts“, ist unterdeß bekanntlich verstorben — wegen angeblicher Beleidigung der Redactoren des königlichen „Dresdner Journals“ verhandelt. Der Prozeß hat seine Ursache in dem seiner Zeit viel erörterten Justizurteil gegen die neun am dem Lötnerer Bauarbeiter-Krawall beteiligten Personen. Dieses Urteil wurde bekanntlich vom Schwurgericht nach geheimer Verhandlung gefällt, und von verschiedener, ganz bringend aber von socialdemokratischer Seite verlangte man Aufklärung über die näheren Umstände, welche zu den drakonischen Urteilen führten. Nach einiger Zeit erschien denn auch ein nicht amtlicher Teil des „Dresdner

Journal“ ein Artikel, der nach Form und Inhalt ganz den Charakter einer offiziellen, amtlichen Darstellung jener Schwurgerichts-Verhandlung trug. Schon ein paar Tage später stellte aber die „Sächsische Arbeiterzeitung“ fest, daß jener Artikel des „Journal“ im wesentlichen weiter nichts war, als eine fast wörtliche Wiedergabe der Auflassungskräfte. Diese Feststellung rief in weiten Kreisen die Erregung, die sich kaum etwas gelegt hatte, von neuem hervor, umso mehr, als dieser Abdruck der Auflassungskräfte noch durch Begünstigung einiger für die Verurteilten günstiger Stellen tendenziös gefärbt erschien. An der Hand positiver Angaben wurde in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und im „Vorwärts“, sowie in einem in Dresden verbreiteten, von Wienke verlegten Flugblatt der Artikel heftig angegriffen. Das hatte die erwähnte Auflassung gegen die genannten Drei zur Folge und wurde in der Sache am 20. Juni vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. Diese Verhandlung endete mit der Verurteilung Beyer und Jacobey's zu je zwei Monaten und Wienke's zu einem Monat Gefängnis. Das Mittel des ambulanten Gerichtshandes mußte herhalten, um auch Jacobey in Dresden zu verurteilen.

Der wesentliche Streitgegenstand bietet die Legitimität des Strafantrags, der vom Ministerium des Innern gestellt wurde, daß die „Journal“-Redactoren Beamte desselben seien. Der Einwand der Angeklagten, daß Regierungsvertreter selbst die Verantwortung für den Inhalt des nicht amtlichen Teiles des „Dresdner Journals“ abgeben hätten, ließ man nicht gelten. Es erfolgte die Verurteilung der Angeklagten.

In der heutigen Verurteilungsverhandlung ergab die Beweisaufnahme in der Hauptsache dasselbe Bild wie vor dem Schöffengericht.

Der Zeuge Dr. Poppe, leitender Redacteur des „Dresdner Journals“, macht ergänzend zu seinen früheren Angaben noch recht interessante Angaben über die angebliche Beamteneigenschaft der „Journal“-Redactoren und über das Verhältnis dieses Blattes zur Regierung. Den amtlichen Teil bekommt die Redaktion druckfertig geliefert und es ist hier nur für richtigen Abdruck zu sorgen. Der nicht amtliche Teil wird in der Redaktion selbständig bearbeitet, das Ministerium läßt aber in Zweifelsfällen bestimmenden Einfluß aus. Es ist dann Pflicht der Redaktion, die Entscheidung des Ministeriums einzuholen. Die Redaktion ist unter allen Umständen verpflichtet, eine der Regierung entsprechende Haltung des „Journal“ zu beobachten. Die mündliche Verpflichtung der Redactoren erfolgt durch den die Oberleitung des „Journal“ führenden königlichen Kommissar. In Bezug auf den fraglichen Artikel hat die Redaktion selbst die Initiative ergriffen, und zwar in Rücksicht auf die Angriffe der socialistischen und die diesbezüglichen Wünsche der bürgerlichen Presse. Die Redaktion wendete sich an den Vorsitzenden des Schwurgerichts, erbat sich dort das Material, und belam darauf bereitwillig die Auflassungskräfte, sowie persönliche Mitteilungen des Vorsitzenden über den Gang der Verhandlung. Nachdem der Artikel verfaßt war und sich Zeuge von der überaus sorgfältigen (i) Verarbeitung des Materials überzeugt, wurde der Artikel vor Druck noch einmal dem Gerichtsvorstand und der Staatsanwaltschaft zur Prüfung vorgelegt. Auf die Frage des Verteidigers, von wem der in dem Artikel enthaltene Passus, daß es sich bei dem Bauarbeiter-Krawall in Lübben um eine Vergezwungene Richtungsänderung durch Organisierte handelte, herrühre, entgegnete der Zeuge, daß das eine willkürliche Wendung des Artikelverfassers sei.

Die Plaidoyer's von Verteidiger und Staatsanwalt gipfelten in ziemlich langen theoretischen Auseinandersetzungen über die Frage, ob die „Journal“-Redactoren Beamte sind, und ob der Strafantrag des Ministeriums legal sei. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Freudenthal, Berlin, verneint das unter Berufung auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und ein Verbot des Staatsrechtslehrers Professor Jörn in Königsberg; daß die Redactoren des „Journal“ im Sinne der Regierung schreiben müßten, beruhe auf einem Abhängigkeitsverhältnis, wie man solche Zustände auch sonst in der bürgerlichen Presse findet. Eine Beamteneigenschaft könne aus diesem Verhältnis nicht hergeleitet werden. Aber selbst wenn die Redactoren als Beamte anerkannt würden, habe der Strafantrag immer noch keine Berechtigung, da eine Verleumdung in Bezug auf den Verurteilten vorliege.

Der Staatsanwalt führte diese Beweisführung des Verteidigers, der für Einstellung des Verfahrens plädierte, unter Berufung auf den Staatsrechtslehrer Laband zu entkräften. Die eigentliche Thätigkeit der Redactoren konzentrierte sich auf den nicht amtlichen Teil. Das Merkmal des Beamten als solcher beruhe aber nicht darin, was er thue, sondern wie das Dienstverhältnis ist. Der Artikel stimme auch mit den Thatsachen überein, die Behauptung, daß der Krawall mit der Organisation zusammenhängt, ist nicht unrichtig.

Nach ganz kurzer Beratung verurteilt der Gerichtshof das Urteil, das schon telegraphisch mitgeteilt wurde: die Verurteilung ist verworfen. Die Redactoren seien zweifellos Beamte, der Strafantrag ist in Ordnung, eine Milderung des Urteils war allenthalben unbegründet. Im übrigen schloß sich das Gericht den Feststellungen der ersten Instanz an.

Partei-Nachrichten.

Mit den Beschlüssen des Parteitages erklärten sich einverstanden Parteiversammlungen ins Hiesburg, in Greifenshagen, in Klarnberg und in Freiberg in Sachsen.

Eine Parteiversammlung in Dortmund, die sich mit den Beschlüssen des Parteitages beschäftigte, nahm nach erregter Diskussion folgende Resolution an:

Die heutige Parteiversammlung erklärt, daß sie, nach dem im Partei-Organ veröffentlichten Beschlüsse des Gesamtparteitages in Hannover, den Dr. Lütgenau nicht mehr als Parteigenosse anerkennen kann. Sollte Lütgenau mit diesem Beschlusse der Parteiversammlung nicht einverstanden sein, so ersucht ihn die Parteiversammlung, bei dem nächstjährigen Parteitage in Mainz die Wiederaufhebung der hannoverschen Resolution zu beantragen. Einzelne Redner machten geltend, daß Lütgenau keine Gelegenheit zur Verteidigung gegeben worden sei. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, daß L. offiziell nach Hannover eingeladen worden ist, um sich zu verteidigen, er hat es jedoch vorgezogen, fern zu bleiben.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Das Koalitionsrecht in Mecklenburg. Mecklenburg hat bekanntlich kein Versammlungsrecht und es bedürfen Versammlungen einer besonderen Genehmigung. Nur das auf Grund der Reichs-Gewerbe-Ordnung statuierte Koalitionsrecht ist formell davon unabhängig. Gewerkschaftliche Versammlungen muß auch die mecklenburgische Polizei gestatten; wenn sie aber erklärt, die gewerkschaftliche Versammlung sei eine politische, dann ist das Dilemma beseitigt und die Versammlung kann doch verboten werden. So wurde jetzt wieder eine Versammlung aller Gewerkschaften für politisch erklärt und verboten, in der Frau Jäger über die Frage reden sollte: „Aus welchem Grunde organisieren sich die Arbeiter?“ — Das Mittel ist jedenfalls sehr einfach.

Einen „geschlossenen Umzug“ sollen eine Anzahl Reichener Genossen, als sie von einer Versammlung in Weinböhle harmlos ein Liedchen singend gemeinsam nach Hause zu gingen, veranlassen haben. Die Polizei war schnell mit dem „groben Umzug“ bei der Hand und es regnete Strafmandate in Höhe von je 3 Mark. Das Gericht, welches zur Entscheidung angerufen wurde, machte die Sache aber noch besser, indem die Strafen auf 6 und 9 Mark erhöht wurden; nur drei der Sünder sprach man frei. Das Urteil wurde damit begründet, daß die Angeklagten noch auf dem Wege von der Versammlung für ihre Ideen demonstrieren wollten und so einen gemeinsamen Zweck verfolgten. Die ganze Geschichte ist echt sächsisch und so sonderbar, daß die Verurteilten das Landgericht noch anrufen werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Vergolder! Bei der Firma Königsberger (Inhaber Davidsohn), Or. Frankfurterstr. 110, haben sämtliche Politarleistenarbeiter wegen Lohnhöhen und die Arbeit niedergelegt und werden die Kollegen ersucht, Zuguz bis auf weiteres fernzubleiben. Der Bevollmächtigte der Filiale Berlin.

Die Sattler der Militäreffektenbranche hielten am 24. d. M. abernals eine gut besuchte öffentliche Versammlung bei Spiegelsberg ab, in der zur Konstituierung einer eigenen Filiale des Verbandes geschritten wurde. Die zahlreichen Teilnehmer in den Verband seitens der Anwesenden bewiesen, daß man Interesse für die Sache hatte.

Zum Töpferstreik wird und geschrieben: Die Töpfermeister haben sich während der letzten Verhandlungen wieder bedeutend unzugänglich gezeigt, als früher. Sie scheinen der Annahme zu sein, daß die Arbeiter nicht über genügende Mittel verfügen, den Streik weiter zu führen. In dieser Annahme mag eine Stelle des Gerichts über die Zimmererversammlung (lokaler Richtung) beigetragen haben, welche in Nr. 20 des „Vorwärts“ erschien. Dort wurde mitgeteilt, daß den Töpfern lediglich 2000 M. aus der Kasse der Zimmerer verabsolgt werden sollten. Haben sich die Meister dadurch bewegen gelassen, zu glauben, daß die Mittel der Arbeiter bald zu Ende, so täuschen sie sich. Die unterzeichnete Kommission erklärt ausdrücklich, daß sie bisher sich an noch keine Gewerkschaft, noch sonst eine andere Stelle gewandt hat, um Geld zu erhalten. Alle bisher ausgehulenen Streitigkeiten haben wir aus eigenen Mitteln getragen, und wir werden noch auf lange Zeit hinaus in der Lage sein, den Kampf ohne jegliche Beihilfe anderer Gewerkschaften fortzuführen. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

In bedrängter Lage sehen wir uns gezwungen. Ihre Hilfe auch einmal in Anspruch zu nehmen. — Bekanntlich sind die Formstecher Deutschlands Anfang Oktober in eine Lohnbewegung eingetreten.

Unsere Forderungen, welche wir gestellt, sind folgende: 1. Zahlung eines Minimallohnes von 21 M. für ausgelehrte Formstecher bei 10 stündiger Arbeitszeit incl. 1/4 stündiger Frühstück- und Vesperpause; 2. 15 Proz. Lohnerhöhung für Gehilfen, deren Lohn bereits 21 M. und darüber beträgt; 3. 25 Proz. Zuschlag für Ueberstunden; 4. auf 5 Gehilfen nur 1 Lehrling zu halten.

Diese gewiß nicht unzureichenden Forderungen sind von den vereinigten Formstecher-Besitzern Deutschlands abgewiesen worden. Es haben nun die vereinigten Unternehmer in einer außerordentlichen Generalversammlung in Hannover die Auslieferung sämtlicher Formstecher Deutschlands beschlossen; dieselben rechnen mit unseren schwachen Kraftverhältnissen und glauben sicher, daß wir in den ersten Tagen zu Kreuze kriechen. In ihrer Siegeszuversicht beschlossen dieselben denn auch, in vier Wochen abernals eine Versammlung sämtlicher Formstecher-Besitzer abzuhalten. Hier werden dann die Herren ihre münnehrigen Beitzüge und Maßregelungen beraten und über unser Gesicht beschließen, sobald wir in diesem uns aufgedrungenen Kampfe unterliegen werden.

Unsere noch junge Organisation steht verhältnismäßig an Zahl glänzend; wir haben in ganz Deutschland ca. 500 Formstecher, davon sind 200 organisiert, welche nimmere zu unterstützen sind.

Wir richten daher an alle organisierten Arbeiter Deutschlands die dringende Bitte, uns in unserem gerechten Kampfe durch materielle Unterstützung zu Hilfe zu kommen. Die vereinigten Unternehmer wollen unsere noch junge Organisation zerstören; deshalb haben dieselben uns den Kampf in dieser Form aufgedrungen, wie er für uns ohne eure Hilfe nicht durchzuführen ist. Unser Geschäftsgang ist ein sehr glänziger, länger wie 4-5 Wochen können die Unternehmer ihre Arbeiten nicht aufgeben, sonst ist jede Ausführung ihrer Aufträge ausgeschlossen.

Alle Sendungen sind zu richten an den Hauptkassierer L. Raste, Sandstr. 1, Neudorf bei Dilsdorf.

Die Gewerkschaftsblätter und Arbeiterzeitungen werden um Abdruck gebeten.

J. M.:
Der Centralvorstand des Vereins der Formstecher.
K. Zeig.

Strohenbahnstreik. In Dilsdorf sind bei den Firmen Plauer, Schadowstraße, und Berger, Grünstraße, Differenzen zwischen Arbeitern und Meistern ausgebrochen. Bei Plauer sollen die Arbeiter die während der Arbeit beschädigten Strümpfe und Cylinder der Gasmaschinen bezahlet; bei Berger wird verlangt, daß die an dem Sonnabend fertiggestellte Arbeit auch am dem betreffenden Sonnabend und nicht erst am Freitag hernach bezahlet wird. Circa 20 Mann haben die Arbeit niedergelegt, Zuguz fernzubleiben. Näheres bei Frey Wienand, Dilsdorf, Steinstr. 6.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Schneider! In Düsseldorf sind bei den Firmen Plauer, Schadowstraße, und Berger, Grünstraße, Differenzen zwischen Arbeitern und Meistern ausgebrochen. Bei Plauer sollen die Arbeiter die während der Arbeit beschädigten Strümpfe und Cylinder der Gasmaschinen bezahlet; bei Berger wird verlangt, daß die an dem Sonnabend fertiggestellte Arbeit auch am dem betreffenden Sonnabend und nicht erst am Freitag hernach bezahlet wird. Circa 20 Mann haben die Arbeit niedergelegt, Zuguz fernzubleiben. Näheres bei Frey Wienand, Dilsdorf, Steinstr. 6.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Der alte Vergarbeiter-Verband war bekanntlich schon vor Jahren am „Absterben“. Wie es damit aussieht, geht deutlich daraus hervor, daß der Vorstand des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes in der letzten Nummer seines Organs über circa 8700 Mark Mitgliedsbeiträge, die im letzten Monat einliefen, quittierte. Vor 4 Jahren betrug die monatliche Einnahme zwischen 6-8000 Mark. Damals jubelte das Unternehmertum über den „Schlag“, den der Essener Weinsidprozess dem Verbandsverbande verfehlte. Aber neue Leute traten an die Stelle der Eingezickerten und es begann ein unaushaltbares Fortschreiten. Heute hat der Verband starke Mitgliedschaften in allen deutschen Bergrevieren. Neuerdings fand er Eingang in Oberbayern, wo jetzt schon über 700 Mitglieder ihm zuzählen. Die Verbandszeitung erscheint nun achtteilig in über 33 000 Auflage; wie ihr Studium lehrt, schreitet die Organisation rüstig fort. Alles Sanalatreiben und Maßregeln hilft nichts mehr. Im Gelsenkirchener-Schalker-Berger Revier hat der Verband nur ein Lokal; ist ein solches ausfindig gemacht, dann steht sich die Polizei hinter dem Birt und fützt ihn. Im Dortmund-Bezirk, so schreibt man uns von dort, verhängt die Behörde Schank- und Sportsteuern über die Versammlungslokale oder verbietet die Versammlungen. Die Folgen solcher Untreue haben die Streiks von 1889-93 gezeigt. Wenn unter solchen Umständen der Verband fortzähret, dann ist seine Lebensfähigkeit und Erläuterungsgültigkeit für die Berg- und Gewerkschaftswahlen, die am 17. oder 18. November stattfinden. In mehreren Versammlungen haben die Mitglieder des „alten“ und des „neuen“ Verbandes kameradschaftlich getagt und sich ohne Widerrede geeinigt. Dieses Zusammengehen der Arbeiter ist hochbedeutend für die Zukunft und macht dem Kapital und den Behörden viele Kopfschmerzen. Alles Verhegen hat nichts geholfen, die Vernunft bricht sich Bahn.

Ausland.

Die Delegiertenversammlung der katholischen Männer- und Arbeitervereine der Schweiz, die letzten Sonntag in Baden bei Zürich stattfand und an der auch Arbeitersekretär Greulich als Referent über die Revision des Fabrikgesetzes und als Korreferent über die Kranken- und Unfallversicherung teilnahm, beschloß, den katholischen Arbeitern den Beitritt zu den Gewerkschaften zu empfehlen, wenn dieselben parteipolitisch und religiös vollkommen neutral gestaltet werden. Bezüglich der Revision des Fabrikgesetzes sprach Dr. Decurtins den Wunsch aus, es möchte die gesamte Arbeiterchaft die Freigabe des Sonnabend-Nachmittags für die Arbeitervereine verlangen. An die Kosten der Doppelinitiative wurde ein Beitrag von 200 Fr. geleistet. — Gegen die Neutralisierung der Gewerkschaften im Sinne der katholischen Parteiführer beschloß die

Gärtner Typographia eine Resolution mit 180 gegen 2 Stimmen. In derselben wird der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß durch diese Art der Neutralisierung die schweizerische Arbeiterbewegung schwer geschädigt, der Gewerkschaftsbund an einer ersprießlichen Thätigkeit gehindert und so an seiner Laufbahn und Kraftlosigkeit zu Grunde gehen würde. Auch von anderen Seiten werden Bedenken gegen den ganzen Plan geäußert, wie denn in der That die Gefahr besteht, daß der Verlust den Gewinn bedeutend überwiegen würde.

In Grenzort scheint der Kampf von neuem zu beginnen. Der Telegraph bringt unterm 27. d. M. folgende Nachricht aus Paris: Nach einer Depesche der „Petite République“ aus Grenzort soll die Lage dort ernst sein. Schneider habe 14 Syndikatsarbeiter entlassen und der Syndikatsrat habe sich telegraphisch an die Regierung gewandt; unter den Arbeitern herrsche große Gährung.

Die Londoner Buchdrucker sind in eine Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden eingetreten. Diese, wie verschiedene Forderungen, den Tarif betreffend, sollen zunächst den Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreitet werden. Zu gleicher Zeit soll der Anschlag der übrigen im graphischen Gewerbe thätigen Organisationen zu diesem bedeutsamen Fortschritte in den Erwerbsverhältnissen der graphischen Arbeiter Londons herbeizuführen gesucht werden.

Aus der Frauenbewegung.

Der erste weibliche Advokat der Schweiz und wohl ganz Europas hat sich in Zürich habilitiert in der Person eines Fräuleins Dr. A. Madenroth. Dasselbe führte bereits einen Prozeß vor dem zürcherischen Handelsgerichte.

Sociales.

Oberschlesischer Entbehrungslohn. Die Huldshäuserischen Güterwerke, A. G. in Gleiwitz, haben in ihrem eben abgelaufenen Geschäftsjahre ganz besonders gut abgeköhnt. Der Gewinn beträgt über 3/4 Millionen Mark, der Dividendenjah 20 Proz. 1 Heber 2/4 Millionen Mark wurden auf Betriebsverbesserungen verwendet.

Eine Bäckerei-Verordnung hat das Landratsamt von Neuchâtel erlassen. Die Verordnung enthält Bestimmungen über die Größe, Beschaffenheit und Benutzungsweise der Arbeitsräume, über die Aufbewahrung der Waren und Vorräte, Beschaffung von Sitzgelegenheiten in den Arbeitsräumen, Einrichtung und Beschaffenheit von Wasch- und Kastenräumen, sowie der Bedürfnisanstalten, Reinigung der Arbeitsräume und Arbeitsgeräte. Strafen werden bis zur Höhe von 300 R. festgesetzt. — Auf die Ueberwachung der Ausführung wird alles ankommen.

Das neugegründete Arbeitersekretariat in Breslau wird demnächst in Thätigkeit treten. Zum Sekretär wurde Genosse Emil Reuß, bisher Redakteur der Breslauer „Volkswacht“ gewählt.

Ein Verein für Arbeiter-Bildungskurse ist in Zürich gegründet worden. Die Kurse finden Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Freitags jeweils abends von 8—9 Uhr statt. Auf dem Programm stehen: Arbeiterschule, Gesetzgebung (Arbeitersekretär Greulich), Einführung in die Principien der Naturwissenschaft (Schriftsteller Bömmelin), Grundbegriffe der Rechts- und Staatslehre Prof. Dr. Bärker) und allgemeine Volkswirtschaftslehre (Professor Herlmer). Die Teilnehmer haben pro Kursus von ca. 24 Stunden 2 Fr. zu bezahlen. An der Spitze des Vereins stehen Pfarrer Pfleger und Genosse Advokat Dr. Harbstein.

Ein Sanatorium für Augenranke wird im Ranton Ballis in der Höhe von 1450 Metern über Meer an geschützter Stelle oberhalb Siders in der Gemeinde Mandogne errichtet. Die Anstalt soll vorerst 50 Betten enthalten, aber gleich auf eine Erweiterung bis zu 100 Betten Rücksicht genommen werden. Die Kosten sind auf 350 000 Fr. berechnet.

Unternehmer-Verbände.

Ein Verband der niederrheinischen Sammetfabrikanten wird geplant. Die Sammetfabrikanten klagen über große Mißstände, die sich im Gewerbe dadurch herausgebildet haben, daß durch die unbeschränkte Konkurrenz den Abnehmern immer größerer Entgegenkommen gewährt wurde, so daß infolgedessen sie heut fast ohne Nutzen produzieren.

Gerihts-Beitung.

Mißhandlungen in einem Armenhause. Einem freudig zu begründenden Umstande verdankt der Redakteur des „Delmenhorster Volksblattes“, unser Parteigenosse Reinhold Payer in Delmenhorst, die Freisprechung von einem Teile der Anklage durch das Reichsgericht. Das Landgericht Oldenburg (Gewehrregiment) hat ihn am 3. Dezember 1898 wegen Verleumdung in sechs Fällen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte einmal in einem Blatte, sodann in einer Volksversammlung die Verhältnisse in der Armen-Arbeitsanstalt in Delmenhorst kritisiert und soll dadurch die in Frage kommenden maßgebenden Personen beleidigt haben, darunter auch den Bürgermeister. Das Gericht hat bezüglich eines nicht unerheblichen Teiles der erhobenen beleidigenden Vorwürfe den Wahrheitsbeweis als erbracht angesehen. Die Eheleute Niffelmann, denen die Leitung jener Anstalt oblag, haben sich in der That wiederholt grobe Verleumdungen gegen die Hausordnung zu schulden kommen lassen, mehrfach ihre Disziplinarbefugnis in der absichtlichen Weise überschritten und Insassen des Arbeitshauses gemißhandelt. Unter anderem haben sie es unternommen, bei zwei jugendlichen Insassen die Krankheit des Scharlachs dadurch zu befestigen, daß sie diese Leute gezwungen haben, ihren eigenen mit Salz vermischten Urin zu trinken. Dagegen hat das Gericht nach deutschem Brauch angenommen, daß die weitergehenden Behauptungen nicht erwieslich wahr seien, daß Payer durch dieselben keine berechtigten Interessen wahrgenommen habe und daß eine Aufrechnung der Beleidigung des Bürgermeisters gegen die dem Angeklagten vom Bürgermeister zugesagte Ehrenkränkung deshalb nicht habe stattfinden können, weil der Angeklagte mit seiner Erwiderung mehrere Wochen gewartet habe. — Das Urteil war, wie erwähnt, am 3. Dezember 1898 gefällt, und am 10. Dezember hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Als dann sechs Monate und drei Tage verfloßen waren, nämlich am 13. Juli 1899, verfügte der Vorsitzende der Strafkammer die Zustellung des Urteils an den Angeklagten Payer. Presheliste verfahren nun, wie bekannt, in sechs Monaten. Die Verjährung der Straftaten Payers ist in den erwähnten sechs Monaten drei Tage keine richterliche gegen ihn gerichtete Handlung unterbrochen worden, denn die im Dezember 1898 und im März 1899 zu den Akten gedragten Notizen, wonach dem großherzoglichen Amte in Delmenhorst, welches um die Akten in dieser Sache ersucht hatte, mitgeteilt worden ist, daß sie nicht entbehrt werden könnten, weil der Angeklagte Revision eingelegt habe, — diese Notizen sind als gegen den Angeklagten gerichtete richterliche Handlungen nicht anzusehen. Auf die Revision des Angeklagten sprach nun am Donnerstag das Reichsgericht in Leipzig den Angeklagten von der Anklage in den drei Fällen der Verleumdung wegen eingetretener Verjährung von Strafe und Kosten frei. Aber auch in den drei übrigen Anklagepunkten (Beleidigung in der Volksversammlung), in denen Verjährung nicht eingetreten ist, hatte der Angeklagte Erfolg. Das Landgericht hat nämlich die Feststellung getroffen, daß der Angeklagte persönlich Indebitten gegen Behörden und Beamte zu richten gewohnt sei, und hinzugefügt, daß beweisen die beiden letzten Jahrgänge des „Delmenhorster Volksblattes“. Die Revision erhob nun die Klage, daß diese beiden Jahrgänge vom Urteil als Beweis mittel benützt worden seien, ohne daß sie zum Gegenstand der Hauptverhandlung gemacht worden seien. Das Reichsgericht erachtete diese Klage als begründet, hob auch in den drei übrigen Fällen das Urteil auf und verurteilte die Sache in diesem Umfange an das Landgericht zurück.

Die Folgen außergewöhnlich schwerer Arbeit als Betriebsunfall. Der nahezu 60jährige Arbeiter Fiedert, der in einer Quecksilber-Raschinenbau-Anstalt beschäftigt war, wurde eines Tages mit noch drei Kollegen beauftragt, eine 2 Centner schwere, harte Stahlplatte in vier Teile zu zerhacken. Die Leute hatten damit zu thun von nachmittags 3 Uhr bis zum Feierabend und am nächsten Tage noch bis 9 Uhr vormittags. Fiedert ausherte nach Beendigung der Arbeit zu seinen Kollegen, das Zerhacken der Platte wäre eine sehr saure Arbeit gewesen. Auch streckte er sich, wie das überarbeitete Personen zu thun pflegen. Als er nach Tisch wenige Minuten gearbeitet hatte, brach er zusammen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er alsbald verstarb. Seine Hinterbliebenen beanpruchten dann von der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Versicherungsgesellschaft eine Unfallrente. Die Kollegen des Verstorbenen jagten aus, daß die Arbeit eine außergewöhnlich schwere gewesen sei. Fiedert habe nicht nur mittels einer schweren Gange die Platte halten und ihr Gewicht dirigieren müssen, sondern auch noch einen Schrotmeißel gehalten. Der Kreiswundarzt, Dr. Pier, stellte auf Grund des Obduktionsbefundes fest, daß er einem Schlagfluß erlegen sei, der seinen unmittelbaren Anlaß in einer Gehirnblutung gehabt habe. Die Gefäßwände seien bei ihm abnorm brüchig gewesen, und es müsse angenommen werden, daß ihr Durchbruch durch eine übermäßige Anstrengung verursacht sei. Ein Arzt Dr. Grunewald teilte die letztere Annahme nicht und der Vorsitzende der Versicherungsgesellschaft hielt sich als Sachverständiger berechtigt, zu erklären, daß sich die Arbeit noch im Rahmen des betrieblichen gehalten habe. Darauf lehnte die Versicherungsgesellschaft den Anspruch der Hinterbliebenen mit der Begründung ab, daß ein Betriebsunfall nicht vorliege. Das Schiedsgericht erkannte ebenfalls zu Ungunsten des Klägers. Einen Betriebsunfall anzunehmen hielt es deshalb für bedenklich, weil der Schlagfluß erst fünf Stunden nach Beendigung jener schweren Arbeit eingetreten ist. Das Reichs-Versicherungsamt holte noch ein Obergutachten des Geh. Medizinalrats Dr. Gerhard ein. Dieser Arzt sprach sich dahin aus, daß wahrscheinlich die Gehirnblutung und der Tod des Verstorbenen auf die kurz vorher ausgeführte außergewöhnlich schwere Arbeit zurückzuführen sei. Große Anstrengungen steigerten erheblich den Druck des Blutes gegen die Gefäßwände, so daß diese, wenn sie so brüchig seien, wie bei ihm, leicht durchbrochen werden könnten. Rummere verurteilte das Reichsgericht die Versicherungsgesellschaft zur Rentengewährung, indem es sich auf das Obergutachten berief. Die Merkmale eines Unfalles erblickte das Gericht darin, daß die Arbeit die Entkräftungserscheinungen innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraums herbeigeführt habe.

Um Urkundenfälschungen in nicht weniger als 257 Fällen handelte es sich in einem Prozesse, der kürzlich vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Es befanden sich fünf Frauen auf der Anklagebank: die verehelichte Kaufmannsrau Maria Mlansta, die Arbeiterfrau Clara Pauli, die Witwe Albertine Mathäi, die unverheiratete Martha Ladzig und die Arbeiterfrau Marie Krohne. Die Angeklagte Mlansta war bei der Abzahlungsbank Homann u. Co. als Reisende angestellt. Sie hatte die Aufgabe, Kundinnen auf goldene Uhren anzuwerben. Dieselben hatten den zehnten Teil des auf 50—60 M. festgesetzten Kaufpreises anzuzahlen, den Rest in monatlichen Raten abzutragen. Im Anfang arbeitete die Mlansta zuverlässig, als sie aber keine Abnehmer mehr finden konnte, griff sie zum Schwindel. Sie fand bereitwillige Helferinnen in den Personen der vier übrigen Angeklagten. Sie fertigten gemeinsam Leihverträge mit erdichteten Namen an, die Mlansta gab dieselben bei der Firma Homann ab, zahlte den 10. Teil an und erhielt die Uhr zur Abgabe an die Kundin. Die Uhren wanderten sofort zum Pfandleiher, wo sie mit 18—20 M. beliehen wurden. Der Erlös wurde unter den Angeklagten geteilt. Die Firma Homann u. Co. hatte einen Verlust von über 10 000 M. erlitten, bevor sie dahinter kam, daß alle die Abnehmer gar nicht existierten. Erst nach mehrwöchiger Verhandlung gelang es den Verteidigern, Rechtsanwältin Dr. Verhauer und Sellentin, die Angeklagten zu bewegen, ein Geständnis abzulegen. Die Mlansta wurde zu 2 1/2 Jahren, die Pauli zu neun, die Mathäi ebenfalls zu neun, die Ladzig zu vier und die Krohne zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Krieg.

Eingekündigt.

Die englischen Blätter erklären nunmehr nach Veröffentlichung der letzten offiziellen Telegramme, es stehe außer Frage, daß der einzige Sieg, den die Engländer gegen die Boeren davongetragen haben, derjenige bei Glandslaagte sei, während die übrigen Gefechte mehr zu Gunsten der Boeren ausgefallen seien.

Ueber das Gefecht bei Glandslaagte wird noch aus London berichtet: Wie die „Times“ aus Glandslaagte vom 22. d. M. melden, ist es noch unmöglich, die Verluste der Boeren zu schätzen, doch dürften sich dieselben annähernd auf 250 Tote belaufen. — Der gefangen genommene Führer der deutschen Freiwilligentruppe, Oberst Schiel, sagte in einer Unterredung, nichts habe der Trefflichkeit der englischen Feldgeschütze Stand halten können, die Transvaal-Artilleristen hätten sich wiederholt von den Verischanzungen zurückziehen müssen.

Kämpfe im Westen und Norden.

Vom östlichen Kriegsschauplatz liegen keinerlei wichtige Nachrichten vor. Die Gegner stehen sich bei Ladysmith drohend gegenüber.

Kapstadt, 26. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der „Cape Argus“ veröffentlicht folgende Einzelheiten über den Rückzug des Generals Bull von Glencoe: Sonnabendabend während eines heftigen Regens wurden die Zelte abgebrochen und auf einen anderen Platz gebracht. Die Granaten schlugen jedoch bald mitten in das neue Lager ein, wobei zwei Mann getötet wurden; es wurde deshalb notwendig, außer Schußweite zu gehen. Die Bevölkerung der Stadt verließ ebenfalls die Häuser und lagerten zwischen den Gepädwagen, welche auf einen sicheren Platz gebracht worden waren. Die englischen Truppen waren den ganzen Sonntag mit Plänkelen und mit Vergung des Gepäcks beschäftigt, das aus dem Bereich der schweren Geschütze der Boeren gebracht werden mußte. Die Mannschaften waren vollständig erschöpft, da sie in der Nacht zum Sonntag keine Ruhe gehabt hatten. Die ganze Kolonne begann den Rückzug, der in bewunderungswürdiger Weise durch den Van Roodheers Pass, ein gefährliches Defilé, das 50 Mann hätten halten können, ausgeführt wurde. Dienstag Abend fiel starker Regen, der die Mannschaften während der Nacht nicht zur Ruhe kommen ließ. Um 4 Uhr früh wurde wiederum aufgebrochen und am Nachmittage Rühling mit der Kolonne von Ladysmith gewonnen. Am Sonntag schickte General Bull, der aus der Richtung auf Glandslaagte sah, die Artillerie ab, die auf eine Abteilung Boeren, welche sich über den Lupati-Berg zurückzog, feuerte und derselben große Verluste beibrachte.

Dem Reuterschen Bureau wird aus Kimberley vom 24. Oktober gemeldet: Eine britische Truppenabteilung von 270 Mann verließ heute früh die Stadt. Als sie eine kurze Strecke zurückgelegt hatte, stieß sie auf Truppen der Boeren, mit welchen sie in ein Gefecht geriet. Später erhielt sie Unterstützung von zwei gepanzerten Eisenbahnzügen und 220 Mann mit zwei Kanonen und zwei Maschinengewehren. Eine der britischen Kanonen eröffnete dann plötzlich das Feuer gegen den Feind, der sich in einer unglücklichen Stellung befand. Die Artillerie der Boeren erwiderte das Feuer in heftiger Weise. Der Kampf dauerte mehrere Stunden. Die Engländer verloren 3 Tote und 21 Verwundete, auf Seiten der Boeren wurden viele Leute getötet, darunter auch der Kommandant Votha.

Fort Tuli (Rhodesien, Nordgrenze von Transvaal), 21. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Eine starke englische Patrouille stieß heute bei Rhodes Drift im dichten Busch auf den Feind. Es entspann sich heftiges Schermüßel. Auf englischer Seite wurden zwei Mann getötet und zwei verwundet. Der

Feind verlor sieben Tote, wahrscheinlich ist eine große Anzahl verwundet. Die Boeren zogen sich in eine starke Stellung auf einem Hügel bei der Ponds Drift zurück.

Gefangene in Pretoria.

Aus Pretoria wird gemeldet, eine große Menge Neuzugler empfing die Gefangenen bei ihrer Ankunft in Pretoria. Die Gefangenen durchzogen die Stadt und wohnten später dem Gottesdienste bei. Die Menge verhielt sich ruhig. Die Offiziere wurden teilweise ins Spital gebracht, teilweise nach dem Remplaie abgeführt, wo sie in Freiheit gesetzt wurden, nachdem sie ihr Ehrenwort gegeben hatten, die Flucht nicht zu ergreifen.

Vertagung des Unterhauses.

London, 27. Oktober. Die Thronrede, welche bei der heutigen Vertagung des Parlaments verlesen wurde, gebt rühmend der glänzenden Eigenschaften der tapferen Regimenter, die mit der Aufgabe betraut seien, die Invasion der südafrikanischen Kolonien zurückzuweisen. Sodann spricht die Königin ihre tiefe Trauer darüber aus, daß so viele brave Offiziere und Mannschaften in Erfüllung ihrer Pflicht gefallen seien. Mit Anerkennung wird hervorgehoben, daß in liberaler Weise die Kriegsgelderte bewilligt seien, und schließlich dem Vertrauen Ausdruck gegeben, daß der göttliche Segen auf dem Bemühen des Parlaments und des Heeres ruhen werde, Frieden und gut Regiment in Südafrika wiederherzustellen und die Ehre Großbritanniens zu wahren.

Russische Stimmungen.

Das einflussreiche Organ der panslawistischen Partei, die Moskauer „Wedomosti“, widmet einen ihrer letzten Zeitaufsätze der Frage eines Feldzuges nach Indien. „Rußland“, führen die „Wedomosti“ aus, „denkt zwar nicht an Eroberungen, aber jetzt, wo England in seiner Eroberungspolitik fortfährt und nicht aufhört, Rußland Schwierigkeiten zu bereiten, wie es dies bereits früher im Kaukasus, in Polen, in Persien, der Türkei, in China, Afghanistan, Kaschgar, Pamir und Aegypten getan, kommt diese Frage doch ganz natürlich in Erwägung.“ Die englische Politik spanne alle Kräfte an, Indien zu sichern, denn in London wisse man wohl, daß England mit dem Verlust Indiens aufhören würde, eine Weltmacht zu sein. Rußland sei aber trotz aller englischen Anstrengungen bis hart an die indische Grenze gelangt und es könne kein Zweifel mehr sein, daß bei einem Zusammenstoß die russische Position sich weit günstiger erweisen dürfte als die englische und daß ein solcher Zusammenstoß mit der entscheidenden Niederlage der Engländer enden würde. Der Vorteil Rußlands liege vor allem auch in der Erkenntnis der asiatischen Völker, daß Rußland nur in der Rolle des Befreiers von einem schweren Joch auftreten könne. Die Völker Asiens sehen in England ihren Feind, in Rußland ihren Freund und nennen den Zaren den „schützenden Sultan“. Führt England in seiner Eroberungspolitik fort, so stehe der Augenblick nicht mehr fern, wo auf den Wind des westlichen Zaren die russischen Adler von den Himalayabergen in die reichen Täler Indiens hinuntersteigen werden.

Aus Amerika.

Washington, 27. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In Verantwortung der Anfragen, welche an den Präsidenten Mac Kinley bei Gelegenheit der Uebergabe einer Petition gerichtet wurden, in welcher der Präsident dringend gebeten wird, die Vermittlung der Vereinigten Staaten in dem Streite zwischen England und Transvaal anzubieten, sagte Mac Kinley, er werde der Petition die ernstlichste Erwägung angedeihen lassen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Aus dem österreichischen Parlament.

Wien, 27. Oktober. (B. Z. B.) Abgeordnetenhause. Abg. Dabzynski (Soc.) begründet seinen Antrag und sagt, es handele sich hier um eine politische Maßnahme, um eine Lebensfrage des Parlamentes, um den Sieg der unkontrollierbaren, absolutistischen Gewalt oder um den Sieg des Parlamentes. (Lebhafte Zustimmung links.) Das Parlament müßte die erkämpfte Verfassung, sowie das Recht auf gesetzgebende Thätigkeit wahren, darum müßte auch der Paragraph 14 gestrichen werden. (Beifall.) Abg. Schönnerer beantragt Schluß der heutigen Sitzung; sein Antrag wird jedoch abgelehnt. Abg. Kaiser beantragt den Antrag der Linken auf Ersetzung des § 14 durch andere, auf wirtschliche Notfälle beschränkte Bestimmungen. Er fährt aus, der § 14 mache die Verfassung illusorisch und biete keinen Schutz gegen den Mißbrauch der Verfassung, gegen Willkür der Regierung und schließlich mit einem Appell an die Majorität, daß Recht und Gesetz gewahrt werden müßten; dann würden die Deutschen gemeinsam mit der Majorität an die wirtschlichen Arbeiten schreiten, wenn nicht, dann müßte die Regierung das Volk befragen. Den Deutschen sei davon nicht bange. (Beifall links.)

Hierauf wird die Debatte abgebrochen. Abg. Schönnerer beantragt hierauf, die nächste Sitzung am Dienstag abzuhalten und auf die Tagesordnung zu setzen: Reichsanträge und Anträge auf Verlegung des Ministeriums Thun in den Anlagestrand. Für die Schönnerer verlangte unmittelbare Abstimmung stimmen nur die Sozialdemokraten. Hierauf beantragt Abg. Verfall die nächste Sitzung morgen mittag abzuhalten mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte, Besetzung des § 14, Verlegung der Delegationswahlen. Der Antrag Verfall wird mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten, deutschen Volkspartei und Schönnerer abgelehnt. (Rufe: Wo ist die jungere Opposition?) Nächste Sitzung morgen.

Zur Wahlreform in Belgien.

Brüssel, 27. Oktober. In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer wurde der Artikel I des neuen auf Proportionalvertretung beruhenden Wahlgesetz-Entwurfs mit 75 gegen 55 Stimmen angenommen.

Brüssel, 27. Oktober. (B. Z. B.) Teilweise Arbeits einstellen in den Kohlengruben Formu und Wadnes, Charbonnages belges und Kien du Geur werden gemeldet. Am Sonntag findet eine Versammlung der Bergarbeiter statt.

Bern, 27. Oktober. (B. Z. B.) Das eidgenössische Budget für 1900 schließt bei einer Einnahme von 102 270 000 Fr. und einer Ausgabe von 102 990 000 Fr. mit einem Ausgabenüberschuß von 720 000 Fr. ab, also um 1 375 000 Fr. besser als das Budget des laufenden Jahres.

Stockholm, 27. Oktober. (B. Z. B.) An Stelle des Generals Jhrn. Kappe, der auf sein Gesuch als Kriegsminister verabschiedet worden ist, wurde Landeshauptmann Eriksson zum Kriegsminister ernannt. An Stelle des Jhrn. Alshelm wurde Antschiäcker Rastadius zum Mitgliede des Staatsrats ernannt.

Haag, 27. Oktober. (B. Z. B.) Sir William Pauncefote, der Vertreter Englands auf der Friedenskonferenz, ist hier eingetroffen, um die Verträge und Protokolle, betreffend die Beschlüsse der Friedenskonferenz zu unterzeichnen.

London, 27. Oktober. (B. Z. B.) Oberhaus. Hardwide beantragt eine Resolution, in welcher es für unangemessen erklärt wird, daß innerhalb der Mauern des Westminster-Palastes Statuen zum Gedächtnis bekannter Persönlichkeiten ohne Genehmigung des Parlaments errichtet würden. (Die Resolution bezieht sich darauf, daß gegenwärtig dort eine Statue Cromwells errichtet wird.) Von Seiten der Regierung wird die Resolution bekämpft; dieselbe wird jedoch mit 6 gegen 4 Stimmen unter dem Gelächter der Anwesenden angenommen. Das Haus war in Anbetracht der bevorstehenden Vertagung, die um 2 Uhr nachmittags erfolgte, fast leer.

Kommunales.

Aus der Magistratsitzung am Freitag. Hinsichtlich des zu errichtenden Amisgerichts Widdig-Reinickendorf... Die letzte Stufe der Gemeinde-Einkommensteuer von einem Einkommen von 600-900 M. — die 4 M. Steuer — soll für das Etatsjahr 1900 nach Beschluß des Magistratskollegiums nicht zur Erhebung kommen.

Tokales.

Den Parteigenossen des ersten Wahlkreises die Mitteilung, daß am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 7 1/2 Uhr, eine Flugblattverteilung stattfindet. Alle, die gewillt sind, mitzuhelfen, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen einzufinden: Sommer, Grünstr. 21 und Wörschel, Jüdenstr. 85.

Den Parteigenossen und Genossen des zweiten Wahlkreises die Mitteilung, daß am Sonntag, den 29. d. M., vormittags 7 1/2 Uhr, eine Flugblattverteilung stattfindet. Alle, die gewillt sind, mitzuhelfen, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen einzufinden: Singer, Schützenstr. 18/19; Café, Marienstr. 102; Wagt, Königgräberstr. 39; Siebert, Großberensstr. 54; Quand, Belle-Alliancestr. 74; Lehner, Hagelsbergerstr. 23; Koller, Palisadenstr. 16; Berner, Ostrowstr. 59.

Achtung, 4. Wahlkreis (Osten). Die Mitglieder des Wahlkreises werden hierdurch aufgefordert, sich an der am Sonntag, den 29. d. M., vormittags 8 Uhr stattfindenden Flugblattverteilung für die Kommunalwahlen des 20., 21., 26. und 27. Bezirks recht zahlreich zu beteiligen.

Der Ruf nach Schulärzten

braucht in Berlin jetzt nicht mehr, wie leider so viele Jahre hindurch, vergeblich erhoben zu werden. Die Sache scheint ja nun auch bei uns in Gang kommen zu sollen, und wenn den Gegnern dieser Forderung nicht noch durch irgend welche Schwierigkeiten der Ausführung eine unerwartete Hilfe zu teil wird, dann können wir es vielleicht noch erleben, daß auch Berlin nach dem Muster verschiedener anderer Städte eine allgemeine und planmäßige Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Schulkinder einführt. Es ist trotzdem auch jetzt noch von hohem Interesse, zu sehen, wie die Forderung der Ueberwachung von sogenannten Schulärzten durch die Ergebnisse einer Untersuchung gestützt wird, die der Augenarzt Dr. Wag Radziejewski vom Oktober 1897 bis Mitte 1899, also etwa 2 Jahre hindurch, mit Erlaubnis der städtischen Schuldeputation an Berliner Schulkindern vorgenommen hat.

erst angefaßt und entwickelt werden. An anderer Stelle sagt er aber, daß auch das Interesse der Aktion im Laufe seiner Untersuchungen nachgelassen habe, jedoch im Herbst 1898 wieder daran erinnert werden mußte. Man scheint also auch in weniger „ungebildeten“ Kreisen immer noch nicht das nötige Verständnis für die Wichtigkeit der Sache zu haben.

Gegen den Antrag Singer auf Beschränkung der Sonntagsarbeit für Handelsgeschäfte machen die Unternehmer, die Geschäftleute und ihre Organisationen jetzt auf der ganzen Linie mobil. Die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft und der Central-Ausschuß hiesiger kaufmännischer und gewerblicher Vereine haben sich bereits gegen den Antrag ausgesprochen, der bekanntlich dahin geht, daß durch Ortstatut die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Feiertagen nach 10 Uhr vormittags verboten werden soll.

Der Fall Bietzen wird am 31. d. M. in einer von der GdH-Gesellschaft veranstalteten Versammlung den Gegenstand eines Vortrages bilden, den Rechtsanwalt Victor Fränkel, einer der eifrigsten Förderer der Bietzensache, freundlich übernommen hat.

Frauen in den städtischen Lesehallen zu sehen, hat man nur sehr selten Gelegenheit. In der Zeit vom 1. April 1898 bis 31. März 1899 waren in der 1. Lesehalle (Mohrenstraße) unter 10 110 Besuchern nur 544 weibliche, in der 2. Lesehalle (Ravensstraße) unter 19 730 Besuchern nur 963 weibliche, d. h. unter je 1000 Besuchern der 1. bezw. der 2. Halle waren nur rund 28 bezw. 49 weibliche.

Ueber die Einführung des Nachtbetriebes im Fernsprechbetriebe teilt die Kaiserliche Ober-Postdirektion Berlin folgendes mit: Bei den Berliner Fernsprech-Vermittlungsanstalten wird am 1. November der Nachtbetrieb eingeführt. Die Fernsprech-Schaltstellen müssen sich während des Nachtbetriebes von einem eigens für die Nachtstellungen aufgestellten Klappensystem erst zu den oft entfernt liegenden Teilnehmerstrahlen begeben, so daß bis zur Herstellung der verlangten Verbindung, besonders bei regerem Verkehr, unter Umständen einige Minuten vergehen können.

Ein häßliches Vorkommnis verursachte gestern vormittag in der Fleischstraße eine erklärliche Aufregung. Dort lief ein divulgezierter Hund, der demnach infolge mangelhafter Aufsicht aus der landwirtschaftlichen Hochschule entlaufen war, umher. Dem Tier war eine große Rißwunde in den Hals gelegt. Aus der Rißwunde floß Materie, deren Zustand die Vermutung erweckte, daß das lästliche Kitzungstier eine zeitlang nicht gereinigt worden ist.

unmöglich machen können, ohne die technischen Einrichtungen zu beschädigen. Bezügliche Anträge sind an die beteiligten Stadt-Bezirksämter zu richten.

Sammelbüchern für die Ferienkolonien werden jetzt im Bureau, Kreuzstr. 5, zur Aufstellung in Restantionen etc. abgegeben. Das Komitee für die Ferienkolonien richtet unter einem eindringlichen Hinweis auf das Gelingen der Berliner Großstadtkinder an alle Menschenfreunde die Bitte, gelegentlich den Wägen eine Gabe zuzuwenden und dadurch das Liebeswerk zu unterstützen.

Der Verein für Kinder-Volkstische bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß seine Kinderküchen anfangs November d. J. eröffnet werden. Die Küchen befinden sich 1. Burgdorferstr. 8, Vorsteherin Frau Antje Reuter; 2. Kreuzstr. 60, Vorsteherin Fabritzbergerin Menger; 3. Bergstr. 20, Vorsteherin Frau Bosner; 4. Mühlenstr. 58, Vorsteherin Frau Provinzial-Steuereinsamlerin von Schmidt; 5. Waldemarstr. 18/19, Vorsteherin Frau Schlichting; 6. Kaiser Friedrichstr. 13, Vorsteherin Frau Amtsgerichtsrat von Gorbandt; 7. Stettinerstr. 26, Vorsteherin Frau Ober-Postsekretärin Kaufsch; 8. Jägerburgerstr. 10, Vorsteherin Fraulein Vollmann; 9. Gormannstr. 8/9, Vorsteherin Fraulein Paula Minnam.

Für die bedeutsame Erweiterung des Berliner Universitätsgebäudes, welche das Ministerium gebilligt hat, liegt bereits ein vollständiger Plan vor. Es wird ein zweigeschossiges Bauwerk, das an der Stelle des jetzigen Voraden-Auditoriums der Lesehalle errichtet werden, aber bis zur Dorotheenstraße sich ausdehnen soll. Als Bauplatz wird nur das schon jetzt ungenutzte Rechteck rings um die Lesehalle verwendet; die Schmalleite entspricht etwa dem Mittelrisalit auf der Rückfront der Universität.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Herr v. Bethmann-Hollweg hat gestern das Rathaus besucht. Bei dieser Gelegenheit konnten einige Blätter es sich nicht verkneifen, die „Oberbürgermeisterfrage“ wieder anzuschneiden. Das war überflüssig insofern, als es doch nicht die Kommune ist, deren Ansehen durch die Nichtbestätigung Schaden leidet.

Der störrisch geachtete Geldbesitzer Schwarz scheint erkrankt viel Doppeltgänger zu haben. Nachdem bisher nicht weniger als neunmal Unschuldige als „Schwarz“ erkannt und auch verhaftet, dann aber wieder in Freiheit gesetzt worden waren, hat sich auch die gestern signalisierte Verhaftung des Gesuchten in Zell an der Mosel als ein Fehlgriff herausgestellt.

Die Betriebsdirektion der Straßenbahn Berlin-Hohenschönhausen richtet folgende Zuschrift an uns: Nach den Zeitungsberichten zu urteilen, ist vielfach im Publikum die Meinung verbreitet, als ob der jetzt in unseren Bahnbetriebe eingeführte 24 Minuten-Betrieb aufrecht erhalten werden solle. Wir erlauben Sie, das Publikum dahin zu verständigen, daß sofort nach Fertigstellung unserer Requisition in Hohenschönhausen ein 12 Minuten-Betrieb und vom nächsten Sommer ab ein 6 Minuten-Betrieb eingeführt werden wird.

Freiwillig gestellt hat sich der Rekrut Wetz von der 1. Compagnie des Eisenbahnpioniers Nr. 1 (nicht Garde-Pionierbataillon, wie irrthümlich berichtet wurde), der am vergangenen Sonnabend von seinem Zampfenstele sich entfernt hatte. Der junge Mann schien sich schwer in die Disziplin fügen zu können und lief in seiner bürgerlichen Kleidung, die er noch nicht abgegeben hatte, davon. Nach fünf Tagen sah er jedoch ein, daß er eine Thorheit begangen hatte, und kehrte freiwillig zurück. Mit Rücksicht darauf, daß die Rekruten noch nicht vereidigt sind, kam er mit drei Tagen Mittelarrest davon.

Ein häßliches Vorkommnis verursachte gestern vormittag in der Fleischstraße eine erklärliche Aufregung. Dort lief ein divulgezierter Hund, der demnach infolge mangelhafter Aufsicht aus der landwirtschaftlichen Hochschule entlaufen war, umher. Dem Tier war eine große Rißwunde in den Hals gelegt. Aus der Rißwunde floß Materie, deren Zustand die Vermutung erweckte, daß das lästliche Kitzungstier eine zeitlang nicht gereinigt worden ist.

Einen Arienbruch erlitt gestern nachmittags um 1 Uhr der Omnibus Nr. 461 der Linie Brunnenstraße-Marghedeplatz vor dem Hause Friedrichstr. 240. Die Fahrgäste kamen mit dem bloßen Schrecken davon. Der Wagen mußte außer Betrieb gestellt werden.

In dem Unfall an dem Tomban wird mitgeteilt, daß die Beschädigung der Christusfigur schwerer zu sein scheint, als man anfangs annahm. Den Sand, in den die Figur sich eingegraben hatte, beseitigte man gestern vormittag vollständig und dann richtete man ein Gerüst, um mit einem Flasenzug die Figur wieder aufzurichten. Das Gerüst, das bei dem Sturz getroffen wurde, ist ziemlich stark beschädigt. Man sieht noch jetzt zertrümmerte Balken und Bretter herabhängen. Die Kolossalfigur ist 5,80 Meter hoch und 35 Centner schwer. Es wird als ein Glück betrachtet, daß sie nicht in Bronzeguß, sondern in Kupferarbeit ausgeführt ist. Bei Bronzegüssen lassen sich größere Kräfte in den seltensten Fällen reparieren, vielmehr ist ein Neuguß erforderlich.

Theater. Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater wird jetzt der Schwank „Ein gesunder Junge“ oder „Onkel Cohn“ aufgeführt. Als Verfasser nennt der Zettel einen Herrn Reiflingen. Der Onkel Cohn ist ein mauselnder Allerweltskerl, den jeder zum Vertrauten hat. Allerhand zwar nicht neue, aber doch zur Heiterkeit stimmende Situationen werden durch die Freundlichkeit des alten Knaben herbeigeführt, so daß der Zuschauer mit Begeisterung dabei ist und sich freut, auch im Theater an der Chausseestraße einmal vergnügt sein zu können. Einen besonderen Wert erhält die Aufführung noch dadurch, daß Herr Wag Samst die Titelfigur spielt. Von dem Direktor Samst halten wir wahrlich nicht viel. Oft genug waren wir in der unangenehmen Lage, dem Herrn deutlich unsere Meinung sagen zu müssen. Aber der Schauspieler Samst sieht nach wie vor in allen Ehren da, und auch die vorgestrige Aufführung ließ nur ein Gefühl des Bedauerns darüber aufkommen, daß so wenig Kräfte auf seiner Bühne sind, die sich ihm zur Seite stellen können.

In der neuen Komödie „Das Gastspiel“ von Ernst v. Wolgast und Hans Olden, welche im Deutschen Theater am Sonntag, den 4. November, zum erstenmal in Szene geht, wirken in den Hauptrollen die Damen Ebertz, Jurberg, Lehmann, Tremmer, sowie die Herren Engels, Fischer, Junker, Köhler, Martin, Reinhardt, Ballmann, v. Winterstein mit. — An dem Löwe-Abend, den das Schiller-Theater Sonntag, den 29. Oktober, im Bürgeraal des Rathauses veranstaltet, wirken die Damen Luise Klossel-Müller, Else Nöf-Schuch und Herr Kammerjäger Eduard Fehler mit. Den einleitenden Vortrag hält Herr Pfarrer Wellmer, der bekannte Biograph Karl Löwe. — Im Schiller-Theater kommt in der Sonntagabend-Vorstellung das Schalepearsche Lustspiel „Viel Lärm um Nichts“ mit Fräulein Mariame Busch und Herrn Albert Käthy in den Hauptrollen zur Aufführung. In der Sonntagabend-Vorstellung geht „Der Richter von Zalamea“ in Szene.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Für den zweiten Kommunal-Wahlbezirk findet am Sonntag, den 29. Oktober dieses Jahres, nachmittags 3 Uhr, eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung im Lokale von Leder, Bismarckstr. 94, statt, in der der Kandidat dieses Bezirkes, Genosse Curt Baake über die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen sprechen wird.

Parteienoffen in Schöneberg! Der von unseren Gegnern zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen gefasste Beschluß, ohne Unterschied ihrer sonstigen Parteistellung gemeinsame Kandidaten den unserigen entgegenzustellen, macht es jedem Parteigenossen, der es mit sich und der Partei ernst meint, zur unbedingten Pflicht, persönlich mit dazu beizutragen, daß die von uns behaupteten Mandate nicht nur gewahrt, sondern, daß auch bei der am 8. November, von mittags 12 bis abends 7 Uhr stattfindenden Wahl neue Bezirke für uns erobert werden. Dies ist jedoch nur möglich, wenn ein jeder Parteigenosse sich dem socialdemokratischen Wahlomitee zur intensiven Agitation zur Verfügung stellt. Deshalb hat jeder Schöneberger Parteigenosse die Pflicht, am Sonntag, früh 7 1/2 Uhr, bei Obst, Grunewaldstr. 110, zu erscheinen, um durch sein Mitwirken sein Einverständnis mit den Kämpfen der Socialdemokratie zu bekunden. Vor allem haben die Mitglieder unseres „Socialdemokratischen Vereins“ zu Stelle zu sein. Der Vertrauensmann.

Lichtenberg-Friedrichsberg. Am Dienstag findet im Lokal des Herrn Hüßlich, Frankfurter Chaussee 120, eine Parteiverammlung statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitage, Bericht und Neuwahl des Vertrauensmannes und der Lokalkommission.

Zohannisdahl-Niederschöneweide. Der socialdemokratische Verein hält heute abend bei Strecker, Niederschöneweide, seine Versammlung ab.

Vertrauter Egoismus. Wie man gemeinhin unter Umständen das Profiteuren werden kann, zeigt wieder der Ausgang eines Civilstreites, den ein Schöneberger Handwerker wegen der Abtretung eines Vorgartenstreifens in der Kolonnenstraße gegen die Stadt Schöneberg geführt hat. Der Eigentümer hatte für das schmale Vorgartenland 2000 M. gefordert, weshalb das Enteignungsverfahren eingeleitet werden mußte, in welchem der Wert auf nur 64 M. taxiert wurde. Diese Abhängigkeit des Besitzers nun im Prozeßwege an. Er wurde aber in allen Instanzen mit seiner Klage abgewiesen und hat nun an Kosten 1700 M. zu zahlen.

Seinen „Harmlosen“ Prozeß wird demnächst auch Charlottenburg bekommen. Der Polizei war schon länger bekannt, daß in der Schantwirtschast von Emma Bl., der Bäckerherberge in der Krümmenstraße, häufig gespielt werde, es fehlte aber an Material, die Spieler zu überführen. Vorgestern wurde nun in der Wirtschaft ein Abendisch veranstaltet. Das gab wieder Gelegenheit zu einem Neuen, an dem auch zwei nichtgeladene Gäste teilnahmen. Diese, ein Aktivist und ein Grünkrautbändler, verloren, glaubten jedoch, daß sie nicht lediglich Pech gehabt hätten. Einer von ihnen ging weg und kam nach einer Stunde mit einem Schutzmännchen wieder, dem er den Wankhalter und zwei Spieler, die noch da waren, bezeichnete. Die drei wurden auf die Wache des 6. Regiments gebracht. Ihnen folgte um 6 Uhr morgens ein vierter Spieler, der sich versteckt hatte und später den Beamten, die das Lokal beobachteten, in die Hände geraten war. Dieser vierte ist ein Wermeister. Gestern nachmittags wurden die Beschuldigten, nachdem die Kriminalpolizei sie eingehend vernommen hatte, einstweilen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die diesjährige Herbst-Kontrollversammlung für die im Kreise Teltow wohnenden Rekruten wird dort in der Zeit vom 6. bis 23. November stattfinden, und zwar für die beteiligten Orte am 6. und 7. in Steglitz, am 8. in Zehlendorf und Teltow, am 9. in Nowawes, am 10. in Ludwigsfelde und Trebbin, am 14. in Britz und Tempelhof, 17. und 18. in Köpenick und Königs-Wusterhausen, 20. Leipzig und Mittenwalde, am 21. in Posen und Sperenberg und am 23. in Glasow und Groß-Schönlandorf.

Aus Spandau wird berichtet: Der Bezirksausschuß in Potsdam hat der Stadt Spandau jetzt die Genehmigung erteilt zur Aufnahme einer Anleihe von 3 Millionen Mark; die Bestimmung des Zinsfußes hat der Magistrat sich vorbehalten. Ein Teil der Summe, 600 000 M., wird von der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsausschüttung der Provinz Brandenburg zu 4 Proz. hergeliehen. Den übrigen Teil der Anleihe wird die Stadt von anderen Anstalten entnehmen, nötigenfalls auch der städtischen Sparkasse. Die Anleihegelder werden zur Erweiterung der Kanalisation, in der Hauptache aber zur Herstellung eines besseren Straßenpflasters verwendet.

Lungenheilstätte des Roten Kreuzes am Grabowsee. Am nächsten Sonntag wird das Richtfest der neuen Wohngebäude für Pflegerlinge, einschließlich des von dem verstorbenen Rentner Sultab Wöhm gestifteten Pavillons, festlich begangen werden. Die Heilstätte, die vom Roten Kreuz vor vier Jahren begründet wurde und bereits weit mehr als 1000 unbedeutende Lungenkranke versorgt hat, erhält durch die Neubauten eine um das Doppelte erhöhte Versorgungsfähigkeit, so daß demnächst ständig nahezu 200 Heilbedürftige Aufnahme finden können.

Eine neue Straßenbahn-Verbindung wird am Sonntag in Charlottenburg eröffnet. Es handelt sich um die Strecke Kurfürstendamm—Grolmanstraße—Bismarckstraße, welche für jene Stadtgegenenden besonders dadurch bedeutungsvoll sein wird, daß sie eine weitere Verbindung mit dem Stadtbahnhof „Savignypfad“ herstellt.

Die Eröffnung des Landgerichts III wird der „Neuen Zeit“ zufolge nicht vor Beginn des Jahres 1904 zu erwarten sein. Wahrscheinlich für diesen Termin ist vor allem die Kanalisierung des Terrains, die als Voraussetzung für die Errichtung des Landgerichtsbauwerks in Charlottenburg gilt. Für die Kanalisationsarbeiten

braucht die Stadt einen Zeitraum von vier Jahren. Der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung soll in absehbarer Zeit nicht nur das Projekt der Kanalisierung der Stadtgebiete jenseits der Spree und der Gegend von Bestien, sondern auch das der Regulierung des Tegeler Weges und der Kaiserin-Augusta-Allee vorgelegt werden.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung zu Weiskensee gab es einen großen Interessenstreit über den Platz, auf dem das Amtsgerichtsgebäude errichtet werden solle. Obgleich die Platzfrage für das Allgemeinwohl ziemlich gleichgültig ist, leistete fast ein jeder der bürgerlichen Nebenbuhler einseitiges in Schmeichelei und Anfechtung, um zu beweisen, wie wunderbar es für das Interesse der Einwohnerschaft sei, wenn das Gebäude in möglicher Nähe gerade seines Grundstückes zu stehen komme. In diesem lieblichen Streite für das allgemeine Wohl fiel unserm Parteigenossen Karow die Aufgabe zu, seinen bürgerlichen Kollegen so derbe, wie es die Umstände erheischten, die Wahrheit zu sagen. Schließlich einigte man sich auf das Grundstück Ecke der Schönstraße und Parkstraße. — Hierauf beschloß die Gemeindevertretung zum Bau eines Pfarrhauses 11 000 M. herzugeben. Der preussische Kultusminister hatte zu diesem Zwecke 16 580 M. gefordert. Falls der Herr damit nicht zufrieden ist, soll das Verwaltungs-Streitverfahren eingeleitet werden. In dieser Angelegenheit hatte unser Parteigenosse Gerstenberger vergebens Ablehnung der ganzen Summe gefordert. — Auf eine Anfrage des Genossen Gerstenberger, weshalb die Verhandlung und Beschlußfassung über Errichtung eines Gewerbegerichtes nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden sei, erwiderte der Gemeindevorsteher, daß es ihm wegen Anbahnung von Arbeiten, sowie wegen Krankheit nicht möglich gewesen sei, sich schon früher Informationen über diese Sache zu verschaffen; die Frage werde der Vertretung jedoch schon in der nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt werden. — Die Anstalt, bei Schluß der Schulen sämtliche Kinder gleichzeitig zu entlassen, wurde, da hierdurch vor kurzem ein tödlicher Unglücksfall durch Ueberfahren herbeigeführt worden ist, vom Genossen Karow gerügt. Dies hatte zur Folge, daß der Schulverwaltung aufgegeben werden soll, für Abhilfe des Uebelstandes Sorge zu tragen.

Gerichts-Beilage.

Im erhebliche Mißstände beim kaiserlichen Patentamt handelte es sich in einem Prozesse, der gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Boigt vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Ingenieur und Patentanwalt Carl Pieper war beauftragt, ein Mitglied des kaiserlichen Patentamts, den Geheimen Regierungsrat Carl Hofmann, öffentlich durch die Presse beleidigt zu haben. Der Angeklagte ist seit länger als zehn Jahren in Deutschland für die Ausgestaltung des Patentwesens und für die Förderung der internationalen Beziehungen auf dem Gebiete des gewerblichen Eigentums thätig, er gehört fast allen Korporationen und Gesellschaften des In- und Auslandes, welche gleiche Zwecke anstreben, als ordentliches bzw. korrespondierendes Mitglied an. In seinen Schriften führt er aus, daß sich seit längerer Zeit das Bedürfnis nach einer gründlichen Umgestaltung des Patentverteilungsverfahrens geltend gemacht habe; lebhaftige Klagen wurden von den Gewerbetreibenden, die Patentschutz nachsuchen, sowie ebenfalls von ihren Vertretern, den Patentanwälten, über die Behandlung der Patentgesuche im Patentamt geführt. Allgemein herrsche die Auffassung, daß diese Mißstände, wenn auch vorwiegend in dem geschlossenen geschriebenen Patentverteilungsverfahren, so doch zum Teil auch in der Art der Handhabung der geschriebenen Vorarbeiten durch die einzelnen Beamten ihren Ursprung haben. In der vom Angeklagten verfaßten Druckschrift „Gewerbe- und Industriezweig“ sucht der Verfasser diese Ansicht an der Hand eines Spiels zu begründen. Er weist darauf hin, daß das Patentamt seinen Mitgliedern Nebenbeschäftigung erlaube. Soweit diese in Lieferungen von Beiträgen für Fachzeitschriften beständen, seien sie nicht unbedenklich und könnten forumpierend wirken, wenn, wie dies vorgekommen sei, Mitglieder des Amtes infolge der amtlichen Kenntnis der Sachlage Erfindungen z. B. öffentlich verurteilen oder empfehlen. So habe Herr Carl Hofmann, Herausgeber der „Papierzeitung“ und Mitglied des kaiserlichen Patentamts, in seiner Zeitung ein auch unter seinem Decretum noch der Prüfung im Patentamt unterliegendes Verfahren: Papier aus Torf zu gewinnen, in abfälliger Weise kritisiert. Allerdings sei es dem Angeklagten dennoch gelungen, das nachgesuchte Patent zu erhalten, aber erst nachdem sein Geheiß abgewiesen und Herr Hofmann auf die von dem Angeklagten eingelegte Beschwerde in dieser Patentfache von seinem Amt als Gutachter entbunden worden war. Herr Hofmann, der Mitinhaber und Aufsichtsrat von Papierfabriken, sei aber bald darauf kaiserlicher Geheimen Regierungsrat geworden.

Wegen dieser Bemerkungen hat der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. Graf v. Pöhlendorff gegen den Verfasser Strafantrag wegen Verleumdung gestellt.

Der Angeklagte, der von den Rechtsanwälten Dr. Hoffa und Paul Schmid verteidigt wurde, hatte den Wahrheitsbeweis angetreten. Er blieb dabei, daß er den Geheimen Regierungsrat Hofmann, wenn auch nicht für den wirklichen, so doch für den geistigen Urheber des Artikels in seiner Zeitung halten müsse. Er löste auch nur annehmen, daß Herr Hofmann persönliche Gründe habe, die neue Erfindung zu bekämpfen, denn der Redacteur einer Papierzeitung müsse sich als objektiver Beobachter darüber freuen, wenn sich ein neuer Erfolg für die Feinindustrie zur Papierindustrie fände. — Der Redacteur der „Papierzeitung“ Ferench behauptete, daß er den Artikel in der „Papierzeitung“ betr. die abfällige Kritik über die Erfindung, dem „Centralblatt der österreichischen Papierindustrie“ entnommen und in etwas veränderter Form wiedergegeben habe. Herr Hofmann habe von dem Artikel weder Kenntnis gehabt, noch denselben irgendwie beeinflusst. Zeuge Geheimen Regierungsrat Hofmann behauptete das Gegenteile. Er verwarnte sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß er durch seine Eigenschaft als Verleger der „Papierzeitung“ irgendwie in Zwiespalt mit seiner amtlichen Stellung kommen könnte. Auf Befragen der Verteidigung, ob der Zeuge Aktiver einer Papierfabrik besitze, erfolgte eine verneinende Antwort. Der Gerichtshof erkannte an, daß der Angeklagte sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden, auch den guten Glauben für sich habe. Aber durch die Form habe er sich der Verleumdung schuldig gemacht. Er sei deshalb zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurteilt worden.

Vermischtes.

Schiffexplosion auf der Oder. Aus Krefen a. O. wird berichtet: Oberhalb der Pommerziger Brücke explodierte Freitag früh der Kessel des Dampfers „Christian“. Vier Personen trugen schwere Brandwunden davon. Der Dampfer ist gesunken.

Eine merkwürdige Begnadigung. Die unlängst erzielte Begnadigung des Studenten Kopf aus Frankfurt a. M., der wegen Mißhandlung zu 8 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt war, ist von einer Reihe von Blättern eine „auffällige Begnadigung“ genannt worden. Die Vorgeschichte dieser Begnadigung, so schreibt die „Berliner Zeitung“, ist jedoch noch auffälliger. Der Vater des Kopf hatte es abgelehnt, für den Fall, daß seinem Sohne durch die Verhängung der Strafe und deren Folgen die Existenzmöglichkeit im Vaterlande abgeschnitten würde, dem Verurteilten eine angemessene Entschädigungssumme zu zahlen, Kopf selbst aber kein Vermögen besitz, so wäre schließlich Niemand ganz unentschädigt geblieben. Um das zu vermeiden, entschloß sich der Verurteilte, nachdem der Vater des Kopf für den Fall einer Begnadigung seines Sohnes angemessenes Schmerzensgeld versprochen hatte, ein Begnadigungsgesuch zu unterbreiten. Angesichts dieser Befürwortung empfahl das Ministerium das Gnaden-gesuch zur Berücksichtigung. Niemand erhielt darauf als Entschädigung angeblich 6000 M.

Eine Feuersbrunst zerstörte gestern die Revisionshalle der Fahrradfabrik in Eisenach. 600 Fahrräder und einige wertvolle Automobile verbrannten. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Ein doppeltes Jagdunlück ereignete sich, wie die „Straß. Ztg.“ berichtet, in der zu Hohenbarnelow (Kreis Franzburg) gehörigen Waldung. Der Rittergutsbesitzer Horst Krause war mit seinem Bruder Rolf, seiner Frau und einer zu Besuch weilenden Dame auf die Jagd gefahren. Wöglich trat ein Rehbock aus dem Walde hervor. Herr Krause entstieg mit dem Bogen, kam zum Straucheln, die Hunte entlud sich und die Kugel drang dem Unglücklichen ins Herz, so daß der Tod sofort eintrat. Infolge des Schrecks erlitt sein Bruder Rolf Krause einen Gehirnschlag. An seinem Ankommen wird gezweifelt. Das doppelte Unglück war das Werk weniger Minuten. Herr Horst Krause ist erst 24, sein Bruder 22 Jahre alt.

Von den in Hamburg bei dem furchtbaren Eisenbahn-Unglück verletzten Rekruten sind bis jetzt 16 aus der ärztlichen Behandlung entlassen worden; die Entlassung der übrigen vier soll binnen kurzer Zeit zu erwarten sein. Auch das Befinden der im Allgemeinen Krankenhaus untergebrachten elf Verletzten hat sich so günstig gestaltet, daß sie in den nächsten Tagen in das Militär-lazarett gebracht werden können.

Drei Arbeiter überfahren. Ein schreckliches Unglück, bei dem drei Streckenarbeiter ihr Leben eingebüßt haben, berichtet man aus Reiffe: Auf der Bahnstrecke Sandzsin—Rasselwitz wurden unweit der Station Oberglögen drei Streckenarbeiter von Personenzug überfahren und getötet.

Aus Herne, 26. Oktober, wird geschrieben: Auf der Zeche „Schamrod“ wurden gestern vormittag zwei Verletzte von zusammenstürzenden Galdemassen verschüttet. Die sofort unternommenen Rettungsarbeiten hatten keinen Erfolg; die Verunglückten fand man nach längerem Suchen als Leichen.

Eisenbahnunglück. Bei Ebertsheim in der Pfalz stürzte eine Güterzug-Maschine die Böschung des Bahndammes hinab, wobei der Lokomotivführer getötet und der Heizer schwer verletzt wurde.

Raffinierte Fälschungen von Postanweisungen werden aus Halle gemeldet: Ein der Postbehörde und der Polizei der Verschlebung nach wohlbekannter, bisher aber noch nicht ergrieffener junger Mensch hat sich auf die Fälschung von Postanweisungen verlegt, und zwar bis jetzt stets mit Glück. Der Gauner operiert in verschiedener Weise. So hat er von ihm gefälschte, mit Stempeln versehene, aber ganz ansehnliche Beträge lautende, an ihn, d. h. unter falschem Namen nach auswärts adressierte Postanweisungen in der Weise an das Aufgabepostamt einzufachungeln gewußt, daß er solche dem mit Beförderung der Briefschaften nach dem Bahnhofe oder Bahnpostamt beauftragten Boten mit dem Bemerkten zulegte, eben habe sie der Vore verloren. Da dies nicht unmöglich war, nahm sie der Postbehörde mit Dank entgegen und lieferte sie auf dem Postamte pflichtschuldigst ab, das sie anstandslos weiter beförderte. Ober aber er erhob auf einem Postamte lagernde, an ihn adressierte Brief- und Drucksachen, dann ging er zurück und übergab dem betreffenden Postbeamten eine von ihm gefälschte Postanweisung mit dem Bemerkten, solche habe sich in den Briefschaften verstreut vorgefunden. Inmeist adressierte der Vore die Postanweisungen nach dieser oder jener Stadt an eine bestimmte Adresse, dort erschien er, legitimierte sich durch gefälschte Papiere und erhielt das Geld anstandslos ausgezahlt. In einem Falle, wo ihm das Entschamungeln einer gefälschten Postanweisung über einen namhaften Betrag glückte, beauftragte er ein bairisches Bankhaus, für den Betrag Papiere zu kaufen. Nach einigen Tagen erschien er bei dem betreffenden Bankier, legitimierte sich und erhielt die Effekten und den Restbetrag in bar. So hat er es in verschiedenen Städten, so auch in Halle, getrieben, wo es der Kriminalpolizei beinahe geglückt wäre, ihn zu ergreifen. Der geriebene Vore hat indessen jedenfalls Murat gemerkt und ist unter Zurücklassung seines Koffers in einem hübschen renommierten Gasthause verschwunden.

Ein kleiner Skandal spielt sich wieder in München ab, das erst vor einigen Monaten den Glückshafen-Skandal vom Oktoberfeste hatte. Diesmal ist es die Mißwirtschaft in einer Innungs-Krankenkasse, die jetzt durch eine Erklärung des gegenwärtigen Obermeisters der Innung aufgedeckt wird. Im Mai d. J. wurde der bisherige Obermeister der Buchbinder-Innung, Magistrateur und Kommerzienrat Max Nagler, bei der Umwandlung der Innung in eine Zwangsinnung nicht wiedergewählt. Als der neugewählte Obermeister Hugo Meis die bei der Innung bestehende Krankenkasse übernehmen wollte, entstande zunächst allerlei Hindernisse; er konnte niemals die Bücher und Abrechnungen bekommen. Schließlich bekam er von Herrn Nagler einen ziemlich lakonischen Rechnungsabschluss, wonach die Kasse ein Defizit von 500 M. haben sollte. Die Zwangsinnung beschloß, nachdem sie in der Aufsicht gekommen, daß die Kasse nicht haltbar sei, Ende Juni deren Auflösung. Jetzt erst stellte sich die Verlotterung der Kasse heraus. So wie der Auflösungsbeschluß bekannt war, liefen Forderungen über Forderungen ein, das Defizit zeigte sich bald größer wie das von der alten Innung hinterlassene Vermögen und nachdem eine amtliche Liquidation vorgenommen worden, zeigt sich jetzt ein Defizit von circa 4500 Mark.

Der Vorgang weist ein ebenso ungünstiges Licht auf den alten Innungsvorstand wie auf die Aufsichtbehörde, die solcher Mißwirtschaft nicht rechtzeitig ein Ziel setzte.

Von der Insel Sachalin sind russischen Blättern zufolge etwa hundert zur Zwangsarbeit Beurteilte kürzlich entwichen. Sie waren beauftragt Vallen zum Flößen zusammenzufassen und machten sich die ihnen hiermit gebotene Gelegenheit zu einem tollkühnen Fluchtversuche zu Nutzen. Als die Arbeit nämlich beendet war, bestiegen sie die Flöße und benutzten den günstigen Wind, um mit Hilfe von Segeln über die Wasserstraße auf die sibirische Küste hinüberzufahren. Die Breite der Wasserstraße beträgt an dieser Stelle ca. 100 Kilometer. Vierzig von ihnen hatten sich mit Schiffschrauben versehen, die sie ihren Wächtern vor ihrer Flucht abgenommen hatten. Bis jetzt fehlt den russischen Behörden jede weitere Spur der Entflohenen, die sich wohl bereits auf sinesisches Gebiet gerettet haben dürften.

Aus Konstantinopel wird berichtet: Bei einem in der Nähe der bulgarischen Gesandtschaft ausgebrochenen Brande wurde der Feuerweh-Kommandant Graf Seckenh-Pascha von den Trümmern eines einstürzenden Turmes begraben und schwer verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

C. F. 76. Wenden Sie sich an die Direktion der „Technischen Hochschule“, Charlottenburg, Beckenstr. 151.

H. W. Von neueren W. Scherer, von älteren Gerwinns.

S. 1. Die Broschüre ist vergriffen. 2. Bei allen Religionen giebt es Sekteln, im ganzen vielleicht tausend. Wie viele gegen den Krieg sind, ist und nicht bekannt.

Ed. Schmidt. Durch eigene Schuld unbrauchbare Arbeit braucht auch dann nicht bezahlt zu werden, wenn hierüber nichts vereinbart ist. — **Alfred.** 1. Das ist nach dem Gesetz zulässig. Von dieser Verfügung ist wiederholt z. B. bei Sängern Gebrauch gemacht. 2. Der von Ihnen erwähnte Fall ist und nicht erinnerlich und hat sich nicht feststellen lassen. — **99.** Jamal, es sei denn, daß das einem Dritten gehörige Geld durch Ausschütt auf das Geldbeständnis als Eigentum des Dritten gekennzeichnet ist. — **S. 100.** Rein.

G. H. F. Eine Bekanntmachung wäre nutzlos. Für den Unterhalt eines Kindes, das sich gegen den Willen des Vaters von diesem entfernt hat, braucht der Vater nicht zu sorgen. — **S. in G.** Holländer werden mit 23 Jahren volljährig, mit dem 18. bzw. 16. Jahre ehelich.

Prese. Bericht kommt, sobald Raum vorhanden. — **H. W. 101.** Die Todesstrafe wurde im Jahre 1874 durch folgenden Artikel 65 der Verfassung für das gesamte Gebiet der Schweiz abgeschafft. Die Todesstrafe ist aufgehoben; vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Militär-Strafgesetzbuchs zu Kriegszeiten, die körperlichen Züchtigungen werden abgeschafft. Diese mit großer Mehrheit (340 000 gegen 198 013 Stimmen) angenommene Verfassungsbestimmung wurde 5 Jahre später mit geringer Mehrheit (200 485

gegen 181 588 Stimmen) dahin abgeändert: Todesstrafe dürfen aus dem Grunde politischer Vergehen nicht gefällt werden; die Strafe der körperlichen Züchtigung ist untertug. Dennoch konnten von da ab die einzelnen Schweizerischen Kantone die Todesstrafe für ihr Gebiet einführen. Von dieser Befugnis hat Gebrauch gemacht: der Kanton Appenzell A. J. (Juni 1868) (Gesetz vom 25. 4. 1868), Unterwalden ob dem Wald (Gesetz vom 25. 4. 1868), Uri (Gesetz vom 2. Mai 1868), Schwyz (Gesetz vom 23. 11. 1868), Zug (Gesetz vom 1. 6. 1868), St. Gallen (Gesetz vom 8. 1. 1868), Schwyz (Gesetz vom 15. 1. 1868), Luzern (Gesetz vom 6. 3. 1868). In Zürich erklärten sich am 27. Mai 1868 28 394 Stimmen für, 25 200 Stimmen gegen Wiedereinführung der Todesstrafe, am 5. Juli 1868 stimmten jedoch 27 577 gegen die Anwendbarkeit der Todesstrafe auf Mordfälle. Abgeschafft blieb die Todesstrafe für Raubmord (seit 1864), Teufel (seit 3. 5. 1861), Gift (seit 24. 5. 1871), Basel-Stadt (seit 1872), Basel-Land (seit 3. 2. 1873), Bern (seit 1874), Glarus (seit 1854), Solothurn (seit 8. 7. 1874), Schaffhausen, Appenzell A. J., Graubünden, Argow, Thurgau, Waadtland. Das für die Gelam-Schweiz geplante neue Strafgesetz wird die Todesstrafe voraussichtlich für die gesamte Schweiz abschaffen. Wie wenig abschreckend die Todesstrafe wirkt, sie hindert geradezu andere, insbesondere herabwürdliche Strafen, zu Verbrechen anzuregen kann, beweist folgende folgende Schweizer Fall. Im Kanton Waadtland erfolgte die letzte Hinrichtung im Jahre 1867. An demselben Tage ermordete ein Mensch, der diesem Urteil unterworfen war, bei der Rückkehr in sein Heimatdorf seinen Gefährten. Es mag übrigens hervorgehoben werden, daß möglicherweise in dem einen oder andern Kanton die Abschaffung seit den angeführten Vergehen eine andere geworden und dies von uns übersehen ist.

Coth. 17. Der Verunglückte braucht sich keineswegs zu beruhigen. Sprechen Sie eventuell mit sämtlichen auf den Unfall bezüglichen Partein in der juristischen Sprechstunde vor. — **Emil Kolberger.** 1. Die Mutter kann ab zu ihrem Sohn gerichtete Geld nicht zurückverlangen. 2. Der Geschäftsinhaber ist zum Ertrag der Vorderseite nicht verpflichtet. 3. Der Umstand, daß die Mutter des Kindes ab ablieht, dessen Erzeuger zu betrauen, befreit diesen keineswegs von seiner Alimentationspflicht. 4. Rein. 5. Ja. — **Eichlaub 21.** Das Gericht kann auf Grund einer Zeugenaussage des Schmutz bei einer Beurteilung des Mäher wegen Beleidigung gelangen. Das Gesetz bedroht den Mäher mit Gefängnis von 3 bis 600 M., oder mit Freiheitsstrafe von einem Tage bis zu einem Jahre. Auf höher als 30 M. wird das Gericht schwerlich greifen. Beschädigte Leute klagen wegen solcher formalen Beleidigungen nicht. — **Sch. 8. 11.** Mehr Deutsche. — **Nora 24. 75.** 1. Das hängt vom Inhalt und Wortlaut des Testaments ab. 2. Ist die Ehe hier gelöst und liegt kein gerichtlicher Vertrag zwischen den Brautleuten vor, durch welchen der Ehemann auf sein Nießbrauchs- und Verwaltungsvermögen verzichtet hat, so haften die in die Nachlassenschaft eingebrachten Sachen der Ehefrau für die Nachlassenschaft. 3. Nachlassenschaft, Blausche, Buch, Grabmal. 4. Ein Testament wird auf Antrag eines Beteiligten geöffnet, sobald der Tod des Testators nachgewiesen wird. Die Öffnung findet nicht von Amts wegen statt. — **S. 2. 43.** Sie müssen mit Ihrem Vormund die Angelegenheit regeln, eventuell das Vormundschaftsgericht anrufen. Eine Bekannmachung, daß Minderjährige, sobald sie heiraten, ihr Vermögen ausbezahlt erhalten, besteht keineswegs. — **2. 12-13.** Darüber, ob die eine oder die andere Lebensversicherung vorteilhafter ist, müssen wir ablehnen, und zu äußern. Vergleichen Sie die Statuten und Bedingungen beider, so werden Sie selbst

ein Urteil darüber fällen können, welche Gesellschaft die Ihnen günstigeren Bedingungen aufstellt, und ob es für Sie vorteilhaft ist, einer Gesellschaft beizutreten. — **W. D., Weihenstephan.** 1. Ja. 2. Rein. — **H. W. Rein.** — **R. S. 1. Rein.** 2. Das hängt von allen Umständen des Falles ab. Als Regel gilt, daß wer etwas schenkt, auch dem er ein Recht beizutreten will, seine Behauptung beweisen muß. Jemand Beweises kann er sich jedes Beweismittels bedienen. Schiedt er dem Eid über eine Thatsache dem Gegner zu, so heißt das: der Gegner mag behaupten, daß die Behauptung unwahr ist. Schiedt der Gegner den Eid zurück, so heißt das: der Behauptende mag selbst seine Behauptung beweisen. Es kann das Gericht aus einer Reihe von Umständen entnehmen, die Behauptung einer Partei sei nicht bewiesen, oder doch so wahrscheinlich gemacht, daß der Partei, der an sich die Beweislast obliegt, der Eid über ihre eigenen Behauptungen anzuvertrauen ist. — **H. W. 1001.** Sie befinden sich im Irrtum. — **G. S. 16.** Die Frage, ob § 175 St. G. B. zu befolgen sei, ist keine parteipolitische, sondern eine solche, die innerhalb der verschiedenen Parteien sehr verschieden beantwortet werden kann. Zweifellos giebt es eine große Reihe von Strafbestimmungen, deren Aufhebung und Änderung bei weitem dringender ist als die des § 175, und eine große Reihe von Fragen, deren Erörterung wichtiger ist als die, ob und inwiefern eine § 175 betreffende Handlung auf persönlicher Eigenart, Kraftfähigkeit, Gang zum Widerwilligen, Blässheit usw. beruht und inwiefern eine solche Handlung mit der sozialen Pflicht der Gesellschaftsmitglieder unvereinbar ist. — **60. W.** Wieder die Höhe nicht es keine bestimmten Regeln. Das Verlangen des Vaters ist unbillig. Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor. — **W. R. 20.** Wenn ein Testament vorliegt, so liegt die Nachlassenschaft anders, als wenn keine vorliegt. Sprechen Sie eventuell mit dem Testament in der Sprechstunde vor. Die Auseinandersetzung unter den Erben der Erbberechtigten kann privatrechtlich, ohne Richtigstellung eines Gerichts, erfolgen, wenn keine Minderjährigen in Frage stehen. — **Chr. P. Rein.** — **J. B. 3. 1.** Ist über die Minderjährigkeit nichts vereinbart, so können Sie nur unter Einhaltung einer vierzehntägigen Frist das Arbeitsverhältnis beenden, anderenfalls machen Sie sich schuldenspezifisch. 2. Sie sind nicht strafbar. Abgezogen werden dürfen Ihnen nur die Beiträge für die beiden letzten Lohnzahlungstermine. Wollen Sie die Invaliditätsrente haben und verweigert der Arbeitgeber deren Herausgabe, so steht es Ihnen frei, bei der Polizeibehörde zu beantragen, die Karte dem Arbeitgeber abzunehmen und Ihnen zu übergeben. — **Erstfrage 8.** Der Mann ist berechtigt, über sein Eigentum ohne Einwilligung seiner Ehefrau zu verfügen. — **Antist. 30. 1. Rein.** Als Vater des Kindes gilt der, in dessen Ehe es geboren ist. Ihm steht ein Recht zu, auf Anerkennung, daß er nicht der Vater des Kindes sei, zu klagen. 2. Bei Streitigkeiten über die Erziehung von Kindern und geschiedenen Ehen hat das Vormundschaftsgericht zu entscheiden. Wenden Sie sich an dasselbe. — **G. S. 2. 4. Kantone.** — **W. R. 22.** Nicht versicherungspflichtig sind alle Reichs- und Staatsbeamten. War der betreffende Arbeiter kein solcher, so war er invaliditätsversicherungspflichtig. Aber der Versicherungspflicht wird bei Arbeitern, die in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigt sind, durch Beteiligung an einer für den betreffenden Betrieb errichteten besonderen Kassenanstalt, welche den rechtsgleichzeitig vorgelegenen Leistungen gleichwertig ist, gemildert. Solche Kassenanstalten sind die Pensionskassen der preussischen Eisenbahn-Verwaltungen. Gehörte der Beschäftigte einer solchen an, so war er nicht außerdem krankenversicherungspflichtig.

Marktpreise von Berlin am 26. Oktober 1899
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen	D. Alt.	15,30	14,50	Schweinefleisch	1 kg	1,60	1,10
*) Roggen		15,20	14,-	Rathfleisch		1,30	1,-
*) Winterweizen		14,30	12,80	Hammelfleisch		1,40	1,-
*) Weizen gut		15,20	14,00	Butter		2,80	2,-
*) mittel		14,50	13,90	Eier	60 Stück	4,80	2,80
*) gering		13,80	13,20	Käse	1 kg	2,20	1,20
*) Weizen		4,66	4,16	Käse		2,90	1,20
*) Weizen		6,50	4,20	Rinderfleisch		2,80	1,-
*) Weizen		40,-	25,-	*) Rindfleisch		1,80	1,-
*) Weizen		50,-	25,-	*) Rindfleisch		1,80	0,80
*) Weizen		70,-	30,-	*) Rindfleisch		2,80	1,20
*) Weizen		6,-	4,-	*) Rindfleisch		1,40	0,80
*) Weizen		1,60	1,20	*) Rindfleisch		1,40	0,80
*) Weizen		1,20	1,-	*) Rindfleisch		1,40	0,80

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsbüro - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner. *) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 27. Oktober. Getreide verkehrte zu gut behaupteten Preisen auf Deckungsbedarf für Ostberliner Gebiete und höhere Preissteigerungen aus New York und Chicago. Trotzdem blieb das Geschäft überhört still, da bedeutende Weizenzufuhren von der Elbe, große schwebende Mengen argentinischer Ware, sowie günstige Ernte-Aussichten in Argentinien die Kaufkraft unterdrückten. Am Preise waren Weizen und Roggen unverändert. Hafer lag vernachlässigt. Am Rindfleischmarkt veranlaßte die unangelegte feste Tendenz Reinigungsäufe, welche die Preise um weitere 0,20 M. hoben. Am Spiritusmarkt wurde der Inco 46,30 M. (+ 0,30 M.) bezahlt. Termine waren wiederum ohne Geschäft. - Kartoffelmehl loco 20,50 M. Trockene Kartoffelschale loco 30,50 M. Feuchte Kartoffelschale loco 11,60 M.

Witterungsüberblick vom 27. Oktober 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Windrichtung	Wolkenart	Temperatur	Stationen	Barometer	Windrichtung	Wolkenart	Temperatur
Stettin	760	SW	4 wolkig	5	Worms	760	SW	4 wolkig	5
Breslau	759	SW	2 bedeckt	8	Frankfurt	759	SW	2 bedeckt	8
Berlin	762	SW	2 hdb. bed.	8	Stuttgart	755	SW	3 bed.	10
München	764	SW	bedeckt	3	Hamburg	755	SW	1 bed.	5
Wien	766	SW	hdb. bed.	1	Paris	762	SW	2 bed.	11
Vienna	768	SW	2 wolkig	0					

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 28. Oktober 1899.
Zunächst etwas wärmer, ziemlich trübe und regnerisch bei mäßigen südwestlichen Winden; nachher aufstrebend und kühler.
Berliner Wetterbureau.

Theater.
Sonnabend, 28. Oktober.
Opernhaus. Bohengrün. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Madame Sans-Gêne. Anfang 7 Uhr.
Deutsches. Die Weber. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Staatsgeheimnisse. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Großstadtluft. Anfang 8 Uhr.
Kammersaal. Ein unbekanntes Blatt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weißes. Bar und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Platzmajor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Jagdfreuden. Vorher: Familien-Souper. Anf. 7 1/2 Uhr.
Luisen. Molly Carré. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Weltuntergang. Anf. 8 Uhr.
Victoria. Es ist erreicht. Hierauf: Die weiße Henne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Ein gesunder Junge. Anfang 8 Uhr.
Rath. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Die Puppenfee.
Velle-Alliance. Gastspiel der französischen Gesellschaft "La Nouvelle". Anfang 8 Uhr.
Metropol. Hund im Berlin. Im Reich der Secession! Anfang 8 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Sprechstunden. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 1/2 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Laudensir. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Direktion: Richard Schulz.
Sensationaler Erfolg!
Täglich von 8 Uhr ab:
Rund um Berlin.
Berliner Lokale in 2 Akten von Julius Freund.
Wußt von Julius Gindshofer.
1. Bild: Au der Chansonnetten. 2. Bild: Im Knospenpark.
Der Harmlosenprozess in Moabit.
Zum Schluss:
Im Reich der Secession.
Spezialitäten-Programm.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Promenaden-Spezialitäten-Vorstellung. 12 illustrierte Nummern u. Ballett. Parterre: 20 Pf. 1. Rang: 1 M. 2. Rang: 50 Pf. 3. Rang: 25 Pf. 4. Rang: 10 Pf. 5. Rang: 5 Pf. 6. Rang: 2 Pf. 7. Rang: 1 Pf. 8. Rang: 50 Pf. Parterre-Loge 1 M. Orchester u. Fremden-Loge 1 M. Abends 8 Uhr: Abends 8 Uhr: Zum 4. Male:
Ein gesunder Junge
oder:
Düfel Cohn.
Schwank in 4 Akten von Hefflinger. Regie: Max Sautz.
Hauptrollen: Deia, Chansonnette, Dennis Schmid, Emma, Marika, Wald, Hedwig, Rosie Urban, Frau Wolfberg, Bertha Arco, Herbert, Emma Sautz, Düfel Cohn, Dir. Max Sautz, Wolfberg, Fritz Schäfer, Schmitz, Veand, Ottomener.
Morgens, nachmittags 4 Uhr, zu kleinen Preisen: Aus allgemeines Belangen: Die Königstochter als Bettlerin oder: Die Schule des Lebens. Schauspiel in 5 Aufzügen von Dr. Ernst Raupach.
Morgens, abends 8 Uhr: Ein gesunder Junge oder: Düfel Cohn.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
"Der Sieg des Menschen über die Natur".
Hörspiel: Dr. Spies: "Das Gleichgewicht der Flüssigkeiten".
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.
Passage-Panoptikum.
Neu! Anatomisch. Museum.

CASTANS PANOPTICUM
165. Friedrichstr. 165.
Neu! Die heulenden und tanzenden Derwische aus Ober-Aegypten!
Ohm Krüger * Dreyfus Mercier * Zola.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Rath. 2 1/2 Uhr: Schiller-Vorstellung: Faust, Tragödie von Goethe.
Preise der Plätze: Galerie 10 Pf. 2. Parterre u. 1. Rang 20 Pf. 1. Parterre v. d. 17. Reihe u. 1. Rang 30 Pf. 1. Parterre 50 Pf. Loge 60 Pf.
Abends 8 Uhr:
Der Weltuntergang.
Großes Anschauungsspiel mit Gesang in 3 Akten (15 Bildern) von Dr. Carl Weisk und Hof. Dill. Musik von R. Hall.
Morgens: Dieselbe Vorstellung.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Sonnabend, den 28. Oktober:
Nur noch 4 Tage:
Das große Oktober-Programm.
Um 8 1/2 Uhr zum 28. Male:
Susanne im Bade.
11 u. 10 Uhr: Die unerreichten Reiterturner am deutschen Luftred. Dazu das gefamte erfolgreiche Schauspiel- und Kunstprogramm.
Nach der Vorstellung um 11 Uhr: Gesellschaftsabend mit Tanz. Besucher der Vorstellung frei u. Tanz. Anf. 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Antritt: Vorstellung u. Tanz 60 Pf. Ehren- u. Vorzugskarten sind gültig.
Beiß- u. Bayerisch-Bier-Lokal von [20188] Paul Litfin, Straßmannstr. 23. Veroleinzimmer. - Pianino. - Billard.

Knurrhahn (Seeforelle) pro Pfund 25-30 Pfg.
Bratflundern pro Pfund 20-25 Pfg.
Rotzungen pro Pfund 35 Pfg.
sowie: **Schellfisch, Cabliau, Seelachs, Seehecht, See-Aal, Heilbutt, Scholle, Steinbutt, Seezunge etc.**
ferner: geräucherte und marinierte Seefische, ebenfalls billig, empfiehlt die Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Haupt-Filiale: Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.	No. III. Berlin NW., Lüneburgerstr. 358/9 (Centrallager).	No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulendorferstr.
No. II. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10/11, am Wilhelmplatz.	No. IV. Im Schlesischen Bahnhof, Madalstr. 22.	No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz u. Ritterstrasse.

Seefisch-Kochbücher erhalten Käufer umsonst. [20441*]

Apollo-Theater.
Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit **Cäcilie Carola** in der Titelrolle.
Ferner:
The Gothams
das berühmte amerikan. komische Vokal-Konzert.
Otto Reutter
Chavita - Yamata Tiro - Barra-Truppe - Blossoms - Los Durands Francis Gerard
„Grigolatis“
etc. etc. etc.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kantordank“, Unter den Linden 66.
Sanssouci
Kottbuserstr. 4 a.
Täglich außer Sonnabends
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.
Heute zum 4. Male:
Die Ahnungslöcher.

Maehrs Theater
Oranienstr. 21.
Rosen aus dem Süden.
Ausstattungs-Burleske.
Das grobhartige Oktober-Programm.
Elsa Messor, Rosamund Soubrette. Mstr. Pauly, Contorionist. Mstr. Dobbriek, Champion-Gandhausführer. Franziska Held, Soubrette. Gustav Eulenburg, Dumorist.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Vorzugskarten an Wochentagen gültig.
Victoria-Theater
C. Alexanderstr. 40. Fernsp. VII 1711.
Direkt.: V. Bausenwein, u. C. Emmerich.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr. Novität!
Es ist erreicht!
Burleske von Dennis Jacobson. Musik von Franz Wagner.
Hierauf zum 48. Mal: Die weiße Henne. Soubrette in 3 Akten. Musik von B. Roger.

Cirkus Alb. Schumann.
Grösster equestrischer Cirkus der Welt.
Im eleganten, neu renovierten
CIRKUS RENZO
Heute, abends 7 1/2 Uhr:
Eröffnungs- * * * * *
Vorstellung.
Gala-Premiere.
Preise der Plätze: Fremden-Loge num. 6 M., Logensitz num. 5 M., Sperrsitz num. 3 M., Tribüne num. 3 M., Balkon num. 2 M., I. Platz 1,50 M., II. Platz 1 M., Galerie (Stehplatz) 50 Pf.
Die Cirkuskasse ist von 10 Uhr vormittags ab ununterbrochen geöffnet.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.
Schwank in 4 Akten von Blumenthal und Rabelburg.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Montag, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.
Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Heute, Sonnabend:
Zum 50. Male: Der Platzmajor.
Große Anschauungspost in 3 Akten.
Hauptrollen: Emil Thomas, Guido Thielacher, Fritz Helmendorf, Hans Junkermann, Gerda Waldo, Mary Arasch, Nelly Roland.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgens, Sonntag u. folgende Tage: **Der Platzmajor.**

Central-Theater
Direktion: José Fernandez.
Die Geisha.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgens: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: Die Niederung von Johann Strauß.
Reichshallen.
Stettiner Sänger.
(Wechsel).
Vieira, Britton, Seidl, Krone, Kirchmayer, Schneider und Schrader).
Heute zum Schluss:
Cavalleria schufficiana.
Dramatische Oper von Mascagni.
- Anfang präcis 8 Uhr. -
Zugestaffte 11 bis 1 Uhr.

Cirkus Busch.
Sonnabend, den 28. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: **High Life Evening.**
Die Rittturniere des Mittelalters. Die vierfache Konkurrenz zwischen Miss Darling, Miss Clementine, Mr. Clarke und Mr. Leon. Hr. abgeben. Heltige. Das Dreigespann. Fräulein Martha Mohrke mit dem Schulpferd "Thebaner". Dir. Busch mit seinen Original-Reiter-Dressuren. Die Seelöwen. Röm. Bergespann. Abzug aus der Höhe der Circus-Tempel ins Wasser. Inoff. Marine.
Morgens: 2 große brillante Vorstellungen nachmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater,
Brunnenstraße 16.
Begen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
Morgens, Sonntag:
Der Verschwendter.
Original-Handmädchen in 3 Aufzügen (5 Bildern) u. Ferd. Raimond.
Pasters Gesellschafts-Säle
Inselstr. 10. I.
Den geehrten Vereinen und Gesellschaften bringe meine Sätze u. Vereinskassener in glückliche Erinnerung.
Jeden Sonntag u. Mittwoch: Tanz u. Gesellschafts-Abend, wozu Freunde und Bekannte ergeben einladet.
23985*
G. H. Paster.
Ehrenerklärung.
Die Beleidigung, die ich gegen Frau 3 a n, früher Bandsängerin Nr. 135 wohnhaft, gethan, nehme ich hiermit zurück.
Franz v. Rolland.

Kommunalwähler des 26. Bezirks,
umfassend die Stadtbezirke 157, 160, 169, 190, 191, 192, 193.
Am Dienstag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
„Elysium“, Landsberger Allee 40-41:
Öffentliche

Kommunalwähler-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. 2. Diskussion.
243/12 Das Wahlkomitee.

Kommunalwähler des 21. Bezirks
umfassend die Stadtbezirke 149, 162-166.
Dienstag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei E. Schert,
Andreasstraße Nr. 21:

Öffentl. Kommunalwähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent der Kandidat
des Bezirks: Fritz Wilke. 2. Diskussion.
243/13 Das Wahlkomitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr,
in Kellers Festhale, Koppenstraße 29:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
Rassenbericht des Vorstandes, Bericht des Vorstandes, der Bezirksleiter,
der Werkstatt-Kontrollkommission und des Arbeitsvermittlers. Wahl eines
Ausführungsgliedes. Verhandlungsgegenstände. 277/6
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Die Ortsverwaltung.

Allgem. Volks-Krankenkasse (K. S. 126) in Tiqu.
Sonntag, 29. Oktober, vormittags 9 Uhr, Braunerstr. 188:
Versammlung. J. H. Roggemann.

Steinseker!

Sonntag, den 29. Oktober, mittags 12 Uhr, im Lokale des Herrn
Nümann, Braunerstraße 188:

Öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Knoll über: Die Vorgänge in der neuen
Gewerkschaft und die Bedeutung derselben für die Steinseker. 2. Dis-
kussion. 3. Beschlußfassung über die Streikfonds-Sammlungen. 4. Nach-
malige Auffassung von Kandidaten zum Streik-Ausschuss. 5. Gewerks-
schaftliches. 6. Verschiedenes.
174/11 Der (alte) Gesellen-Ausschuss.

Verband der Möbelpolierer.

Heute abend in sämtlichen Zahlstellen Entgegennahme von Beitritten
und Ausgabe der Karte a 20 Pf. zu dem am Montag, den 30. Oktober,
abends 8 Uhr, in Louis Kellers großem Saale, Koppenstraße 29,
stattfindenden

Großen astronomischen Projektions-Vortrag

mit astronomischen Licht und Fernrohr
gehalten vom Herrn Direktor F. S. Archenhold
Der Welten Entstehen und Vergehen.
Mittwoch, den 1. November, abends 7 Uhr, Friedrichsberger-
straße 11; Sitzung der Vertrauensmänner.
148/1 Der Vorstand.

Gewerkschaftskommission Charlottenburg

Montag, den 30. d. M., abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Genossen Lehdner, Bismarckstraße 94:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Wahlen zu den Handwerker-Kammern. 2. Diskussion. 3. Ver-
schiedenes. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Zu dieser Versammlung sind sämtliche Gesellen-Ausschuss-Mitglieder ein-
geladen. Gäste haben Zutritt.
Der Obmann.

Achtung! Wedding.

Großer öffentlicher Vortrag für Männer u. Frauen
im „Neuen Naturheilverein“ Charlottenburg-Berlin
(Vorlesende H. Kabe).
Sonntag, den 29. Oktober 1899, nachmittags 5 Uhr,
im „Hörsaal Hof, Berlin N., Köpcke-Str. 8, spricht
Fri. M. Kube, Naturheilkundige, über:
Rheumatismus und Gicht, Ernährungskrankheiten, Infuenza
ihre Entstehung und Heilung nach der Naturheilmethode.

Wende 7 Uhr nach dem Vortrage findet ein
Tanzfränzchen zum Besten der Deutschen Naturheil-
Krankenhilfe-Gesellschaft statt.
Eintritt 15 Pf. Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.
Geschäftsstelle: Charlottenburg, 126. Berthelstr. 125, III.

Paul Hilperts Restaurant und Garten,

Halensee, Kurfürstendamm 126.
Erste Kalkulation für Kremier, Kuchpartien usw. am Bahnhof Halensee.
Vorzüglich gekühlte Biere. Reichhaltige Speisekarte zu kleinen Preisen.
Familien können Kaffee kochen. 2609/9
Zahlreichem Besuch entgegensehend

Paul Hilpert.

Elektrotechnik!
Neuer Abendkurs der „Elektra“
Mittwoch, den 1. November 1899, abends 8 Uhr,
für Elektromotoren, Induktion u. Maschinenbau, Felder u. Algebra.
Kostlos und einzige Lehranstalt auf wissenschaftl.-prakt. Grundlage.
Keine Vorlesungen. — Glänzende Resultate.
Praktische Vorarbeiten im elektrotechnischen Laboratorium.
Diplomzeugnis — Stellungsnachweis. 2947/2
Anmeldungen schleunigt persönlich, auch Sonntag bis 1 Uhr
Prinzenstraße No. 53. Prospekt gratis und franco.

Hüte * * *

Serrenhüte von 1,50 an.
Knabenhüte „ 1,00 „
Pelzwaren
(nur eigenes Fabrikat). 2453/2
Schirme (größtes Lager).
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2.

Filzhüte für Herren

neueste Façon 1.-, 1,45, hochfeine
2.-, extra feine 2,50 im Engros-
Lager, Franzosenstrasse 20, 2 Tr.
Knaben- und Kinderhüte
in großer Auswahl. 442/3
Jedes Sonntag: Absatzverkauf.

Hans Kayser

Besteller Bohndorf, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für
Press- u. Steinkohlen.

Beantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Pabing in Berlin.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsg. Mitglieder-Versammlungen

finden statt:
Bezirk A Sonntag, 29. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Nowat, Mantuffelstr. 9.
Bezirk B Sonntag, 29. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Pritsch, Stafflerstr. 30-31.
Bezirk C Sonntag, 29. Oktober, vorm. 10 Uhr, bei Gellmuth, Mariendorferstr. 5.
Bezirk D Sonntag, 29. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenhagenstr. 57.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Geschäftliches. 2. Vierteljährlicher Rassenbericht pro 3. Quartal 1899. 3. Ergänzungs-
wahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.

Die Zahlstellen, in denen an jedem Sonnabendabend von 8-10 Uhr neue Mitglieder (bis 45 Jahre) auf-
genommen werden, befinden sich bei Grundmann: Kleine Kudenstr. 14 bei Neumann;
Reichenbergerstr. 29 bei Schmidt; Stafflerstr. 69 bei Ziecke; Alte Jakobstr. 69 bei Lenz;
Gneisenaustr. 10 bei Wesso; Eilasserstr. 11 bei Raddatz; Georgenfechtstraße im Lokal.
440/5 Die Ortsverwaltungen.

Herbst-Vergnügen

Achtung! Sonntag, den 29. Oktober, Achtung!
bei Schmauser, Adlershof, veranfaßt vom
Arbeiter-Radfahrer-Verein Rixdorf.

Eintritt frei! Eintritt frei!
Alle Freunde und Genossen sind hiermit freundlichst eingeladen. Das Komitee.
445/5

Moabiter Liederkranz.

(Dir. Fr. Bothe.)
Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Konzert
in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47-49.
Mitwirkende: „Kahn'sches Solisten-Quartett“.
Nach dem Konzert: Tanz.
Programm mit Liedertext inkl. Tanz 50 Pf.
Der Vorstand.
66/10

Cylinder-Hüte

kauf man am billigsten direkt in der Fabrik.
Chapeaux clagues,
weiche und feste Filzhüte zu billigen Preisen bei
Max Radtke, Blumenstr. 39,
Ecke Andreasstraße (Stein Laden).
2490/L*

Wo? beim alten Freund.

Die sparsame Hausfrau verwendet in ihrem Haushalte
zum Würzen der Suppen, um ohne
Fleisch kräftige und wohl-
schmeckende Suppen herzu-
stellen. Wenige Tropfen ge-
nügen. — Zu haben in Original-
Fläschchen von 35 Pfennig an bei
H. O. Paersch, N. Tresekovstr. 20, Filiale: N. Wollingerstr. 2.
Original-Fläschchen zu 65 Pf. werden zu 45 Pf. und die zu
M. 1,10 zu 70 Pf. mit Maggi nachgefüllt.

MAGGI

Ausschneiden und einenden!
14 Tage zur Probe
oder als
Geschenk
verlange ich von der Stahlwaren- und
Waffenfabrik von
Friedrich Wilhelm Engels
in Nümmen-Gräfrath
bei Solingen Nr. 241
abgebildetes Messer Nr. 2064, mit
prima magnetischer Silberbeschläge, feinem
Dornstiel per Stück 1,50 und verpachte
mich, den Betrag dafür in dieser Zeit ein-
zulösen oder, falls mir das Messer nicht
gefällt, solches zurückzusenden. Sollte ich
aber entsprechende Nachbestellungen auf
Artikel Ihres Katalogs machen können,
behalte ich das Messer als Geschenk.
Ort, Straße, Hausnummer, Post (deutlich)

Neuesten Drachfatalog mit Nachtrag, ca. 300 Seiten mit
vielen Neuheiten von Solinger Stahlwaren, Handhabungs-
gegenstände, Gold-, Silber-, Leberwaren, Messen usw. ver-
sende an jedermann umsonst und portofrei.

Filzhüte für Herren

neueste Façon 1.-, 1,45, hochfeine
2.-, extra feine 2,50 im Engros-
Lager, Franzosenstrasse 20, 2 Tr.
Knaben- und Kinderhüte
in großer Auswahl. 442/3
Jedes Sonntag: Absatzverkauf.

Kinderwagen, Wuppen, Sport- wagen, etc.

neueste Façon 1.-, 1,45, hochfeine
2.-, extra feine 2,50 im Engros-
Lager, Franzosenstrasse 20, 2 Tr.
Knaben- und Kinderhüte
in großer Auswahl. 442/3
Jedes Sonntag: Absatzverkauf.

Hans Kayser

Besteller Bohndorf, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für
Press- u. Steinkohlen.

Blusen-Fabrik für alle Gewerke.

Billigste
Fabrikpreise.
en gros — en detail.
Louis Rosenthal,
C. Alexandersstr. 63 (nahe Alexanderpl.)
Besondere Spezialität für
Berufs- und Schulbekleidung.

Brauerei Berliner Bären

zum 2573/2
35 Weihenburgerstr. 35.
Täglich
von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends
Zugbier-Verkauf
(Brauerei-Abzug).
Vorzugspreis an Kantinen und
Fabriken ohne Zwischenhändler.
Einem Teil unserer heutigen
Stadtkaufleute liegt ein Prospekt
der Firma Theodor Fricke,
Cranienerstr. 174, bei.

Verband der Buchbinder zc.

Den Mitgliedern hiermit zur Nach-
richt, daß unsere Kollegin, Frau
Valesca Fieritz
am 25. d. M. verstorben ist.
Ihre letzten Willen!
Die Beerdigung findet morgen,
Sonntag, nachmittags 4 Uhr, in
Nieder-Zehlendorfer Friedhof (untere
Halle) ausstatt.
Um zahlreiches Betheiligung der Mit-
glieder bitten. 25/15
Die Ortsverwaltung.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Am 26. d. M. wurde unser Kamerad,
der Zimmerer Herr
Eduard Würtemberg
nach langem und schwerem Kranken-
lager im Alter von nahezu 76 Jahren
durch den Tod erlöst. Er gehörte
unserem Verein seit der Begründung
als ein treues und eifriges Mitglied
an und war in demselben fast die
ganzen Jahre im Ehrenamt thätig.
Die Beerdigung findet Sonntag,
nachmittags 4 Uhr von der Zehlendorfer
Halle des Kirchhofs zum heil. Kreuz
in Mariendorf ausstatt.
452/5 Der Vorstand.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
der Kollege
Robert Kaiser
Dienstagabend 8 Uhr am Herzschlage
gestorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 29. Oktober, von der Zehlendorfer
Halle des Kirchhofs zum heil. Kreuz
ausstatt. 272/18
Um recht zahlreiches Betheiligung bitten
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Am 26. d. M., nachm. 6 1/2 Uhr,
verstarb nach langem, schwerem Leiden
mein lieber Mann, der Buchbinder
Karl Goldmann.
Die trauernde Witwe Aug. Goldmann.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause,
Pflaferstr. 13, ausstatt. 439/6

Danksagung.

Für die zahlreiche Teilnahme bei
der Beerdigung meiner lieben Frau
lege ich allen Genossen, Freunden und
Bekanntem meinen herzlichsten Dank.
Karl Hofstadt
nebst Kindern. 441/5

Central-Arken- u. Sterbe- kasse der Tischler

u. anderer gewerblicher Arbeiter.
Deutsche Verwaltung Berlin A.
Montag, den 30. Oktober 1899,
abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn
Koll, Adalbertstr. 21:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Rassenbericht vom 3. Quartal 1899.
2. Verschiedene Rassenangelegenheiten.
Um zahlreiches und pünktliches Er-
scheinen ersucht. 181/13
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag-Tour nach
Neu-Wülke bei Babels-
park, Abfahrt 1 Uhr Schief-
brücke. 22/3
Abends bei Schmauser, Adlershof.

Zu Tuchen des Ausstandes der Berliner Posa- mentiere wird in Gemäßheit des Gewerbegerichts vom 29. Juli 1899 und § 75 des Ortsstatuts für die Stadt Berlin vom 20. Oktober 1892, be- treffend das Gewerbeamt zu Berlin, hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß in der Sitzung des sowohl von den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern als Einigungsamt anerkannten Ge- werbegerichts vom 23. Oktober 1899, an welcher teilgenommen haben: 1. Gewerkschaft von Educh als Vorstand, 2. Johann von Weigert, 3. Adolph Schmidt (Arbeitgeber), 4. Werner Köhler, 5. Berthold (Arbeitnehmer), als Beisitzer; ein Vergleich nachstehenden Wortlauts geschlossen worden ist:

1. Der wöchentliche Arbeitslohn
wird auf 25,50 M. als Durchschnitts-
lohn festgesetzt.
2. Die wöchentliche Arbeitszeit be-
trägt 10 1/2 Stunden, und zwar Montag
bis Freitag werden 9 1/2 Stunden und
am Sonnabend 9 Stunden gear-
beitet.
3. Für Ueberstunden sind pro
Stunde 10 Pfennig Zuschlag zu
zahlen.
4. Für Accorarbeiten wird ein der
freien Vereinbarung der Parteien
unterliegender Lohn entrichtet; für
Reparaturen ist ein höherer Lohn
zu zahlen wie bei den sonstigen
Accorarbeiten; auch hier unterliegt
die Festlegung des Lohnes der freien
Vereinbarung der Parteien.
5. Nachregelungen dürfen von keiner
Seite vorgenommen werden.
6. Geht ein Arbeiter, z. B. Wagner,
Wagner, Knack, Albert Schulz, Rud.
Kant, Fritz Berger, Georg Berger,
Karl Müller,
Georg Schulz, D. Weigert,
Otto Schmidt, A. Köhler, C. Köhler,

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag-Tour nach
Neu-Wülke bei Babels-
park, Abfahrt 1 Uhr Schief-
brücke. 22/3
Abends bei Schmauser, Adlershof.

Zu Tuchen des Ausstandes der Berliner Posa- mentiere wird in Gemäßheit des Gewerbegerichts vom 29. Juli 1899 und § 75 des Ortsstatuts für die Stadt Berlin vom 20. Oktober 1892, be- treffend das Gewerbeamt zu Berlin, hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß in der Sitzung des sowohl von den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern als Einigungsamt anerkannten Ge- werbegerichts vom 23. Oktober 1899, an welcher teilgenommen haben: 1. Gewerkschaft von Educh als Vorstand, 2. Johann von Weigert, 3. Adolph Schmidt (Arbeitgeber), 4. Werner Köhler, 5. Berthold (Arbeitnehmer), als Beisitzer; ein Vergleich nachstehenden Wortlauts geschlossen worden ist:

1. Der wöchentliche Arbeitslohn
wird auf 25,50 M. als Durchschnitts-
lohn festgesetzt.
2. Die wöchentliche Arbeitszeit be-
trägt 10 1/2 Stunden, und zwar Montag
bis Freitag werden 9 1/2 Stunden und
am Sonnabend 9 Stunden gear-
beitet.
3. Für Ueberstunden sind pro
Stunde 10 Pfennig Zuschlag zu
zahlen.
4. Für Accorarbeiten wird ein der
freien Vereinbarung der Parteien
unterliegender Lohn entrichtet; für
Reparaturen ist ein höherer Lohn
zu zahlen wie bei den sonstigen
Accorarbeiten; auch hier unterliegt
die Festlegung des Lohnes der freien
Vereinbarung der Parteien.
5. Nachregelungen dürfen von keiner
Seite vorgenommen werden.
6. Geht ein Arbeiter, z. B. Wagner,
Wagner, Knack, Albert Schulz, Rud.
Kant, Fritz Berger, Georg Berger,
Karl Müller,
Georg Schulz, D. Weigert,
Otto Schmidt, A. Köhler, C. Köhler,

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag-Tour nach
Neu-Wülke bei Babels-
park, Abfahrt 1 Uhr Schief-
brücke. 22/3
Abends bei Schmauser, Adlershof.

Zu Tuchen des Ausstandes der Berliner Posa- mentiere wird in Gemäßheit des Gewerbegerichts vom 29. Juli 1899 und § 75 des Ortsstatuts für die Stadt Berlin vom 20. Oktober 1892, be- treffend das Gewerbeamt zu Berlin, hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß in der Sitzung des sowohl von den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern als Einigungsamt anerkannten Ge- werbegerichts vom 23. Oktober 1899, an welcher teilgenommen haben: 1. Gewerkschaft von Educh als Vorstand, 2. Johann von Weigert, 3. Adolph Schmidt (Arbeitgeber), 4. Werner Köhler, 5. Berthold (Arbeitnehmer), als Beisitzer; ein Vergleich nachstehenden Wortlauts geschlossen worden ist:

1. Der wöchentliche Arbeitslohn
wird auf 25,50 M. als Durchschnitts-
lohn festgesetzt.
2. Die wöchentliche Arbeitszeit be-
trägt 10 1/2 Stunden, und zwar Montag
bis Freitag werden 9 1/2 Stunden und
am Sonnabend 9 Stunden gear-
beitet.
3. Für Ueberstunden sind pro
Stunde 10 Pfennig Zuschlag zu
zahlen.
4. Für Accorarbeiten wird ein der
freien Vereinbarung der Parteien
unterliegender Lohn entrichtet; für
Reparaturen ist ein höherer Lohn
zu zahlen wie bei den sonstigen
Accorarbeiten; auch hier unterliegt
die Festlegung des Lohnes der freien
Vereinbarung der Parteien.
5. Nachregelungen dürfen von keiner
Seite vorgenommen werden.
6. Geht ein Arbeiter, z. B. Wagner,
Wagner, Knack, Albert Schulz, Rud.
Kant, Fritz Berger, Georg Berger,
Karl Müller,
Georg Schulz, D. Weigert,
Otto Schmidt, A. Köhler, C. Köhler,

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag-Tour nach
Neu-Wülke bei Babels-
park, Abfahrt 1 Uhr Schief-
brücke. 22/3
Abends bei Schmauser, Adlershof.

Zu Tuchen des Ausstandes der Berliner Posa- mentiere wird in Gemäßheit des Gewerbegerichts vom 29. Juli 1899 und § 75 des Ortsstatuts für die Stadt Berlin vom 20. Oktober 1892, be- treffend das Gewerbeamt zu Berlin, hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß in der Sitzung des sowohl von den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern als Einigungsamt anerkannten Ge- werbegerichts vom 23. Oktober 1899, an welcher teilgenommen haben: 1. Gewerkschaft von Educh als Vorstand, 2. Johann von Weigert, 3. Adolph Schmidt (Arbeitgeber), 4. Werner Köhler, 5. Berthold (Arbeitnehmer), als Beisitzer; ein Vergleich nachstehenden Wortlauts geschlossen worden ist:

1. Der wöchentliche Arbeitslohn
wird auf 25,50 M. als Durchschnitts-
lohn festgesetzt.
2. Die wöchentliche Arbeitszeit be-
trägt 10 1/2 Stunden, und zwar Montag
bis Freitag werden 9 1/2 Stunden und
am Sonnabend 9 Stunden gear-
beitet.
3. Für Ueberstunden sind pro
Stunde 10 Pfennig Zuschlag zu
zahlen.
4. Für Accorarbeiten wird ein der
freien Vereinbarung der Parteien
unterliegender Lohn entrichtet; für
Reparaturen ist ein höherer Lohn
zu zahlen wie bei den sonstigen
Accorarbeiten; auch hier unterliegt
die Festlegung des Lohnes der freien
Vereinbarung der Parteien.
5. Nachregelungen dürfen von keiner
Seite vorgenommen werden.
6. Geht ein Arbeiter, z. B. Wagner,
Wagner, Knack, Albert Schulz, Rud.
Kant, Fritz Berger, Georg Berger,
Karl Müller,
Georg Schulz, D. Weigert,
Otto Schmidt, A. Köhler, C. Köhler,

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag-Tour nach
Neu-Wülke bei Babels-
park, Abfahrt 1 Uhr Schief-
brücke. 22/3
Abends bei Schmauser, Adlershof.

Zu Tuchen des Ausstandes der Berliner Posa- mentiere wird in Gemäßheit des Gewerbegerichts vom 29. Juli 1899 und § 75 des Ortsstatuts für die Stadt Berlin vom 20. Oktober 1892, be- treffend das Gewerbeamt zu Berlin, hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß in der Sitzung des sowohl von den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern als Einigungsamt anerkannten Ge- werbegerichts vom 23. Oktober 1899, an welcher teilgenommen haben: 1. Gewerkschaft von Educh als Vorstand, 2. Johann von Weigert, 3. Adolph Schmidt (Arbeitgeber), 4. Werner Köhler, 5. Berthold (Arbeitnehmer), als Beisitzer; ein Vergleich nachstehenden Wortlauts geschlossen worden ist:

1. Der wöchentliche Arbeitslohn
wird auf 25,50 M. als Durchschnitts-
lohn festgesetzt.
2. Die wöchentliche Arbeitszeit be-
trägt 10 1/2 Stunden, und zwar Montag
bis Freitag werden 9 1/2 Stunden und
am Sonnabend 9 Stunden gear-
beitet.
3. Für Ueberstunden sind pro
Stunde 10 Pfennig Zuschlag zu
zahlen.
4. Für Accorarbeiten wird ein der
freien Vereinbarung der Parteien
unterliegender Lohn entrichtet; für
Reparaturen ist ein höherer Lohn
zu zahlen wie bei den sonstigen
Accorarbeiten; auch hier unterliegt
die Festlegung des Lohnes der freien
Vereinbarung der Parteien.
5. Nachregelungen dürfen von keiner
Seite vorgenommen werden.
6. Geht ein Arbeiter, z. B. Wagner,
Wagner, Knack, Albert Schulz, Rud.
Kant, Fritz Berger, Georg Berger,
Karl Müller,
Georg Schulz, D. Weigert,
Otto Schmidt, A. Köhler, C. Köhler,

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag-Tour nach
Neu-Wülke bei Babels-
park, Abfahrt 1 Uhr Schief-
brücke. 22/3
Abends bei Schmauser, Adlershof.

Zu Tuchen des Ausstandes der Berliner Posa- mentiere wird in Gemäßheit des Gewerbegerichts vom 29. Juli 1899 und § 75 des Ortsstatuts für die Stadt Berlin vom 20. Oktober 1892, be- treffend das Gewerbeamt zu Berlin, hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß in der Sitzung des sowohl von den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern als Einigungsamt anerkannten Ge- werbegerichts vom 23. Oktober 1899, an welcher teilgenommen haben: 1. Gewerkschaft von Educh als Vorstand, 2. Johann von Weigert, 3. Adolph Schmidt (Arbeitgeber), 4. Werner Köhler, 5. Berthold (Arbeitnehmer), als Beisitzer; ein Vergleich nachstehenden Wortlauts geschlossen worden ist:

1. Der wöchentliche Arbeitslohn
wird auf 25,50 M. als Durchschnitts-
lohn festgesetzt.
2. Die wöchentliche Arbeitszeit be-
trägt 10 1/2 Stunden, und zwar Montag
bis Freitag werden 9 1/2 Stunden und
am Sonnabend 9 Stunden gear-
beitet.
3. Für Ueberstunden sind pro
Stunde 10 Pfennig Zuschlag zu
zahlen.
4. Für Accorarbeiten wird ein der
freien Vereinbarung der Parteien
unterliegender Lohn entrichtet; für
Reparaturen ist ein höherer Lohn
zu zahlen wie bei den sonstigen
Accorarbeiten; auch hier unterliegt
die Festlegung des Lohnes der freien
Vereinbarung der Parteien.
5. Nachregelungen dürfen von keiner
Seite vorgenommen werden.
6. Geht ein Arbeiter, z. B. Wagner,
Wagner, Knack, Albert Schulz, Rud.
Kant, Fritz Berger, Georg Berger,
Karl Müller,
Georg Schulz, D. Weigert,
Otto Schmidt, A. Köhler, C. Köhler,

Zu den Charlottenburger Stadtverordneten-Wahlen.

II.

Eine Frage, die für die Arbeiterschaft besonders brennend ist und deren Lösung namentlich für Charlottenburg eine immer drängendere Aufgabe der Kommunalverwaltung ist, ist die Wohnungsfrage. Von Jahr zu Jahr nimmt die Wohnungsnot in Charlottenburg zu, immer mehr macht sich der Mangel an kleinen Wohnungen bemerkbar. Die Hausagrarier haben naturgemäß ein weit größeres Interesse an den großen Wohnungen. Wurde doch nach den vom statistischen Amt veranstalteten Erhebungen im allgemeinen für das heizbare Zimmer um so mehr verlangt, je größer die Wohnung ist. Bei einer zweizimmerigen Wohnung betrug der Durchschnittspreis pro Zimmer 178 M., bei einer zwölfzimmerigen 566 M. Anfangs Mai dieses Jahres standen in Charlottenburg nur 28 Wohnungen mit einem und 50 mit 2 heizbaren Zimmern leer, während beispielsweise in Berlin die Zahl der leerstehenden einzimmerigen Wohnungen im Januar sich auf 4323, die der zweizimmerigen auf 1908 belief.

Diese Wohnungsnot, die vom Verein der Haus- und Grundbesitzer aus leicht ersichtlichen Gründen hartnäckig geleugnet wird, findet selbst amtlicherseits ihre Bestätigung. In dem von der Charlottenburger Armenverwaltung erstatteten Verwaltungsbericht für das Jahr 1898/99 heißt es: Die Tätigkeit der Armenverwaltung ist in dem Berichtsjahre im außerordentlichen Maße in Anspruch genommen worden. Die Ursachen lassen sich nach der Natur der Sache nicht mit voller Bestimmtheit, sondern nur vermutungsweise angeben. Soweit es sich um die Unterstellungen in der offenen Armenpflege, also den Hauptteil der Tätigkeit der Armenverwaltung, handelt, ist auf der einen Seite das Auftreten zahlreicher schwerer Krankheitsfälle und soziales Mangel an kleinen Wohnungen von nicht unerheblichem Einfluß gewesen. Während von den für den ärmeren Teil der Bevölkerung fast ausschließlich in Betracht kommenden Wohnungen von einem Zimmer im Mai 1898 noch 221 leer standen, war diese Zahl im November 1898 auf 87 gesunken und ist seitdem, wie die am 1. Mai d. J. erfolgte Aufnahme gezeigt hat, noch weiter bis auf 90 herabgegangen. So lange ein Ueberfluß an kleinen Wohnungen vorhanden war, war es selbst im Falle der zwangswiseigen Räumung der bisherigen Wohnung nicht schwer, eine neue zu finden. Der Rückgang des Angebots und die bei dem unverminderten Zuzuge auch der Arbeiterbevölkerung nach Charlottenburg steigende Nachfrage hat dahin geführt, daß nicht genehme Mieter auch dann abgewiesen wurden, wenn die pünktliche Mietzahlung einigermmaßen gesichert erschien. Familien mit einer größeren Kinderzahl gelang es vielfach nur unter großen Schwierigkeiten, Aufnahme zu finden. Diese Verhältnisse, die dahin geführt haben, daß die zur Unterbringung obdachloser Familien eingerichteten Räume nicht mehr zureichten und daher auf Beschluß der städtischen Behörden im Winter 1898 die zur Aufnahme etwaiger Choleraerkrankten bestimmten, bis dahin leer stehenden Estraden zu je ein — jeidenn stets gefüllten — Wohnungen für obdachlose Familien eingerichtet werden mußten, haben naturgemäß die Armenverwaltung vor nicht leichte Aufgaben gestellt. Um die drohende Ermittlung abzumildern, hat in einer großen Zahl von Fällen mit Unterstützungen eingegriffen werden müssen; in zahlreichen anderen Fällen haben Unterstützungen gezahlt werden müssen, um bereits obdachlos gewordenen Familien die Aufnahme in eine neue Wohnung zu ermöglichen. Die Beteiligten zu veranlassen, sich eine Wohnung in Charlottenburg in den nördlichen und östlichen Teilen von Berlin oder einem der nördlichen oder östlichen Vororte zu suchen, gelang nur in wenigen Fällen. Ueberwiegend handelt es sich um hier ortsangehörige, zum Teil lange Jahre hier wohnhafte Familien, die zu einem Verlassen von Charlottenburg nicht zu bewegen waren. Nicht selten mußten obdachlos gewordene Familien, die sich mit der Bitte um Gewährung von Unterkunft bei uns meldeten, mangels verfügbarer Räume abgewiesen werden.

Welch eine Fülle von Not und Elend verbirgt sich hinter diesen trockenen Angaben des amtlichen Berichts! Aber unsere Hausagrarier, die ja in der Stadtverwaltung einen großen Einfluß ausüben, thun nichts, um diesem schrecklichen Mißstande abzuhelfen. Im Gegenteil, sie haben alle Veranlassung, mit diesen Zuständen zufrieden zu sein. Steigert sich doch der Grundwert der Stadt Charlottenburg fort und fort in rapider Weise! Allein im Jahre 1897/98 ist den Grundbesitzern infolge Steigerung der Grundrente die hübsche Summe von nahezu 24 Millionen mühselos in den Schoß gefallen. Mit Leichtigkeit könnte dem Wohnungselend gesteuert werden, wenn endlich der große Stadtteil jenseits der Spree kanalisiert würde, damit dort Wohnungen errichtet werden können. Oder fürchtet man etwa, daß sich in diesem Stadtteil eine Arbeiterbevölkerung ansiedeln könnte, die der Stadt ihren Charakter als Bourgeois- und Beamtenstadt nehmen würde? Fast scheint es so, als ob politische Momente hier in Spiele sind und als ob aus Furcht vor dem Einfluß, den die Arbeiterschaft dadurch gewinnen würde, wichtige Kulturaufgaben unerledigt bleiben.

Der Wohnungsnot zu steuern und endlich einmal die Unterlassungsünden früherer Jahre wieder gut zu machen, ist die Pflicht der städtischen Verwaltung. Die Arbeiterschaft wird sich die bisherige Vernachlässigung nicht länger gefallen lassen, sie wird nicht länger dulden, daß in Charlottenburg beschäftigte Arbeiter gezwungen werden, sich außerhalb der Stadt, weitab von ihrer Arbeitsstätte, ein Heim zu suchen und daß ihnen so ein Teil ihrer ohnehin schon spärlich bemessenen freien Zeit durch den weiten Weg von und zu der Arbeitsstätte genommen wird. Eine Gelegenheit, Protest gegen diese bisherige Zurücksetzung zu erheben, bieten aber die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen.

Verfassungen.

Für den 15. Kommunal-Wahlbezirk fand am Donnerstag eine öffentliche Wählerversammlung im Etablissement „Südost“ statt, welche mächtig besucht war. Der Referent, Stadtverordneter F. v. Runz, begründete eingehend die Forderungen der Sozialdemokratie auf kommunalpolitischem Gebiete unter spezieller Berücksichtigung des Schul- und Submissionswesens, der öffentlichen Armen- und Gesundheitspflege. Besonders die schlechten Wohnungsverhältnisse im Osten und Südosten Berlins wurden im Referate des näheren beleuchtet. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen, worauf noch der Kandidat des Bezirkes, Lohsdorf, in einer längeren Ansprache die Ausführungen des Referenten ergänzte und die Anwesenden aufforderte, mit voller Kraft in die Agitation einzutreten, damit am Tage der Wahl der Kandidat der Sozialdemokraten mit einer imposanten Majorität als Sieger aus der Wahlschlacht hervorgehe. Mit einem nochmaligen Appell an die Versammlung seitens des Vorsitzenden erfolgte Schluß der Versammlung.

In der Kommunalwähler-Versammlung für den 16. Bezirk, die am Donnerstag im Meppalski tagte, sprach der sozialdemokratische Kandidat Theodor Wegner über die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Redner behandelte dann ausführlich den „Stolz des Berliner Liberalismus“, das Volksschulwesen, indem er die bekannnten Mängel scharf beleuchtete und darth, wie ungleich besser es den Kindern der Besitzenden in den höheren Schulen erging. Redner besprach dann weiter die von und verlangte Reform der städtischen Verwaltung. — Die Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall. — Als erster Diskussionsredner nahm der Volkspartei-Schulz das Wort, der sich als Demokrat vorstellte und mit erheblicher Jugenfrische nachzuweisen suchte, daß man zwischen Liberalen und Liberalen unterscheiden müsse. Auch meinte er, Wegner hätte zu sehr grau in grau gemalt. — Herr Jakob,

früher Volkspartei, jetzt Mitglied des freisinnigen Arbeitervereins, teilte mit, daß dieser Verein beschloß, seine Mitglieder in allen Kommunalwähler-Versammlungen gehen und angeht des Kartells der verschiedenen liberalen Gruppen für die sozialdemokratischen Kandidaten eintreten. (Bravo!) Er befürwortete mit Freuden die Wahl des Herrn Wegner, denn einen besseren Kandidaten könnte er sich gar nicht wünschen. — Die Parteigenossen Köste, Schwarz, Taterow u. a. wandten sich gegen die Beschönigungsversuche des Herrn Schulz und legten die Sünden des Freisinnigen schonungslos bloß. Herr Schulz bemerkte dann persönlich, daß er Wegner nicht der Unwahrscheinlichkeit habe zehren wollen. Wenn er im 16. Bezirk zu wählen hätte, würde er Herrn Wegner wählen. In seinem Schlußwort betonte Genosse Wegner, daß das sozialdemokratische Programm allerdings verschiedene alte liberale Forderungen enthalte. Eine Resolution, die sich für die Wahl Wegners ausdrückt, wurde einstimmig angenommen.

Für den 20. Kommunal-Wahlbezirk fand am Donnerstag eine Wählerversammlung im Englischen Garten statt. Der Kandidat des Bezirkes, Dr. Friedeberg, legte den Standpunkt der Sozialdemokratie zu den kommunalen Aufgaben dar. Er verwies darauf, daß infolge des Dreiklassen-Wahlrechts die Stadtverordneten-Versammlung keine Vertretung der Allgemeinheit, sondern eine Klassenvertretung ist, in der die besitzende Klasse die Herrschaft hat und die Interessen der Arbeiterklasse vernachlässigt werden. Der Redner führte diesen Gedanken weiter aus, indem er die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiet des Schulwesens und der Krankenfürsorge besprach. Wenn man bedenkt, daß wie statistisch erwiesen ist, in Berlin jeder zweite Arbeiter an der Lungenschwindsucht, dieser mörderischen Proletarierkrankheit, stirbt, dann muß man sagen, die Kommune hat die Pflicht, hier helfend einzugreifen durch Förderung des Heilstättenwesens. In dieser Hinsicht aber sieht Berlin weit zurück hinter anderen deutschen Städten. Auch das Krankenwesen steht nicht auf der wünschenswerten Höhe. Es gilt also, solche Vertreter zu wählen, die willens sind, daß auf diesen Gebieten durchgreifende Änderungen Platz greifen. Auch die Kommunalwahl ist ebenso wie jede andere Wahl ein Stimm-Klassenkampf, auch bei dieser Gelegenheit müssen wir zeigen, daß wir der Klassenherrschaft ein Ende machen wollen. — Sowohl der dem Referenten gesandete Beifall, wie die Ausführungen der Diskussionsredner bewiesen, daß die Anwesenden ohne Ausnahme die Ansichten des Referenten teilten, was übrigens auch durch einstimmige Annahme einer Resolution belohnt wurde, in der die Versammlung erklärte, für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten eintreten zu wollen.

Für den 38. Kommunal-Wahlbezirk fand am Donnerstagabend in den „Humboldt-Sälen“ in der Hufschmiedstraße eine sehr gut besuchte Versammlung statt. Stadt-Genosse Vorkmann erörterte die Frage: „Hat die Arbeiterschaft ein Interesse an einer Vertretung in den städtischen Verwaltungskörpern?“ unter lebhaftem Beifall der Anwesenden.

Glänzend besprach hierauf noch in einigen Ausführungen das Programm unserer Partei für die kommunale Vertretung, unter anderem die Sonntagsruhe, das Anlagewesen etc. Einen Stuß habe man auch dadurch anzuwenden versucht, die Wahllokale möglichst entfernt von den Wohnungen der Wähler einzurichten, um den Arbeitern bei ihrem Mangel an Zeit die Lust zum Wählen infolge des langen Weges zu verleben. Nachdem Vorkmann die Genossen noch zu reger Agitation in Werkstätten und Wohnhäusern aufgefordert, gab Vorkmann in seinem Schlußwort noch bekannt, daß erst auf seine Veranlassung hin einige erkrankte und völlig mittel- und hilflose Frauen, sowie einige Kinder entsprechend versorgt wurden, da sich alle hierfür in Betracht kommenden Beamten usw. unerschütterlich zeigten. Auch die Zustände in der Berliner Hausindustrie seien einfach grauenerregend. — Freyhaller als Vorsitzender macht zum Schluß darauf aufmerksam, daß die Wählerlisten bei Lorenz, Polstraße 43, zur Einsicht ausliegen, wo auch das Bureau am Tage der Wahl sich befindet. Das Wahllokal ist das „Swinemünder Gesellschaftshaus“, in der Swinemünderstraße 46, wo man bei der Wahl rechtzeitig erscheinen und mit den farbigen Einladungsarten bei der Stelle mit dem entsprechenden farbigen Plakat sich zahlreich einfänden möge.

Eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung für den 40. Bezirk fand am Donnerstag, den 26. Oktober, in der Norddeutschen Brauerei statt. Der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Dr. Freudenberg, hielt einen Vortrag über das Thema: „Warum darf kein Wähler freisinnig wählen?“ Er zeigte, daß in den meisten wichtigen Fragen — Wahlrecht, Schulwesen, Koalitionsrecht, Armenpflege, Behandlung der städtischen Arbeiter usw. — die Thesen des Freisinnigen in keiner Weise seinen eigenen Worten entsprechen, und daß deshalb schon kein Wähler dieser Partei seine Stimme geben dürfe. Da selber der freisinnige Kandidat, Architekt Lenz, der erhaltenen Einladung nicht Folge geleistet hatte, fand die beabsichtigte Aussprache nicht statt, sondern es beteiligten sich an der Diskussion nur Parteigenossen — Klammed, Gynge, Arendsee, Vorkmann — die nach verschiedenen Richtungen den Vortrag ergänzten. Nach einstimmiger Annahme einer Resolution, welche die Agitation für den sozialdemokratischen Kandidaten allen Anwesenden zur Pflicht machte, schloß die ziemlich gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie.

Für Charlottenburg erfolgte die Verichterstattung über den hannoverschen Parteitag in einer namentlich von Frauen gut besuchten Versammlung, die am Donnerstag in der Gambrinusbrauerei tagte. Von den drei Delegierten des Wahlkreises hatte Genosse Sellin die allgemeine Verichterstattung übernommen. Ueber die Angriffe auf die Grundanschauungen referierte Schubert-Schöneberg, während der dritte Delegierte Hoppe-Rixdorf über die Punkte Militarismus und Jugendhausvorlage berichtete. Da wir über die Referate der genannten Genossen bereits berichtet haben (vergl. Bericht über die Rixdorfer Versammlung in der Donnerstags-Nummer), so kann an dieser Stelle darauf verzichtet werden. Diskussion fand nicht statt. Es folgten die Berichte der Vertrauensleute.

Nach den Mitteilungen des Vertrauensmannes Sellin haben im verflossenen Jahre zehn öffentliche Versammlungen stattgefunden. Die Agitation habe unter dem Mangel an geeigneten Lokalen zu leiden gehabt. Die Einnahmen des letzten Jahres betrugen 3596,34 M., darunter 838,60 M. auf Listen für die Völkervereinigung, 1110 M. Ueberfluß der Zeitungspedition, 300 M. zu Agitationszwecken vom Wahlverein, 154 M. zu Agitationszwecken von der weiblichen Vertrauensperson. Unter den Ausgaben, die sich auf insgesamt 3231,45 M. belaufen, befanden sich 1050 M. Ueberweisung an den Wahlfonds und 231,70 M. zur Landagitation. Der zweite Vertrauensmann Petril ergänzte diesen Bericht, ebenso die weibliche Vertrauensperson Fel. Vogel. Die Frauen haben drei Versammlungen abgehalten, 186,95 M. an Einnahmen erzielt, darunter 30,15 M. für die Kreislager Weber, und 84 M. Ausgaben gehabt. Auf Antrag des Genossen Sabor, der die Revision vorgenommen hat, wurde den drei Vertrauenspersonen Decharge erteilt.

Im Anschluß an den von Blank erteilten Bericht der Lokalkommission bringt Menge den Vorschlag gegen die Picheldorfer Brauerei zur Sprache und gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Arbeiterschaft Spandau sich durch Versprechungen zur Aufhebung des Boykotts habe bewegen lassen. Petril meint, daß keine Veranlassung vorliege, über diese Angelegenheit zu debattieren. Wenn die Arbeiter Spandau zufrieden sind, so könnten die Genossen anderer Städte sich erst recht begnügen. Diefelbe Ansicht vertraten Sellin und Görke.

Ueber die Parteipedition berichtet Scharnberg. Der Ueberfluß in den ersten neun Monaten dieses Jahres beträgt 910 M., die Zahl der Abonnenten auf den „Vorwärts“ beläuft sich auf 1316. Bedauerlich sei es, daß noch etwa 500 Abonnenten den „Vorwärts“ nicht von der Parteipedition beziehen und daß so viele organisierte Arbeiter Blätter wie den „Lokal-Anzeiger“ und die „Vorgespott“ abonnieren. Nach kurzer Debatte wird dem Parteipeditur auf Antrag von Stiefenhofer Decharge erteilt.

Die nunmehr vorgenommenen Wahlen haben folgendes Ergebnis: Es wurden gewählt zum Vertrauensmann Sellin, zu dessen Stellvertreter, da Petril ablehnt, Liedtke, zur weiblichen Vertrauensperson Fel. Vogel; zu Revisoren Blank, Leder, Sabor, in die Zeitungskommission Görke, Schnell, Stiefenhofer, zu Vertretern für die am nächsten Sonntag stattfindende Kreisversammlung Görke, Schnell und Frau Liedtke.

Nach Schluß der Tagesordnung ergreift Siegrist das Wort, um aus eigener Kenntnis der Verhältnisse heraus die Ursachen der Brandkatastrophe in der Gutenbergstraße zu schildern. Hätte man zum Anwärmen des Petroleum statt der offenen Flamme Dampf angewendet, so wäre das Unglück wahrscheinlich vermieden worden. Nur dadurch, daß wichtige Schutzmaßregeln unterblieben sind, seien drei blühende Menschen auf so entsetzliche Weise ums Leben gekommen. Es sei kein Zweifel, daß auch dieser Unfall dem Kapitalismus zur Last falle. Die gesamte Arbeiterschaft möge Protest dagegen erheben, daß so leichtfertig mit dem Leben der Arbeiter gespielt wird. (Leb. Zustimmung.) Dieel erklart in den Verhältnissen auf der Brandstätte einen neuen Beweis dafür, wie notwendig der Bauarbeiterkongress gewesen sei. Die Arbeiter sollten sich weigern, in Fabriken zu gehen, in denen keine Schutzvorrichtungen vorhanden sind; sie könnten sich beschwerdefähig an den Vorständen der am Ort bestehenden Arbeiterkommission, den Genossen Flemming, wenden, der das Weitere veranlassen werde, ohne den Namen des Beschwerdeführers zu nennen. Mögen die Arbeiter auch hieraus wieder die Lehre von der Notwendigkeit der Organisation ziehen! (Beifall.) Sporer hat die Gewerbe-Inspektion erst in diesem Jahre auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, den Betrieb, auf dem der Unfall sich ereignet hat, zu inspizieren. (Bewegung.) Gudziastli teilt mit, daß die Arbeiter der bet. Fabrik vor Jahren schon gekränkt wurden. Als er sich bemühte, die Arbeiter zu organisieren, habe ihn einer dem damaligen Besitzer denunziert, er halte geheime Versammlungen ab. Die Anlage mußte aber fallen gelassen werden. Die Fabrik habe damals mehrere Löhne gezahlt, es sei auch zum Streik gekommen und das Gewerbegericht habe den Arbeitern recht gegeben. Damit ist die Debatte über diese Frage erschöpft. Nachdem Stiefenhofer auf die am 7. November stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen hingewiesen hat, schließt der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

In Groß-Lichterfelde fand am verfloffenen Sonntag eine öffentliche Parteiversammlung statt, in welcher Genosse Hirsch über: „Arbeiterschutz und Arbeitertribunal“ sprach. Referent erläuterte zunächst die Gründe, die die Inaugurierung der heutigen Sozialgesetzgebung veranlassen, beleuchtete die kaiserlichen Februar-Erlasse, deren Durchführung heute noch auf sich warten lasse und wies an der Hand reichhaltigen Materials die gänzliche Anzulänglichlichkeit der Arbeiterschutzbestimmungen nach. Das Untermertum, dem jede gesetzliche Bestimmung, die der schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter einräumt, ein Ziel zu setzen suche, als ein Eingriff in seine Rechte erscheine, sei stets bestrebt, dieselben illusorisch zu machen. Nach eingehender Beleuchtung der Schädlichkeit der Kinderarbeit in Fabriken und Handindustrie kam Redner zum Thema „Arbeitertribunal“, der in der berichtigten Jughausvorlage seinen Kritikationspunkt habe. Der Vortragende unterzog diese neueste Geburt deutscher Gesetzgebungskunst einer treffenden Kritik und forderte am Schluß seiner Ausführungen die Versammelten auf, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren. In der Diskussion sprach Geisen-Resling im Sinne des Referenten.

Als Vertrauensmann wurde Vorheimer, als dessen Stellvertreter Lude, als Revisoren Brademann und Keißner gewählt. Die Lokalkommission besteht aus Bachholz, Ferd. Lehmann und Lude. Unter „Berichtigtem“ berichtete Schumann-Berlin, daß die Gummi-Fabrik Schwannig u. Co. in Lichterfelde die bei ihr beschäftigten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mahrgelte. Nachdem noch verschiedene Redner das leider recht geringe Solidaritätsgefühl der Arbeiter der Gummi-Fabrik gerügt hatten, folgte Schluß der Versammlung.

Stettin. In einer am Dienstagabend bei Schellhase stattgehabten Parteiversammlung erstatteten zunächst der Vertrauensmann und die Lokalkommission Bericht über ihre Tätigkeit im abgelaufenen Jahre. Die Abrechnung des Vertrauensmannes ergab eine Einnahme von 159,88 M. und eine Ausgabe von 160,30 M. Auf Antrag der Revisoren wurde Decharge erteilt. Die hierauf vorgenommenen Neuwahlen hatten folgendes Resultat: Vertrauensmann: Rettig; Lokalkommission: Friese, Richter, Haberland; Revisoren: Sutrow, Klügel, Aufhäuser. Als Delegierte zur Kreisversammlung: Wob, Aufhäuser, Rätter. — Hierauf nahm Genosse Marxwald das Wort zum Vortrage über: „Was lehrt uns der letzte Parteitag?“ Der Redner konnte leider den interessanten Vortrag nicht zu Ende führen, denn um 10 Uhr stellte einer der überwachenden Genossen an den Vorstehenden das Ansuchen, die Versammlung zu schließen; da der Vorsitzende diesem Wunsche nicht nachkam, löste der Genosse die Versammlung auf! — Gewiß ein rührendes Beispiel von beschäuderlicher Fürsorge, daß den Genossen die Nachtruhe nicht verflücht werde.

Mariensfelde. Sonntag, den 22. Oktober, fand hier eine Parteiversammlung der Genossen von Tempelhof, Mariendorf und Mariensfelde statt. Nachdem die Vertrauensmänner der genannten Ortschaften einen kurzen Rückblick über das verflossene Jahr nebst Abrechnung gegeben hatten, wurde denselben Decharge erteilt. Zum Vertrauensmann für Tempelhof wählte man wieder den Genossen Zehle, für Mariendorf wieder den Genossen Senger. Zu Revisoren derselben für Tempelhof die Genossen Apelt, Kersten, B. Wildt; für Mariendorf die Genossen B. Otto, S. Lehmann, C. Rordmann. Von der Neuwahl eines Vertrauensmannes für Mariensfelde nahm man Abstand; die Geschäfte wird daher der Vertrauensmann von Mariendorf mit übernehmen. Sodann gab die Lokalkommission von Tempelhof ihren Bericht. Es entstand eine lebhafte Debatte über die Lokalfrage (belamntlich steht den Genossen der genannten Ortschaften kein einziger Saal zu Versammlungen zur Verfügung). Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt und das Weitere in dieser Angelegenheit der Lokalkommission überwiesen. In diese wurden gewählt die Genossen: B. Wildt, S. Kersten, S. Müller. Die Wahl der Lokalkommission von Mariendorf mußte leider vertagt werden und wird dies erst in einer späteren Versammlung geschehen. Als Kreisdelegierte wählte man die Genossen S. Müller, Joh. Kersten, S. Müller für Tempelhof und die Genossen B. Otto, Trebus und S. Lehmann für Mariendorf. Unter Verschiedenem gab man bekannt, daß der Arbeiter-Vereinsverein einen Vortrags-Cyklus über das neue Würgerliche Gesetzbuch stattfinden läßt (erster Vortragsabend am 1. November, abends 8 1/2 Uhr pünktlich), und ermahnte die Genossen zur regen Beteiligung. Mit einem Hoch auf die völkervereinende Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die leider sehr schwach besuchte Versammlung.

Orly. Am 22. Oktober sprach Zubeil in einer öffentlichen Versammlung über die Vorteile des neuen Invalidengesetzes. Der Vertrauensmann gab darauf den Bericht. Die Einnahme beträgt 207 M. 57 Pf. und die Ausgabe 203 M. 65 Pf. Die Revisoren bestätigten dies und wurde deshalb Decharge erteilt. Außerdem zwei Agitationstouren, sechsmalige Flugblattverbreitung und Vereins-

Veranstaltungen. Als Vertrauensmann wurde einstimmig Genosse Robert Hutter, Werderstr. 57, gewählt. Der Bericht der Lokalkommission betraf, daß sämtliche Güte in Brüg frei seien. Unter Verzeichnisse befindet sich wie immer bei Karl Dorn, Bürgerstr. 4. Aus der Wahl zur Lokalkommission gingen folgende Personen hervor: Herrmann Schlichtig, Johannisstr. 2, August Jänchen. Als Revisoren wurden gewählt: Wilhelm Wendlandt, Werderstr. 45, Fritz Jänchen, Emil Jänisch, Werderstr. 45. Delegierte zur Kreisversammlung wurden gewählt: August Jänisch, Karl Dorn, Bürgerstr. 4, Robert Hutter, Werderstr. 57.

Aberdorph. Am Mittwoch, den 25. Oktober, fand hier eine öffentliche Parteiverammlung statt. Nach dem Bericht des Vertrauensmannes haben 12 Versammlungen und 3 Agitationstouren stattgefunden. Eine Einnahme war von 646,01 M., Ausgabe von 455,04 M., bleibt Bestand 190,97 M. Die Revisoren bestätigen die Wichtigkeit und wurde dem Vertrauensmann Decharge erteilt. Der Bericht des Zeitungspeditores umfaßt die Monate November 1898 bis September 1899. Es war eine Einnahme von 4502,03 M., eine Ausgabe von 4049,03 M., davon 336 M. dem Vertrauensmann überwiesen, bleibt ein Bestand von 452,41 M. Die Zahl der Abonnenten beträgt 301. Auch hier erklärten die Revisoren, alles in vollster Ordnung gefunden zu haben, und wurde dem Peditoren Decharge erteilt. Die Lokalkommission berichtete über die Lokale der Umgebung. Darauf wurden die Neuwahlen vorgenommen. Zum Vertrauensmann wurde, da Genosse Wadepuhl eine Wiederwahl ablehnte, O. Hildebrandt gewählt. Zum Zeitungspeditoren wurde Genosse Wobbs wiedergewählt. Die Zeitungskommission besteht aus den Genossen Bessermönd, Driest und Feiertag; die Lokalkommission aus Kasper, Gundel und Tempel; Revisoren Blüger und Gundel.

Johannisdahl. Ausweisung der Frauen aus dem Versammlungsraum und auch aus dem Nebenraum verlangte wieder einmal der überwachende Beamte in der öffentlichen Parteiverammlung, die am 25. d. M. in Köpenick tagte. Nachdem in entschiedener Weise gegen dies unberechtigte Verlangen protestiert und beschlossen wurde, den Beamten vorzuführen, verließen die Frauen den Saal, um die Versammlung nicht zu unterbrechen. Für den am Erscheinen verhinderten Vertrauensmann gaben die Revisoren den Bericht, auf deren Antrag auch dann dem Vertrauensmann Decharge erteilt ward. Bei der Neuwahl desselben wurde Roschly gewählt, zu Revisoren Pohle und Nidel. Die Lokalkommission bilden Zeige, Wolf und Kubring, und die Zeitungskommission Krause, Weber und Wolf. In Delegierten für die Kreisversammlung werden Roschly, Schuber und Hoppe. Die Diskussion, an der sich Hilgers, Hoppe und Schuber beteiligten, konnte nicht zu Ende geführt werden, weil der ständweise eingetretenen Vollgelände wegen die Versammlung geschlossen wurde.

Grinow. Am letzten Sonntag fand hier in Lokal von Lindenbahn eine Parteiverammlung statt. Zu Punkt 1 hielt der Genosse Kugel-Berlin einen Vortrag über den Kampf gegen das Lurchei, demselben mit zahlreichen Beispielen aus der neueren Rechtsprechung erläuternd. Mehrere Beifall beehrte den Redner für seinen interessanten Vortrag. Sodann erstattete der Vertrauensmann den Bericht über das letzte Jahr und forderte zum Schluß die Genossen auf, unsere Presse durch zahlreiche Abonnements zu unterstützen, was in letzter Zeit nicht der Fall war. Zum Vertrauensmann wurde Engel wiedergewählt. In die Lokalkommission wurde Hoffmann und Wutrow wiedergewählt. Als Delegierte zur Kreisversammlung wurden Wülfel und Engel gewählt. Nach einer längeren Debatte wurde die Versammlung mit einem warmen Appell an die Anwesenden geschlossen, sich in Zukunft lebhafter an unseren Bestrebungen zu beteiligen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Lichtenberg-Friedrichshagen hielt am 17. Oktober seine Generalversammlung ab, in der Genosse Paul Bernstein über „die Fortschritte der modernen Krankenpflege und das Proletariat“ referierte. Redner empfahl den Genossen eine Resolution, Grund welcher der Vorstand beauftragt wird, bei der zuständigen Gemeindebehörde vorstellig zu werden zwecks Gründung eines kommunal-Krankenhauses. Selbige wurde angenommen. Au der Diskussion beteiligten sich Grauer und Schulz. Die Abrechnung vom dritten Quartal 1899 wurde vom Kassierer vorgelesen, von den Revisoren für richtig befunden, und wurde der Kassierer entlastet. Die übrig gebliebenen Protokolle vom Stuttgarter Parteitag wurden der Landagitation überwiesen. Ferner wurde beschlossen, die neuerscheinenden Protokolle vom Parteitag Hannover den Genossen unentgeltlich zu verabsorgen, welche ihre Beiträge voll bezahlt haben. In Verschiedenem gab der Vorsitzende bekannt, daß die Vorstellung in der Urania am 12. November 4 Uhr stattfindet, und Biletts bei den Bezirkskassierern zu haben sind. Nachdem er noch besonders darauf aufmerksam machte, daß am 31. Oktober eine öffentliche Versammlung stattfindet, wurde die heutige geschlossen.

Reinickendorf. Der Wahlverein hielt in Wütches-Seeport am 21. d. M. seine Generalversammlung ab. Dr. Wehl hielt über: „Der Alkoholismus und die Arbeiterfrage“ Vortrag. Redner ist der Meinung, daß die Partei als solche, trotz gegenteiliger Meinung Wehls, sich wohl mit der Frage des Alkoholismus beschäftigen könne, und sei sodann die Schäden übermäßigen Alkoholgenußes auf den Körper aufeinander. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion. Sodann erstattete Redner den Kasßenbericht vom dritten Quartal dieses Jahres. Danach betrug die Einnahme mit Bestand 70,30 M., die Ausgabe 21,00 M., bleibt Bestand 49,30 M. Auf Antrag der Revisoren wird der Kassierer entlastet. An Stelle des ausscheidenden Genossen Madede wird Hornburg zum Schriftführer gewählt. Madede weist darauf hin, daß durch Gründung des Wahlvereins in Waidmannslust den Verein ein Anfall von etwa 20 Mitgliedern eintrifft, und fordert die Genossen auf, rege zu agitieren, um diesen Anfall zu beden. Zum Schluß wurden einige interne Sachen erledigt.

Wankow. Am Dienstag fand bei Blaucof eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Hoffman seinen Bericht vom Parteitag gab. Derselbe schildert den Verlauf desselben kurz und erklärt, daß er gegen den Abj. 3 und 4 der Resolution Wehls, sonst aber für dieselbe gestimmt habe. Er erwähnt besonders die Debatte gegen Schippel und kommt schließlich auf den von Nummelburg gestellten Antrag zu sprechen. In der Diskussion befaßt kurz das Auftreten des Genossen Stadlman in der Endziel-Debatte. Genosse Freiwald ist nicht zufrieden mit dem Ergebnis des Parteitags, erklärt sich besonders gegen die Fassung des Abj. 3 (Landtagswahlen) und derweil, daß hiergegen nicht energig Stellung genommen wurde. Ebenfalls ist Schippel zu gut fortgekommen, was Genosse Schodel auch bedauert. Delegierte hätte letzterer gern gesehen, wenn die Resolution Wehls entschiedener ausgefallen wäre, dieselbe weigt seiner Auffassung nach zu sehr zu Bernstein hin. Darauf folgt der Bericht des Vertrauensmannes: Gesamteinnahme 23,74 M., Ausgabe 249,50 M., Bestand 4,24 M. Gewählt als Vertrauensmann wird kurz, Revisoren sind Freiwald, Franz und Aufg. Aus dem Bericht der Lokalkommission geht hervor, daß zwei neue Lokale frei geworden sind. Gewählt werden Werner und Feigler. Zum Schluß weist der Vorsitzende auf das monatlich erscheinende Blatt „Die Fadel“ hin und empfiehlt, für die Verbreitung desselben zu sorgen.

Der Verein der Lithographen, Steinbrucker und Berufs-genossen Deutschlands, Bahnhalle III (Lithographen) hielt seine Generalversammlung am 19. Oktober im Dresdener Garten ab. Tischendorf referiert über die Tätigkeit der Verwaltung. Dabell gibt den Kasßenbericht. Die Einnahme und Ausgabe balanciert mit 955,10 Mark. Die Mitgliederzahl beträgt 224, Stellung wurde 13 Kollegen nachgewiesen sei. Tischendorf teilt mit, daß durch den Abgang Schopps der Gedanke ausgetauscht sei, das Bureau eingehen zu lassen. Die Generalversammlung von Bahnhalle I. beschloß jedoch, es weiter zu halten. Kollegen Vorkisch

gewann man als Bureauarbeiter. Da aber der Arbeitsnachweis für Lithographen fast wertlos sei, so begiege die weitere Versteuerung von seinen Bahnhalle III. großer Abneigung. Ein Unterhaltungsabend findet am 5. November im „Dresdener Garten“ statt. Näherung macht bekannt, daß anlässlich des wiederkehrenden Geburtstages Geneselders am 5. November ein Kranz am Denkmal niedergelegt werde und am 2. Dezember in Kellers Festsaal eine Gedächtnisfeier stattfinden.

Eine öffentliche Versammlung Berliner Barbier- und Friseurgehilfen tagte am 19. d. M. bei Wille, Andreasstr. 26, in der Brüg Heid über: „Wie stellt sich die Berliner Gehilfenschaft zu dem Bestreben der hiesigen Innung auf Beilegung unserer Sonntagsruhe?“ referierte. Nach lebhafter Diskussion wurde die folgende Resolution angenommen: „Die am 19. Oktober 1899 bei Wille, Andreasstr. 26, stattfindende Versammlung Berliner Barbier- und Friseurgehilfen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und protestiert gegen jeden Versuch der hiesigen Innung auf Verletzung unserer Sonntagsruhe. Die Versammlung drückt fernerhin die bestimmte Erwartung aus, daß die maßgebenden Behörden in Erwägung, daß durch die 4 1/2-jährige Erfahrung (seit Einführung der Sonntagsruhe im Barbiergeberbe 1895) zur Genüge bewiesen ist, daß der Andrang der Kunden in der Zeit von früh bis 2 Uhr Sonntags mittag bequem zu bewältigen ist, und da außerdem die Gehilfen und Lehrlinge an den ersten Feiertagen ebenfalls bis 2 Uhr mittags ununterbrochen beschäftigt werden dürfen, die Petition der hiesigen Barbier-Innung, in welcher um Aufhebung der Sonntagsruhe für die Gehilfen und Lehrlinge an diesjährigen Weihnacht- sowie Neujahr-Feiertagen als unbegründet zurückweist. Ferner beauftragt die Versammlung das Bureau, eine entsprechende Eingabe an die maßgebende Behörde in Berlin zu richten.“ Die Agitationskommission war durch drei Mitglieder zu ergänzen und wurden hierzu die Kollegen Simon, Kasten und Dum gewählt.

Der Verband des technischen Bühnenpersonals hielt am 21. d. M. eine Sitzung ab, in welcher zuerst das Protokoll über die letzte Versammlung sowie die Wahl des neuen Vorstandes vorgelesen wurde. Unter Verhandlungsangelegenheiten wurde von mehreren Seiten dahin agitiert, daß sich sämtliche Arbeiter der hiesigen Theater zunächst dem Verbands angeschlossen möchten. Unter Verschiedenem wurde auch ein Schreiben von den Hamburger Kollegen vorgelesen, worin sie sich dem Berliner Verbands gegenüber wohlwollend ausgesprochen haben, was von den hiesigen Kollegen mit Freuden begrüßt wurde.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgebung hielt am 22. Oktober seine Generalversammlung im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Kollegen das Andenken des so plötzlich verstorbenen Kollegen Paul Freder durch Erheben von den Plätzen. Hierauf gab der Kassierer Garbe die Abrechnung vom III. Quartal 1899. Danach hatte der Verein, inklusive des alten Bestandes von 5826,09 Mark eine Gesamt-Einnahme von 11567,89 Mark zu verzeichnen. Die Ausgaben betragen 8041,13 Mark, so daß ein Bestand von 8326,76 Mark verbleibt. Aufgenommen wurden in diesem Quartal 301 Mitglieder. Krankengeldern sind 443 zu verzeichnen. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und wurde der Kassierer entlastet. Nun unterzog der Kassierer die Unregelmäßigkeit einzelner Hilfskassierer einer herben Kritik und sprach den Wunsch aus, daß sich dieselben für fernerhin mehr ihrer Pflicht bewußt sein möchten. Alsdann erstattete der Vorsitzende Herfort den Bericht über die Halbjährige Tätigkeit des Verbandes. Danach haben in dieser Zeit stattgefunden: eine General-, fünf ordentliche und sieben Sonderversammlungen, in denen politische, wissenschaftliche und gewerkschaftliche Vorträge gehalten wurden; zur Regelung der Vereinsangelegenheiten wurden 11 Sitzungen abgehalten. Außerdem wurden in Schildow und Friedrichshagen neue Jahressellen und in Schönwalde ein neuer Verein gegründet. In der Diskussion über den Kasßen- und Geschäftsbericht, in der die Tätigkeit des Vorstandes aufgeführt worden war, wurde von mehreren Kollegen betreffs Stärke und der guten finanziellen Lage des Vereines darauf hingewiesen, daß es unmöglich nötig ist, auch fernerhin die größte Agitation zu entfalten, und sei es daher Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu agitieren. Alsdann wurde dem Vorstand insgesamt Decharge erteilt. Den Bericht des Ausschusses erstattete Otto Panzer. Nach diesem hatte sich der Ausschuss in diesem Halbjahre in 9 Sitzungen mit mehreren Rechtsfragen und Unterstützungsangelegenheiten, außerdem mit einigen Streitfällen zwischen Mitgliedern zu befassen gehabt. Auch hatte sich der Ausschuss mit Kollegen, die Accord arbeiten, zu beschäftigen und wurden folgedessen die Mitglieder Wih. Gwangow und Gustav Reins aus dem Verein ausgeschlossen. Die Einnahmen des Jahresbilletts betragen 186,61 M., die Ausgaben 144,14 M. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung, und wurde der Kassierer entlastet. Den Bericht der Bibliothek erstattete Kollege Meyle, und hatte derselbe eine Einnahme von 23,21 M. und eine Ausgabe von 19,88 M. zu verzeichnen, so daß ein Bestand von 3,33 M. verbleibt. Bücher sind 108 vorhanden. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und wurde der Bibliothekar entlastet. Hierauf erfolgte die Wahl des gesamten Vorstandes und wurden gewählt: Herfort, Dittmannstr. 18, 1.; Pögel, 2. Vorsitzender; Garbe, Schulze, Kassierer; Wih. Fuchs erster, Paul Fuchs zweiter Schriftführer. Die Revisoren wurden durch Bezocke, der Ausschuss durch Meyer, Vorpahl und Durso ergänzt. Zum Schluß wurde folgender Antrag angenommen: Da der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgebung (Vertrauensmänner-Centralisation) auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, macht es der Vorstand den Mitgliedern zur heiligsten Pflicht, sich direkt oder indirekt an den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen. In gleicher Zeit sind die Kollegen verpflichtet, alle bürgerlichen Zeitungen, die sogenannten Wurzblätter, zu meiden und nur auf das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, den „Vorwärts“, zu abonnieren.

Die Kohrer, die am 22. d. M. verarmt waren, schritten zur Gründung eines Vereins. Nach Beratung der Statuten ward die Vorstandswahl vorgenommen. Die Beiträge wurden auf 20 Pf. pro Woche festgesetzt und das Organ „Einigkeit“ als Vereinsorgan bestimmt. Versammlungen sollen an jedem Sonntag nach dem 15. bei Wille, Andreasstr. 26, abgehalten werden.

Eine Versammlung der Einseher nahm am 22. Oktober die Abrechnung der Tarifkommission sowie die des Kollegen Hoffmann entgegen und beschloß, sich dann mit der Lohnbewegung, wozu Rosenbaum referierte. Es kam dabei zur Sprache, daß ein an die Meister verschiedener Tarifs, der vom Referenten als ein Höhepunkt der Lohnbewegung bezeichnet wurde, durch die Tischlermeister Gebr. Schaar verbreitet wurde, um einen Keil zwischen die Kollegen zu treiben. Völl wagt dann noch vor der Firma Pögel.

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands hielt am Sonntag, den 22. Oktober im oberen Saal des „Englischen Gartens“ seine Quartals-Generalversammlung ab, welche außerordentlich gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen langjährigen Mitgliedes Karl Wättner in der üblichen Weise geerdet. Der Bevollmächtigte Dorkel berichtete hierauf, daß die hiesige Verwaltungsstelle wohl infolge der drei glücklichen durchgeführten Lohnbewegungen einen glänzenden Aufschwung genommen habe. Die Mitgliederzahl sei von 1298 am 1. Juli d. J. auf 2334 am 1. Oktober gestiegen. Die Kollegen haben nunmehr dafür zu sorgen, daß die neuvernommenen auch ständige Mitglieder des Verbandes bleiben. Werner gab hierauf den Kasßenbericht für das 3. Quartal. Demselben ist zu entnehmen, daß die Zahl der vereinnahmten Beiträge a 20 Pf. 16 663 betrug und 1214 Kollegen in den Verband aufgenommen wurden. Die Gesamteinnahmen betragen 6435,72 M., die Ausgaben 6816,52 M., somit verbleibt ein Kasßenbestand von 619,20 Mark. Unter den Ausgaben sind besonders hervorzuheben 433 M. für Unterstützung der Mitglieder und 2655,90 M. als an die Hauptkasse abgeliefert.

In der Diskussion wurde die allgemeine Befriedigung mit den Kasßenverhältnissen angedeutet. Auf Antrag des Revisors Fuchs wurde dem Kassierer christlich Decharge erteilt.

Werner gab hierauf noch den Bericht über den Arbeitsnachweis für das 3. Quartal. Derselbe stellt sich wie folgt: Gemeldet wurden 895 Stellen, davon direkt 278, durch Kollegen 67. Befehigt wurden für fest 112, zur Anstufung 55 Stellen. Es konnten nicht befehigt werden: a) weil passende Kräfte fehlten 118 Stellen, b) weil der gebotene Lohn ein zu niedriger war 52 Stellen. Bei den befehigten Stellen betrug der höchste Lohn 24 M., der niedrigste dagegen 15 M., der Durchschnittslohn 19 M. Die längste Arbeitszeit pro Tag betrug 17, die kürzeste 9 1/2, die durchschnittliche Arbeitszeit 13 1/4 Stunden. Bei 68 der befehigten Stellen wurde Sonntagsarbeit bis zu 5 Stunden verlangt.

Unter Verhandlungsangelegenheiten hob Schumann die Ansperrung der Petroleumlampen auf den Norddeutschen Eiswerken hervor und forderte zur regen Unterstützung derselben sowie zur eifrigen Agitation für den Verband auf. Nach einem hierauf mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Dr. Wehl über Alkoholismus und seine Wirkungen wurde die Versammlung geschlossen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt seine Generalversammlung am 23. Oktober ab. Der erste Kassierer, Kollege Henschel gab die Abrechnung vom dritten Quartal, die eine Einnahme von 700,25 M. und eine Ausgabe von 552,00 M. ergibt. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit dieser Abrechnung bestätigt, wird dem Kassierer Decharge erteilt.

Nach einem Vortrage Paul Jahn über Stiner: „Der Einzelne und sein Eigentum“, wurde die Frage diskutiert, ob die bis jetzt im Verein bestehende Rechtschutz-Kommission in Zukunft noch notwendig sei. Die Versammlung beabsichtigt dies mit der Motivierung, daß die genannte Kommission nach Gründung des Gewerbegerichts sehr wenig in Funktion getreten sei, und daher der Vorstand diese Geschäfte mit erledigen könne. Die Kollegen haben sich in Zukunft in Rechtschutz-Angelegenheiten an den Vorstand zu wenden. Weiter wurde bekannt gemacht, daß die Biletts vom Stiftungsfest bis spätestens 23. Oktober d. J. abzurechnen sind. Neu ausgenommen liegen sich 20 Kollegen.

Mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen beschäftigte sich am Dienstagabend eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung in Spandau. Genosse Schröder schilderte in eingehender Weise, wie ungleich bisher die kommunalen Rechte und Pflichten zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden verteilt waren; die bürgerlichen Stadtverordneten dachten nicht in erster Linie daran, die Interessen der Arbeiter im Stadtparlament zu vertreten, sondern bekämpften im Gegenteil die Wünsche der Arbeiter stets ganz entschieden. Redner verbreitete sich alsdann über das Schulwesen, die Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, die Regelung der Löhne der städtischen Arbeiter usw.; überall auf diesen Gebieten hätten die bezüglichen Anträge der sozialdemokratischen Stadtverordneten auf den entschiedensten Widerspruch seitens der bürgerlichen Stadtverordneten gestoßen. Deshalb sei es endlich an der Zeit, daß die Arbeiter aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen und mit aller Kraft dafür eintreten, daß an den Tagen der Stadtverordnetenwahl für die dritte Abteilung, (am 11., 13., 14. und 15. November d. J. im Restaurant „Palme“, Ritterstraße) den Kandidaten der Arbeiterpartei der Sieg zufalle. (Zangankaltendes Bravo.) Als Kandidaten für die dritte Abteilung wurden alsdann die Genossen Halleder als Hausbesitzer, Schröder, Pieper, Schulz und Meier als Nicht-Hausbesitzer nominiert; außerdem soll noch ein weiterer Genosse, welcher Hausbesitzer ist, aber seine Vertretbarkeit zur Annahme einer Kandidatur befragt werden. In das Wahlkomitee wurden hierauf Lemme, Paul, Koniger, Meier und Schorke gewählt. Von Kunkel wurde am Schluß auf die am 7. November stattfindenden Wahlen zum Gewerbegericht, sowie auf die in dieser Angelegenheit am Sonntag, den 29. d. M., v. a. m. i. t. a. g. im Beisehen des Vorstandes stattfindende Gewerkschafts-Versammlung hingewiesen und hierauf die gut besuchte Versammlung geschlossen.

In Groß-Lichterfelde tagte am Mittwoch eine zahlreich besuchte Maurerverammlung, in welcher Schulze-Berlin über: „Werden auf den Bauten die Vertragsbestimmungen bezüglich der Beschaffenheit der Bauten, Aborte und täglichen Arbeitszeit innegehalten?“ referierte. Redner führte aus, daß bei der jüngsten Kontrolle sich ergeben habe, daß leider die diesbezüglichen, mit dem Arbeiterverband getroffenen Vereinbarungen von Seiten vieler Unternehmer nicht gehalten würden. Kontrolliert wurden 698 Bautstellen mit 422 Bauunternehmern. Nur 306 Bauten seien von Unternehmern, die dem Bund angehörten. Die Stärke des Arbeitgeberbundes habe man früher bedeutend höher geschätzt. Der Lohn betrage bei der weitaus größten Zahl der Kollegen — nämlich bei 5736 — 60 Pf. pro Stunde, im Accord arbeiteten 242. Redner gab seinem Bedauern Ausdruck, daß noch auf vielen Bauten länger gearbeitet werde, als vereinbart sei und trotzdem viele Unternehmer dies nicht verlangten; er wies auf die Unübersichtlichkeit der langen Arbeitszeit für die Bauarbeiter, die manchen Unfall im Gefolge habe, hin und betonte, daß die achtstündige Arbeitszeit das Ziel aller Kasßenbewegten Arbeiter sein müsse. Die langsame Zunahme der Accordarbeit lasse sich zum Teil aus darauf zurückführen, daß manche Bauten infolge ganz untergeordneter Differenzen den Accordbauern ausgeliefert wurden. Bezüglich der Bauten und Aborte hätten sich insbesondere auch auf den Bauten von Bundesmitgliedern viele Mißstände herausgestellt. Es frage sich nun, was die Maurer zu thun gedenken, um die Erfüllung der Vertrags-Versprechungen in jenen Fällen herbeizuführen? Was die Bundesmitglieder betreffe, so seien die Beschwerden bereits beim Arbeitgeberbund eingereicht und die Entscheidung in den nächsten Tagen zu erwarten. Was die Unternehmer, die dem Bund nicht angehörten, betreffe, so sei man allerdings diesen gegenüber auf die Selbsthilfe angewiesen und es sei bei der günstigen Konjunktur ein Sieg für die Arbeiter zu erwarten.

Ueber die eben zu unternehmenden Schritte habe eine allgemeine Maurerverammlung, die in Berlin für die nächste Zeit einberufen werde, zu entscheiden und gebe er der Hoffnung Ausdruck, daß alle Kollegen für die Durchführung der dort gefaßten Beschlüsse voll und ganz eintreten werden.

In der auf den beifällig aufgenommenen Vortrag folgenden Diskussion beteiligten sich Pögel, Lehmann, Schmidt, Ball und Kunt, welche im wesentlichen dem Referenten zustimmten. Nach Erörterung einiger kleiner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Rixdorf. Hier fand am Mittwoch, den 18. ds., eine Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes der Bahnhalle Rixdorf statt. Nachdem der Kassierer über die Kasßenverhältnisse vom 3. Quartal berichtet, wurde demselben auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Die Einführung des wöchentlichen 10 Pf.-Beitrags zur Gründung eines Lokals-Streiffonds gelangte zur Annahme. Der Lokalschluß wurde folgendermaßen geregelt: 1. Angriff- und Abwehrstreiks werden wie bisher unterstützt (Kloßstreiks vom ersten Tage an und Angriffstreiks von der zweiten Woche). 2. Der Lokalschluß wird von der ersten Unterstützungswoche geacht. (Diesen Zustand erhalten alle, welche den Kasßweis führen können, ständig zum Streiffonds geliebt zu haben, die Unterstützung beträgt dann 15 M. beginn 15 M.)

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 23. Oktober, vorm. 8 1/2, Uhr, im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstr. 27c, Versammlung: Freireligiöse Versammlung. — Um 10 1/2, Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Bräulein Johanna Wittmann: „Schicksal der religiös demaskierten Freiheitskämpfer“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Tischlerverein. Heute, abends 8 1/2, Uhr, Reichstr. 15: Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. K. Jost über: Das Problem der menschlichen Willensfreiheit. Damen haben Zutritt.

Konsumverein „Eintracht“. Heute, abends 1/9 Uhr, im Vereinslokal Kauerstr. 9. Vortrag des Herrn Rechtsanw. Stein/Gneider.

Centralverband der Elektromonteurs und Berufsgenossen Deutschlands (Sektion Berlin II). Heute, 8 1/2, Uhr, Sitzung bei Jammersdorfer, Sophienstr. 5.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich. Zahnarzt woir, jetzt Leipzigerstr. 180. Vollkomm. schmerzlos. Zahnziehen 1 Mark. Sprechst. 9-7 Uhr. [b]

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche ausschließlich eigener Fabrikat. — Spezialität: Arbeiter-Berufs-Kleidung: Blau Röcher-Jacken Nr. 1,65, steigend je nach Größe um 10 Pf., blau Röcher-Polier, in allen Längen, Nr. 1,65. Arbeiterhemden, Blusen, Unterhosen u. Wollunterhemden. D. Wurzel & Co., Wagnersstr. 17.

Restaurant **Pferdebucht**, Bahnstation Köpenick, Inh.: **Gustav Lüdike**, Restaurant **Kiekemal**, Bahnstation Hirschgarten, Inh.: **Wilhelm Bräsewitz**, empfehlen ihre Lokale zu allen Anlässen. Speisen und Getränke aufs vorzüglichste.

Möbel und **Polsterwaren**. Beste Arbeit. **Ganze Einrichtungen** zu billigen Preisen. [24372] **Franz Tutzauer**, Trautweinstraße 152.

Wilmersdorf. Volksgarten Berlin-Charlottenburg 40. Jeden Sonntag: **Grosser Ball**. Der große Saal mit Bühnen steht auch Sonntags den geübten Vereinen zu Besten der Wohlthätigkeit zur Verfügung. Günstige Sonnabend- und Sonntagabend-Tickets. [26195] **Emil Wille**, Köpenicker Landstrasse

Treptow. Kohlwein's Keglerschlösschen. Saal, Kaffeeküche, Kegelbahnen. Vereinen und Herrenpartien bestens empfohlen. Bayrisch-Bier **Glase 10 Pf.** Kaffeeküche täglich von 3 Uhr ab geöffnet. [23848]

7. Ziehung d. 4. Klasse 201. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 27. October 1892, nachmittags. Nur die Gewinne über 2000 Mark sind den Verlosenden Nummern in Klammern beigefügt. (Gros Gewinne.)

48 163 261 624 69 849 938 1610 66 2085 277 90 427 575 [300] 89 634 702 56 900 3159 [300] 249 404 522 4169 208 375 97 428 806 [300] 733 72 824 37 104 [1000] 5162 353 441 804 513 6021 29 102 [300] 320 36 00 431 36 78 [1000] 7357 70 312 547 73 92 675 908 8117 62 77 304 488 619 902 9016 197 [300] 443 609 826

111 354 [3000] 59 64 98 437 687 718 869 61 110046 113 39

298 255 72 74 054 [3000] 77 318 626 69 701 43 800 928 [1000] 120021 41 47 92 455 86 581 675 810 22 121031 88 [3000] 112 203 347 61 462 707 56 841 911 16 48 122021 181 429 628 81 736 885 80 [500] 88 123022 74 249 [1000] 416 31 501 33 59 200 61 714 664 054 124022 74 85 99 235 361 493 576 628 818 5 [300] 125025 49 316 32 57 310 85 897 798 885 420029 38 35 [3000] 49 533 66 [1000] 653 127029 128 134 20 301 [1000] 549 42 675 798 810 57 1280 32 83 100 210 308 545 626 757 87 89 68 82 932 129029 69 358 69 71 350 642 87 [1000] 699 782

7. Ziehung d. 4. Klasse 201. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 27. October 1892, nachmittags. Nur die Gewinne über 2000 Mark sind den Verlosenden Nummern in Klammern beigefügt. (Gros Gewinne.)

15 44 92 [500] 108 217 41 67 323 [300] 429 [3000] 58 [300] 580 602 737 907 85 1008 162 98 938 [3000] 609 83 737 932 2000 491 468 71 781 535 3029 232 60 310 [300] 431 92 94 959 21 77 [300] 648 94 719 4256 [300] 86 776 91 94 934 6066 46 59 121 88 205 312 413 617 715 58 933 39 49 6035 49 78 [500] 301 62 494 323 694 7084 143 334 61 431 82 739 836 62 802 77 188 205 335 45 490 566 625 915 9013 17 875 602 829 68 56 942 61 85 [300]

110172 207 310 463 514 655 [300] 702 49 806 59 909

112021 414 97 533 121070 80 183 391 590 708 800 [1000] 51 819 [500] 52 113017 70 [3000] 308 15 76 404 515 718 957 113027 260 79 303 64 115030 30 123 207 479 571 612 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100

10030 22 [1000] 72 745 56 71 874 900 11119 314 644 [3000] 679 694 726 37 859 12164 73 255 375 623 752 90 917 13316 15 489 731 14009 39 [1000] 132 286 336 60 644 15043 55 610 72 537 10007 9 105 32 30 291 383 60 930 87 97491 737 [300] 806 18006 67 [300] 13001 65 122 86 67 222 38 688 900

110007 63 86 146 68 292 440 704 811 141053 181 [3000] 91 209 813 62 637 79 987 [3000] 142048 208 [300] 87 319 47 [300] 918 143027 [3000] 489 610 71 703 144171 [300] 370 596 629 809 25 145016 81 100 224 42 140001 442 517 613 146009 89 166 85 243 81 310 45 518 51 649 53 83 735 [300] 36 782 982 147077 108 385 [3000] 565 [300] 679 [300] 806 148587 137 263 403 34 772 808 99 19 33 88 149010 82 169 78 98 394 411 56 515 38 44 030 840

10083 403 800 [1000] 88 29 727 83 88 900 972 83 11029 183 229 343 410 549 688 12023 213 455 633 746 915 977 [300] 13025 28 70 118 432 522 80 841 94 901 21 14307 839 [300] 539 624 70 708 19 [1000] 78 16644 854 921 10994 318 429 501 25 78 94 95 712 [3000] 17129 34 [1000] 83 91 538 485 18025 121 243 343 511 625 36 71 [500] 916 69 19110 65 97 394 498 71 [300] 725

20018 191 93 303 304 541 759 96 904 95 21086 171 418 324 903 22136 308 68 [300] 95 407 705 811 [300] 15 290 12304 135 213 347 68 623 78 60 859 996 24023 814 79 472 [300] 626 70 993 20000 17 129 328 473 83 719 27 [500] 44 927 80 20029 91 783 240 46 300 43 430 89 543 693 91 742 827 982 [300] 27127 278 88 477 849 977 22898 144 356 420 59 629 639 980 85 20216 36 420 70 632 88 72 802 [300]

20171 78 293 [1000] 685 729 87 21287 456 91 [1000] 679 610 [300] 76 22436 621 623 23113 76 229 389 610 44 724 66 24106 09 233 67 432 640 84 702 822 82 96 991 25147 272 412 506 686 755 86 848 925 41 60 20123 349 359 55 614 45 816 27019 145 76 370 37 469 638 853 910 22 28000 841 56 85 281 325 513 [500] 769 997 200837 [300] 87 902 80

140007 63 86 146 68 292 440 704 811 141053 181 [3000] 91 209 813 62 637 79 987 [3000] 142048 208 [300] 87 319 47 [300] 918 143027 [3000] 489 610 71 703 144171 [300] 370 596 629 809 25 145016 81 100 224 42 140001 442 517 613 146009 89 166 85 243 81 310 45 518 51 649 53 83 735 [300] 36 782 982 147077 108 385 [3000] 565 [300] 679 [300] 806 148587 137 263 403 34 772 808 99 19 33 88 149010 82 169 78 98 394 411 56 515 38 44 030 840

20018 191 93 303 304 541 759 96 904 95 21086 171 418 324 903 22136 308 68 [300] 95 407 705 811 [300] 15 290 12304 135 213 347 68 623 78 60 859 996 24023 814 79 472 [300] 626 70 993 20000 17 129 328 473 83 719 27 [500] 44 927 80 20029 91 783 240 46 300 43 430 89 543 693 91 742 827 982 [300] 27127 278 88 477 849 977 22898 144 356 420 59 629 639 980 85 20216 36 420 70 632 88 72 802 [300]

140205 389 498 541 611 35 957 141036 228 380 508 75 611 67 779 890 142137 78 95 455 560 615 19 25 70 20 825 45 910 148010 479 629 88 850 74 913 33 144100 285 828 [3000] 51 145009 98 125 216 416 588 647 [300] 99 988 140017 31 211 31 403 [500] 47 645 703 23 49 951 147029 110 328 332 41 42 [300] 434 42 635 61 774 88 806 70 148007 107 200 304 304 324 338 350 364 378 392 406 420 434 448 462 476 490 504 518 532 546 560 574 588 602 616 630 644 658 672 686 700 714 728 742 756 770 784 798 812 826 840 854 868 882 896 910 924 938 948 958 968 978 988 998

30081 45 302 497 596 842 996 21329 45 65 84 432 529 83 65 96 600 [500] 22 69 264 915 23055 474 94 728 982 23123 349 918 24314 10 813 895 [500] 35094 50 200 82 90 91 [500] 94 305 8 457 723 89 830 59 34002 149 217 89 951 63 98 92 27500 [300] 98 154 254 92 [3000] 625 828 49 62 906 59 89 28009 57 235 364 443 47 532 613 43 733 1 09104 97 201 569 426 38 90 899 779 911 91

150161 94 325 407 15 29 88 555 602 8 40 62 815 46 [1000] 884 150169 78 95 103 227 356 59 792 945 150205 54 199 285 384 [300] 321 84 [3000] 907 150357 127 28 47 314 15 21 516 49 807 73 154036 39 88 138 55 75 253 [1000] 62 71 [300] 341 508 38 609 734 977 150161 307 [500] 439 811 38 54 1500945 209 [3000] 79 315 [1000] 29 430 539 621 785 825 45 87 96 150740 121 82 200 312 43 456 517 18 72 [300] 77 98 609 19 734 37 894 14 150828 419 71 87 887 644 [1000] 817 83 150903 344 522 800

20018 191 93 303 304 541 759 96 904 95 21086 171 418 324 903 22136 308 68 [300] 95 407 705 811 [300] 15 290 12304 135 213 347 68 623 78 60 859 996 24023 814 79 472 [300] 626 70 993 20000 17 129 328 473 83 719 27 [500] 44 927 80 20029 91 783 240 46 300 43 430 89 543 693 91 742 827 982 [300] 27127 278 88 477 849 977 22898 144 356 420 59 629 639 980 85 20216 36 420 70 632 88 72 802 [300]

140205 389 498 541 611 35 957 141036 228 380 508 75 611 67 779 890 142137 78 95 455 560 615 19 25 70 20 825 45 910 148010 479 629 88 850 74 913 33 144100 285 828 [3000] 51 145009 98 125 216 416 588 647 [300] 99 988 140017 31 211 31 403 [500] 47 645 703 23 49 951 147029 110 328 332 41 42 [300] 434 42 635 61 774 88 806 70 148007 107 200 304 304 324 338 350 364 378 392 406 420 434 448 462 476 490 504 518 532 546 560 574 588 602 616 630 644 658 672 686 700 714 728 742 756 770 784 798 812 826 840 854 868 882 896 910 924 938 948 958 968 978 988 998

40369 542 709 845 41271 82 843 60 96 732 827 831 42394 327 56 400 19 30 88 311 33 639 706 32 43012 150 394 667 [300] 730 [300] 77 831 43 44001 90 125 225 518 79 1 28 46 802 [300] 09 925 [1000] 46022 524 737 808 40179 469 509 687 737 801 916 44 50 [1000] 47126 347 422 518 72 713 [300] 22 48174 87 265 643 913 28 49033 614 315 69 365 67 718 805 912 72

150161 94 325 407 15 29 88 555 602 8 40 62 815 46 [1000] 884 150169 78 95 103 227 356 59 792 945 150205 54 199 285 384 [300] 321 84 [3000] 907 150357 127 28 47 314 15 21 516 49 807 73 154036 39 88 138 55 75 253 [1000] 62 71 [300] 341 508 38 609 734 977 150161 307 [500] 439 811 38 54 1500945 209 [3000] 79 315 [1000] 29 430 539 621 785 825 45 87 96 150740 121 82 200 312 43 456 517 18 72 [300] 77 98 609 19 734 37 894 14 150828 419 71 87 887 644 [1000] 817 83 150903 344 522 800

20018 191 93 303 304 541 759 96 904 95 21086 171 418 324 903 22136 308 68 [300] 95 407 705 811 [300] 15 290 12304 135 213 347 68 623 78 60 859 996 24023 814 79 472 [300] 626 70 993 20000 17 129 328 473 83 719 27 [500] 44 927 80 20029 91 783 240 46 300 43 430 89 543 693 91 742 827 982 [300] 27127 278 88 477 849 977 22898 144 356 420 59 629 639 980 85 20216 36 420 70 632 88 72 802 [300]

140205 389 498 541 611 35 957 141036 228 380 508 75 611 67 779 890 142137 78 95 455 560 615 19 25 70 20 825 45 910 148010 479 629 88 850 74 913 33 144100 285 828 [3000] 51 145009 98 125 216 416 588 647 [300] 99 988 140017 31 211 31 403 [500] 47 645 703 23 49 951 147029 110 328 332 41 42 [300] 434 42 635 61 774 88 806 70 148007 107 200 304 304 324 338 350 364 378 392 406 420 434 448 462 476 490 504 518 532 546 560 574 588 602 616 630 644 658 672 686 700 714 728 742 756 770 784 798 812 826 840 854 868 882 896 910 924 938 948 958 968 978 988 998

50002 304 433 [300] 65 549 609 78 790 51402 53 349 700 848 977 94 50003 405 506 815 67 89 [3000] 53007 107 250 300 [411 615 21 802 308 30 54221 439 [1000] 774 902 11 30 89 50006 498 597 605 60317 [500] 530 83 642 [1000] 521 80 802 928 57149 97 730 [500] 58005 42 89 100 4 39 603 69 73 725 901 25 40 43 [1000] 50002 23 [3000] 53 129 338 76 [3000] 414 28 505 635

150161 94 325 407 15 29 88 555 602 8 40 62 815 46 [1000] 884 150169 78 95 103 227 356 59 792 945 150205 54 199 285 384 [300] 321 84 [3000] 907 150357 127 28 47 314 15 21 516 49 807 73 154036 39 88 138 55 75 253 [1000] 62 71 [300] 341 508 38 609 734 977 150161 307 [500] 439 811 38 54 1500945 209 [3000] 79 315 [1000] 29 430 539 621 785 825 45 87 96 150740 121 82 200 312 43 456 517 18 72 [300] 77 98 609 19 734 37 894 14 150828 419 71 87 887 644 [1000] 817 83 150903 344 522 800

20018 191 93 303 304 541 759 96 904 95 21086 171 418 324 903 22136 308 68 [300] 95 407 705 811 [300] 15 290 12304 135 213 347 68 623 78 60 859 996 24023 814 79 472 [300] 626 70 993 20000 17 129 328 473 83 719 27 [500] 44 927 80 20029 91 783 240 46 300 43 430 89 543 693 91 742 827 982 [300] 27127 278 88 477 849 977 22898 144 356 420 59 629 639 980 85 20216 36 420 70 632 88 72 802 [300]

140205 389 498 541 611 35 957 141036 228 380 508 75 611 67 779 890 142137 78 95 455 560 615 19 25 70 20 825 45 910 148010 479 629 88 850 74 913 33 144100 285 828 [3000] 51 145009 98 125 216 416 588 647 [300] 99 988 140017 31 211 31 403 [500] 47 645 703 23 49 951 147029 110 328 332 41 42 [300] 434 42 635 61 774 88 806 70 148007 107 200 304 304 324 338 350 364 378 392 406 420 434 448 462 476 490 504 518 532 546 560 574 588 602 616 630 644 658 672 686 700 714 728 742 756 770 784 798 812 826 840 854 868 882 896 910 924 938 948 958 968 978 988 998

60071 92 119 70 85 320 55 619 704 950 61024 10 120 24 531 62066 128 261 263 85 35 [3000] 62323 300 [3000] 403 87 307 616 52 728 65 829 945 76 04001 [300] 120 221 817 73 404 4 [300] 635 81 77 106 [1000] 861 917 45152 [400] 383 221 419 87 60 508 5 95 670 735 04001 75 105 223 [300] 281 [500] 706 818 64 942 [1000] 07000 141 308 63 347 69 427 [1000] 885 656 746 854 55 961 08028 119 235 7